Das Handbuch
für eine widerständige Praxis

»Ewig erzählen sie dir und erzählen sie dir und erzählen sie dir etwas über die Freiheit des Individuums. Aber wenn sie mal ein freies Individuum sehen, macht es ihnen eine Scheißangst.«

Jack Nicholson in „Easy Rider“

★

Das Handbuch
für eine widerständige Praxis

(c) Linksjugend ['solid] Verlag 2011
4. Überarbeitete und ergänzte Auflage 2017

Linksjugend ['solid] - kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Herausgeber: Marco Heinig
Autor*innen: Björn Buschbeck, Marco Heinig, Ines Koburger,
Josephine Michalke, Victor Perli, Felix Pithan, Julian Plenefisch,
Lektorat: Saskia Spahn, Yves Müller. Layout: backboord.de
Druck: Telescope Verlag & Druck

ISBN 978-3-00-041562-3

Inhalt:

07 Dieses Buch

08 Kleine Geschichte der linksjugend ['solid]

13 „Get organized!“ Basisgruppen aufbauen

27 Die Struktur der linksjugend ['solid]
Aufbau und Abkürzungen

29 Politische Bildung
Grundlagen für widerständiges Leben und Kämpfen

40 „Global denken, lokal handeln“
die verschiedenen Aktionsformen

46 „Special skills“
für politische Aktionen und Aktivitäten

„Die Kunst der Propaganda“
51 - Publikationen schreiben, gestalten, veröffentlichen
58 - Websites, Blogs & Web 2.0
60 - Pressearbeit - Gewusst wie

66 „Money, Money, Money“
Oder die leidige Frage nach dem Geld

72 „Was tun wenns brennt?“
Kleines Einmaleins der Repression

78 Kapitalismuskritik – eine Einführung

97 Der bürgerliche Staat – eine Übersichtsdarstellung

116 Litteratur, Webtipps

Dieses Buch.

Ein Jugendverband ist eine Organisation, in der ein großes Kommen und Gehen herrscht. Basisgruppen entstehen und vergehen, Gremien werden neu besetzt und Inhalte immer wieder aufs Neue diskutiert. All dies hilft jungen Menschen, politisches Handwerkszeug zu erlernen und sich inhaltlich weiterzubilden. Trotzdem wollen wir versuchen, nicht jedes Mal das Rad neu zu erfinden und alte Fehler zu wiederholen. Denn aller Anfang ist schwer und der politische Gegner schläft nicht.

Dieses Handbuch kann Grundlagen vermitteln, mit denen sich die politischen Herausforderungen des Alltags besser meistern lassen. Es bietet Tips und Tricks, erklärt Zusammenhänge und Widersprüche und empfiehlt Literatur, Websites und Organisationen, die einem dabei helfen sollen, sich noch gründlicher in eine Thematik einzuarbeiten. Dieses Handbuch entstand aus der Idee heraus, Wissen und Erfahrungen zu sammeln, aufzubereiten und für alle zur Verfügung zu stellen. Die Texte sollen einen Einstieg in viele Felder der politischen Arbeit ermöglichen. Sie können aber niemals den Besuch von Seminaren und das Lesen von Büchern, die sich tiefer mit all diesen Themen befassen, ersetzen.
Der mühevollen Arbeit vieler Aktivist*innen zu verdanken, soll dieses Handbuch eine ergiebige Quelle sein. Als kleines Handbuch kann es vieles nur anreißen, tiefer gehende Infos findet Ihr häufig in den Fußnoten oder im Literaturverzeichnis.

Fragend schreiten wir voran, als „Armee von Träumern“, als politische Kämpfer_innen und kritische Geister.

** Für den Inhalt der Artikel sind allein die jeweiligen Autor_innen verantwortlich. Die Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung des Gesamtverbandes wieder.*
***In dem vorliegenden Handbuch wird das Sternchen beziehungsweise (Bsp. Kommunist*innen) zugunsten einer geschlechtergerechten Sprache benutzt. Dies soll auf den Zusammenhang von Sprache, Geschlecht und gesellschaftlicher Repräsentation hinweisen und der normativen Zweigeschlechtlichkeit, die nur Frauen und Männer umfasst, entgegenwirken. Sich als transsexuell, transgender und queer begreifende Menschen werden mittels dieser Sprachpraxis ebenso benannt.*

Kleine Geschichte der linksjugend [‘solid]

Dieser Artikel soll einen kurzen Einblick in die bewegte Geschichte der linksjugend [‘solid] und ihrer historischen Wurzeln geben. [1]

An einem Wochenende im Juni 1999 gründeten etwas mehr als hundert Jugendliche und junge Erwachsene in Hannover den Jugendverband [‘solid] – die sozialistische jugend. Die Initiative zur Gründung eines parteinahen Jugendverbandes bei der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) ging von Mitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS“ (AGJG) und parteilosen Jugendlichen aus. Sie folgten gemeinsam einem Gründungsaufruf, der 1998 in Beckerwitz bei einem Sommercamp junger PDS-Mitglieder, erarbeitet worden war.

Die Gründung sollte, so hieß es im Gründungsaufruf, dazu beizutragen, weit über das originäre Arbeitsfeld klassischer Partei-Jugendstrukturen hinaus „mit Kultur und Aufklärung um die Herzen und Köpfe der Jugendlichen zu kämpfen“, und in Zeiten rechter Hegemonie und „national-befreiter Zonen“ eine bundesweite Vernetzung linker Jugendlicher und Jugendgruppen etablieren. Ein zentrales Ziel sollte es sein, „Öffentlichkeit zu organisieren“ und „im eigenen gesellschaftlichen Umfeld – dem der Jugend – präsent zu sein“. Diese Ausrichtung war auch eine Konsequenz aus dem Scheitern der AGJG. Deren Organisationsform in der Partei und die nach innen gerichtete politische Praxis erschien vielen Aktiven überholt und nicht geeignet, um eine attraktive Ausstrahlung auf junge Linke zu entwickeln. Die PDS begrüßte die Gründung des Jugendverbandes und erhoffte sich davon eine Image-Verbesserung bei jungen Menschen und eine Trendwende bei ihrer durch Überalterung geprägten Mitgliederstruktur.[2]

1 Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

2 Ungeachtet dessen unterstützte die Landespartei in Sachsen-Anhalt vor allem die letzte existente AGJG weiter. In Sachsen fungierte die „PDS-Jugend Sachsen“ als von der Partei anerkanntes Landes-Netzwerk, in dem [‘solid] Sachsen und zahlreiche meist ortsgebundene Jugendgruppen mitwirkten.

Sowohl die „Gründungserklärung“ als auch die ein Jahr später beschlossene „Politische Plattform“ bezogen sich einleitend auf den berühmten Ausruf von Karl Marx, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Der Kampf um die Selbstbestimmung des Einzelnen und die Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sei „nach wie vor Aufgabe sozialistischer Politik“. Als „eine Ursache aller gesellschaftlichen Missstände“ wurden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ausgemacht, die „umgestürzt werden“ müssten, „um die Probleme in der Gesellschaft nicht nur zu bekämpfen, sondern auch zu lösen“.

Zunächst aber ging es um die Organisierung der Verbandsstrukturen. Der Bundesverband gliederte sich in Landesverbände und Ortsgruppen. Diese Struktur wurde durch die linksjugend [‘solid] später weitgehend übernommen. Zum Verbandsleben zählten Kampagnen, Demonstrationen, Bildungsseminare, Film- und Leseabende ebenso wie jährliche Camps zu Pfingsten und im Sommer. Der Verband wirkte seit 2002 als Mitglied beim globalisierungskritischen Netzwerk attac mit, knüpfte eine Vielzahl internationaler Kontakte und wurde schnell zu einer tragenden Säule von ENDYL, dem Europäischen Netzwerk der demokratischen jungen Linken (ENDYL) welches seine Arbeit jedoch 2012 einstellte. Seit 2017 existiert eine Initiative zu Gründung einer European

Gründungskongress am 19.06.1999

Young Left. In der Folge gab es kein Sozialforum und keine Demo gegen G8-Gipfel in Europa, bei denen der Jugendverband nicht mit einer großen Delegation teilnahm.

Die politische Schwäche der nahestehenden PDS ging am Jugendverband jedoch nicht spurlos vorbei. Mit dem katastrophalen Abschneiden bei der Bundestagswahl 2002 flog die Partei aus dem Bundestag und verlor ihre bundesweite Ausstrahlung. Die innerparteilichen Richtungskämpfe wirkten in den Jugendverband. Zum einen schärfte dieser sein antikapitalistisches Profil und die Orientierung auf soziale, antifaschistische und ökologische Bewegungen. Zum anderen wurde verstärkt um die Frage gerungen, was das Bekenntnis der „Parteinähe“ für die politische Praxis bedeuten sollte. Eine kleine Gruppe von etwa 20 Mitgliedern trat in der Folge aus und gründete die „PDS-Jugend Berlin/Brandenburg“.

Die Rot-Grüne Bundesregierung hatte zu beginne der 00er Jahre mit ihrer „Agenda 2010“-Reform viele Wähler*innen und Mitglieder enttäuscht: In der Folge entstand 2005 die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine trat aus seiner Partei aus und rief PDS und WASG zur Gründung einer gemeinsamen linken Partei auf.

[‘solid], bis dato knapp 2.000 Mitglieder stark, öffnete sich ebenfalls für einen Fusionsprozesse und wählte bereits im Jahr 2006 Mitglieder aus WASG, PDS-Jugend Sachsen und Berlin/Brandenburg in den Bundessprecher*innenrat. Es bildeten sich paritätisch besetzte Arbeitsgruppen, in denen junge Mitglieder von [‘solid], PDS und WASG die inhaltliche und satzungsmäßige Grundlage für eine politische Neugründung des Jugendverbandes vorbereiteten und diesen Prozess sogar einen Monat vor der Parteifusion zum Abschluss bringen konnten.

Die Gründungskonferenz der linksjugend [‘solid], die zugleich die 9. Bundesdelegiertenkonferenz des Vorgängerverbandes war, fand vom 18. bis 20. Mai 2007 im „Kosmos“ in der Berliner Karl-Marx-Allee statt. Wenngleich allen Teilnehmer*innen in Erinnerung bleiben wird, dass die Geburt des Fusionsverbandes alles andere

als einfach war, so war sie doch der Startschuss für eine erfolgreiche Entwicklung. Der neue Verband definiert sich als sozialistisch, antifaschistisch, basisdemokratisch und feministisch. DIE LINKE hat den „parteinahen Jugendverband“ als „die Jugendorganisation der Partei“ anerkannt. Eine weitere Neugründung war der parteinahe Studierendenverband DIE LINKE.SDS, der sich als Gliederung des Jugendverbandes konstituiert hat. Er ist an dutzenden bundesdeutschen Hochschulen präsent und sorgte unter anderem 2008 mit einem großen „1968“-Kongress für Aufsehen.Eine bekannte und erfolgreiche frühe Kampagne des Jugendverbandes war „aufmucken gegen rechts“. Eine antifaschistische „Schulhof-CD“ u.a. mit: Jan Delay, Die Fantastischen Vier, Seeed, Such a Surge und Irie Révoltés. Mittels Spenden und hunderte Aktivisten konnten 50 000 CD‘s produziert und verteilt werden.

Ein weiterer politischer Höhepunkt stellt die tragende Rolle während der G8 Proteste in Heiligendamm 2007 dar, mit einem eigenen erfolgreichen Finger konnte die Sicherheitszone erobert und ein Blockadepunkt über Tage gehalten werden. Auch das [,solid] Barrio auf dem Camp mit hunderten von Aktivisten, seinen Blockadetrainings und zahlreicher Support-Strukturen, stellte ein Rückrad der Protesteinfrasturktur dar.

Dieser Strategie folgend fanden seit dem zahlreiche erfolgreiche Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams statt, so die Bil-

G8 Proteste bei Rostock 2007

dungsstreiks, Blockaden rund um Blcokupy, Castor Transporte Naziaufmärsche und zuletzt die Proteste zum G20 in Hamburg. Die Aneignung des öffentlichen Raums im Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen wurde so fester Bestandteil der Verbandsidentität.v

Die Aufbauarbeit hat sich gelohnt. Der Verband zählt inzwischen über 10.000 Mitglieder und zählt damit zu den größten politischen Jugendverbänden in Deutschland.

Victor Perli

Filmtip: 10 Jahre Jugendverband: https://youtu.be/1G2G9AeNVwM

Bildungsstreik Berlin

Get organized!
Basisgruppen aufbauen

Du möchtest in einer Gruppe Politik machen, stehst aber alleine da. Was tun?

Als erstes solltest du dich bei deinem Landesverband oder vor Ort bei der Partei DIE LINKE melden. Sie können dir sagen, ob es nicht vielleicht weitere Mitglieder des Jugendverbandes in deiner Nähe gibt, die vielleicht ebenfalls eine Gruppe suchen. Auch ein Anruf in Berlin bei der Bundesgeschäftstelle des Jugendverandes kann dir helfen, dort wissen sie auch welche Gruppen bei dir in der Nähe aktiv sind.. Dann kannst du Kontakt zu diesen aufnehmen oder mit anderen Einzelmitgliedern eine neue Basisgruppe gründen. Aber auch wenn es keine weiteren Mitglieder gibt, kannst du dich nach Gleichgesinnten in deinem Freundeskreis umschauen, denn um eine Gruppe aufzubauen, braucht es nur ein paar Leute.
Vielleicht denkst du an dieser Stelle: So ein Mist, ich kenne hier einfach sonst keine Linken. Aber jetzt bloß nicht aufgeben! Viele Aktive haben sich schon gewundert, wen sie plötzlich auf Demos oder bei Veranstaltungen treffen, bei denen sie das nie vermutet hätten. Die Suche nach Gleichgesinnten, die vielleicht auch gerne in einer Gruppe mitmachen würden, lohnt sich! Wenn du in social networks wie Instagramm, Twitter oder Facebook unterwegs bist, kannst du vielleicht auch dort auf Gleichgesinnte treffen – aber sei vorsichtig, denn nicht alle sollten deine persönlichen Daten von dir bekommen.
Wenn ihr dann ein Gründer*innenkreis seid und eine starke Gruppe aufbauen wollt, beachtet die „goldene Regel“ für wirkungsvolle Politik: Menschen werden magisch von Bewegung angezogen! Wenn in einem kleinen Ort Feuerwehrwagen mit Blaulicht durchrauschen, schauen alle neugierig aus dem Fenster; manche laufen hinterher, um zu sehen, was da los ist. In politischen Bewegungen ist das oft ganz ähnlich: Wenn etwas passiert, sich etwas bewegt, kommen interessierte und engagierte Menschen von ganz allein.

Dies erreicht ihr unter anderem durch:

- Aktionen machen, Plakatieren, Aufkleber verbreiten, Transparente an ungewöhnlichen Orten aufhängen etc.
- In Schulen/ Treffpunkten von Jugendlichen: Flugblätter verteilen (über den Bundesverband können Flyer bestellt werden)
- Podiumsdiskussionen/ Abendveranstaltungen/ Partys etc.
- Radiobeiträge (Lokalradio/ offene Kanäle) senden
- Mit eigenen Fahnen und Transparenten auf Demos gehen
- Seminare mit Referent*innen anbieten
- Pressemitteilungen zu eigenen Aktionen verschicken
- aktiv in den sozialen Medien sein, mit eigenen Seiten.

Tipps dazu, wie ihr all das organisieren könnt, findet ihr in diesem Handuch – hier geht es erst einmal darum, dass eure Gruppe gemeinsam aktiv wird, Erfahrungen macht und dabei zusammen kommt, lernt, stärker und größer wird.
Grundsätzlich ist es so, dass ihr ab drei Mitgliedern eine Ortsgruppe gründen könnt. Das bedeutet für euch, dass ihr Teil von linksjugend [‘solid] seid, mit Material-Paketen aus der Bundesgeschäftsstelle versorgt werdet, euch auch als Jugendgruppe bei der örtlichen Partei DIE LINKE melden könnt und, was das wichtigste ist, nun eine kleine politische Organisation seid. Eine politische Organisation braucht natürlich auch einen Namen. Gruppen der linksjugend [‘solid] sollen auch so heißen. Euch steht es aber frei, Zusatznamen hinzuzufügen (Beispiel: linksjugend [‘solid] Musterstadt – so radikal wie die Wirklichkeit!).

Vom Grüppchen zur politischen Organisation

Wenn ihr erst einmal eine Gruppe von ein paar Leuten seid, die Lust haben, politisch was zu machen, ist schon viel gewonnen. Trotzdem lohnt es sich, auch darüber nachzudenken, wie ihr euch dann als Gruppe organisiert. Es gilt, einen Rahmen zu schaffen, in dem sich möglichst viele aktiv in die Gruppenarbeit einbringen. Jede*r Einzelne zählt!

Regelmäßige Treffen: Zunächst kommt es darauf an, sich regelmäßig zu treffen. Ihr solltet euch also auf einen regelmäßigen Termin, zum Beispiel jeden Montagabend, einigen. Als Ort bieten sich Jugendfreizeitheime, Geschäftsstellen der LINKEN oder Hinterzimmer in Kneipen an. Privatwohnungen hingegen sind nicht so geeignet, weil dadurch die Hemmschwelle für neue Mitglieder um so höher ist und eine öffentliche Ankündigung komplizierter wird.

Gemeinsamer Einstieg: Der Bundesverband organisiert Basisgruppenseminare, bei denen erfahrenere Mitglieder für einen Tag zu euch kommen und euch dabei helfen, für den Aufbau einer erfolgreichen Gruppe fit zu werden. Ihr könnt euch jederzeit bei der Bundesgeschäftsstelle melden.

Plan machen: Es ist sinnvoll, am Anfang und zwischendurch immer mal wieder gemeinsam zu überlegen, was ihr machen könntet. Es stellt sich also die Frage, wen welche Themen interessieren, was gerade tagespolitisch aktuell ist (Rassismus, Krieg, Sozialabbau...) und vor allem auch, was ihr auch wirklich umsetzen könnt. In der Regel laufen bei linksjugend [‘solid] Kampagnen des Bundesverbandes beziehungsweise des jeweiligen Landesverbandes, zu denen dann auch Infomaterial und viele Aktionsideen vorhanden sind. In diese Kampagnen kann sich eure Gruppe einfach einklinken, mitmachen und eigene Aktionen starten – natürlich nur, wenn euch das Thema auch wichtig erscheint. Daraus könnt ihr eine Art „Arbeitsplan“ erstellen, der dann gemeinsam umgesetzt wird. Tipps und Anregungen für verschiedene Aktionsformen findet ihr auch in diesem kleinen Handbuch. Der Vorteil eines solchen Vorgehens ist, dass alle ihre Interessen einbringen können und ihr

im Nachhinein überprüfen könnt, was ihr von dem Vorgenommenen geschafft habt und was nicht. Außerdem ist es spannend, mal in der Gruppe zu besprechen, warum die Einzelnen eigentlich dabei sind, was sie erwarten und was sie erreichen wollen. So lernt ihr euch besser kennen und wisst, wo ihr gemeinsam hin wollt.

Treffen strukturieren: Es ist frustrierend, wenn ein Treffen nur so dahinplätschert und am Ende alle das Gefühl haben, dass nichts dabei rausgekommen ist. Deshalb macht es Sinn, am Anfang eines jeden Treffens gemeinsam eine Tagesordnung aufzustellen. So gehen Themen nicht unter und das Treffen hat einen „roten Faden". Dabei könnt ihr bestimmte Punkte standardmäßig einbauen, zum Beispiel „Berichte" (von Veranstaltungen, Aktionen, Naziaktivitäten, Bundestreffen etc.) oder „Terminankündigungen". Um zu verhindern, dass Absprachen sofort wieder in Vergessenheit geraten, ist es meist sinnvoll, ein Ergebnisprotokoll zu schreiben: Wer wollte sich um was kümmern? Was soll beim nächsten Treffen besprochen werden? Welche Termine stehen in nächster Zeit an? Weil niemand gerne Protokoll schreibt, solltet ihr das einfach reihum machen, so dass jede*r mal dran ist. So lange keine geheimen Informationen drin stehen, sollte ein Protokoll möglichst bald an alle gemailt werden. Außerdem sollte man beim nächsten Treffen noch einmal reinschauen, um zu sehen, was besprochen wurde, welche Aufgaben verteilt wurden und welche Aktivitäten fortgesetzt werden sollten.

Inhalt und Organisieren: Vielen Gruppen reicht es nicht aus, sich zu treffen, um gemeinsam die Aktivitäten zu organisieren. Das ist zwar notwendig, aber manchmal anstrengend, und die Frage, wer den Kleister zum Plakatieren mitbringt, hilft auch nicht wirklich weiter, wenn man sich mit politischen Themen auseinandersetzen und neue Erfahrungen sammeln will. Deshalb machen viele Gruppen vorbereitete inhaltliche Diskussionen zu einem festen Bestandteil ihrer Treffen, etwa indem die ganze Gruppe einen Entwurf für ein Flugblatt diskutiert und verändert, einen Text gemeinsam liest und bespricht oder jemand einen Input zu einem bestimmten Thema vorbereitet, über den man dann gemeinsam diskutiert.

Weitere Ideen und Tipps dazu, wie so etwas aussehen kann, findet ihr im Abschnitt „Politische Bildung“.

Treffen und Diskussionen organisieren: Bevor immer dieselben Leute bemängeln, dass beim Treffen mal wieder alle durcheinander reden, es nicht voran geht oder ihr vom Thema abkommt, solltet ihr lieber von vornherein festlegen, wer das Treffen moderiert. Zur Moderation gehört etwa, zu Beginn die Punkte zu sammeln, die besprochen werden sollen, und darauf zu achten, dass alle Punkte auch behandelt werden (oder man sich darauf einigt, etwas auf das nächste Treffen zu verschieben), damit nichts einfach vergessen wird. Auch eine Redeliste kann Aufgabe der Moderation sein. Diese Aufgabe kann (und sollte) jede*r dann auch mal übernehmen.

Hierarchien abbauen: In einer funktionierenden Gruppe geht es nicht darum, sich möglichst schnell und wirksam durchzusetzen, sondern zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen. Diskutiert strittige Fragen wirklich aus und nehmt Einwände anderer Aktivist_innen ernst. Ihr solltet vermeiden, dass sich eine Mehrheit der Gruppe in wichtigen Fragen per Abstimmung gegen eine Minderheit durchsetzt, denn eine gemeinsame Aktion, auf die die Hälfte eigentlich gar keine Lust hat, ist oft nicht besonders erfolgreich. So ein Vorgehen verlangt, dass alle bereit sind, sich auch auf die Argumente, Interessen und Vorstellungen Anderer einzulassen.

Kommunikation: In einer linken Gruppe sollte klar sein, dass alle gleichberechtigt beteiligt sind und sich einbringen können. Das heißt konkret, dass ihr auch bei Treffen sehr sensibel mit dem Thema Kommunikation umgehen solltet. Reden einige immer und Andere gar nicht? Sagt eine_r immer, was gemacht werden soll und alle Anderen stimmen kritiklos zu? Wenn sich solche Strukturen erstmal verfestigt haben, sind sie schwer wieder aufzubrechen. Deshalb solltet ihr von Anfang an darauf achten, vor allem diejenigen Teilnehmer_innen in die Diskussionen einzubinden, die sich weniger oft zu Wort melden. Es gibt auch einfache Mittel, Hierarchien entgegenzuwirken, beispielsweise mit Runden: Zu bestimmten Fragen lohnt es sich, eine „Runde“ zu machen. Dann haben alle

die Gelegenheit, mal was zu sagen. Auch am Ende eines Treffens ist eine Nachbereitungsrunde sinnvoll, um zu sammeln, was gut und was schlecht lief. In hitzigen Diskussionen macht es oft Sinn, eine Redeliste zu führen, um zu verhindern, dass nur Diejenigen mit der lautesten Stimme zu Wort kommen. Eine_r aus der Gruppe schreibt sich die Meldungen auf und erteilt dann das Wort. Das kann helfen, Leute, die sich nicht so gut durchsetzen können, auch mal sprechen zu lassen. Diese Redelisten können, wenn ihr euch vorher darauf geeinigt habt, Leute bevorzugen, die sonst weniger zu Wort kommen würden. Zum Beispiel könnt ihr eine Frauenquote einführen oder diejenigen vorziehen, die noch nichts gesagt haben.

Wissen und Erfahrung austauschen: Ziel sollte es sein, dass die Arbeit der Gruppe auf möglichst viele Schultern verteilt wird. In der Realität werdet ihr aber immer wieder damit konfrontiert, dass es enorme Unterschiede bei Wissensstand, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Aktiven gibt. Um solche Unterschiede nicht zu „zementieren“, sondern möglichst abzubauen, ist es wichtig, dass Informationen und Erfahrungen weitergegeben werden. Das bedeutet, dass nicht alle allein vor sich hinarbeiten, sondern tatsächlich gemeinsam geplant, besprochen und durchgeführt wird. Gut ist es zum Beispiel, für einzelne Aufgaben Teams mit Menschen, die so was schon mal gemacht haben und Anderen, die damit noch keine Erfahrungen haben, zu bilden. So sind nach und nach alle in der Lage, unterschiedliche Aufgaben zu übernehmen. Ein solches Vorgehen etabliert sich jedoch nicht von selbst. Vor allem die erfahreneren Gruppenmitglieder müssen aufpassen, nicht alle Aufgaben sofort zu übernehmen, sondern Anderen Raum zu lassen und sie zu ermutigen, sich einzubringen. Um auch zwischen den Treffen Absprachen treffen zu können, ist eine Mailingliste oder Messangergruppe hilfreich. Die könnt ihr bei Anbietern wie yahoo groups, google oder riseup bzw Telegram, Whatsapp u.ä. umsonst einrichten. Außerdem solltet ihr in eurer Gruppe eine Telefonliste aufbauen, damit ihr euch – besonders wenn’s schnell gehen muss – erreichen könnt. Dabei solltet ihr aber darauf achten, dass Mitglieder, die kein Smartphone haben,

nicht von Kommunikations- und Entscheidungsprozessen abgeschnitten werden. Wenn ihr ganz auf einen E-Mail-Verteiler verzichten wollt, solltet ihr trotzdem sicherstellen, dass alle Gruppenmitglieder jederzeit die Protokolle nachlesen können (z.B. mittels eines Wikis oder einem Pad).

Wahrnehmbar sein: Damit ihr nicht nur als Gruppe für euch dahinwurschtelt, ist es wichtig, dass die Menschen euch auch jenseits von Aktionen wahrnehmen können. Deshalb kann es Sinn machen, dass auch ihr als Basisgruppe eine kleine Homepage oder Facebookseite aufbaut. Diese kann auch schlicht eine Unterseite der Internetseite eures Landesverbandes sein (Beispiel: linksjugend-solidbundesland.de/basisgruppe). Eine eigene Mailadresse (basisgruppe@linksjugend-solid.de) richtet euch die Bundesgeschäftsstelle gerne ein. Auch wenn vieles per E-Mail und Smartphone läuft, vergesst nicht, auch eine Postadresse anzugeben, unter der ihr als Basisgruppe erreichbar seid und an die Materialien verschickt werden können. Am einfachsten ist es, wenn ihr mit der Gliederung der lokalen Partei besprecht, dass deren Anschrift auch die eure sein soll.

Finanziell handlungsfähig sein: Auch linke Politik funktioniert so ganz ohne Geld nicht. Deshalb empfehlen wir euch, mit eurer lokalen Parteigliederung zu sprechen und zu beantragen, dass euch ein gewisses Budget zur Verfügung steht. Auch „Sachleistungen“, wie die Möglichkeit zu kopieren, solltet ihr annehmen. Darüber hinaus hängt es von eurem Landesverband ab, ob und in welchem Rahmen Basisgruppen über Geldmittel verfügen können. Projektbezogen kann es sinnvoll sein, Gelder bei Stiftungen und Initiativen zu beantragen. Außerdem solltet ihr euch schlau machen, ob es bei euch einen lokalen RPJ (Ring politischer Jugend) gibt. Dies würde euch eine kontinuierliche Zuschussfinanzierung sichern. Weitere Tipps findet ihr im Beitrag „‚Money, Money, Money‘ Oder die leidige Frage nach dem Geld“ in diesem Handbuch.

Erfolgserlebnisse schaffen: Haltet euch mit Erfolgserlebnissen bei Laune. Das heißt zum Einen, dass ihr euch nicht zu viel vornehmen solltet: Lieber tief stapeln und dafür das Vorhaben wirklich

hinbekommen. Zum Anderen solltet ihr Aktionen, Veranstaltungen und andere Aktivitäten gründlich nachbereiten und dabei auch klar feststellen, was gut lief. Doch auch die Defizite solltet ihr euch merken und versuchen, es das nächste Mal besser zu machen. Wenn alle die übernommenen Aufgaben ernst nehmen, kann kaum Frust entstehen. Nichts ist ätzender als ein Haufen Absprachen, die am Ende nicht eingehalten werden.

Atmosphäre ist wichtig: Linke Gruppen sind ein Raum, in dem wir – wie sonst in dieser Gesellschaft selten – nicht miteinander konkurrieren müssen. Das könnt ihr euch immer wieder klar machen und den Umgang entsprechend gestalten. Nehmt ernst, was Genoss*innen sagen, lasst euch gegenseitig ausreden, lacht nicht über vermeintlich blöde Fragen und lobt euch auch mal gegenseitig für gemachte Arbeit. Ziel sollte es sein, dass Schieflagen beim Umgang in der Gruppe offen thematisiert und geklärt werden können.

Strukturen langfristig aufbauen: Kontinuität ist der Schlüssel erfolgreicher Basisgruppenarbeit. Deshalb: Leute nicht „verheizen"! Wenn Menschen motiviert in die Gruppe einsteigen, ist das super. Trotzdem sollten gerade die Erfahreneren darauf achten, dass Aktivist_innen sich nicht übernehmen. Das heißt vor allem, dass niemand überfordert oder mit Aufgaben allein gelassen wird.

Politische Arbeit sollte Spaß machen: Auch wenn die Überwindung des Kapitalismus eine ernste Sache ist, sollte euer politischer Alltag Spaß machen. Diskutiert in eurer Gruppe aber auch über die (individuellen und gemeinsamen) Perspektiven: Wie geht's mit der politischen Arbeit nach dem Schulabschluss weiter? Was ist mit Leuten, die altersbedingt aus dem Jugendverband ausscheiden? Wie können wir verhindern, dass die Gruppe zusammenbricht, weil ein oder zwei Leute wegziehen oder nicht mehr mitmachen wollen?

Offenheit bewahren: Nichts ist schlimmer als eine Gruppe, die so eingespielt ist, dass keine_r eine Chance hat, dazuzukommen. Macht euch klar, dass neue Leute noch nichts über eure üblichen

Vorgehensweisen, Insider-Witze oder üblichen Abkürzungen wissen. Behaltet immer im Hinterkopf, welche Fragen ihr bei eurem ersten Treffen im Kopf hattet. Auch über kulturelle „Traditionen“ lohnt es sich durchaus mal nachzudenken. Es ist nämlich nicht davon auszugehen, dass alle neuen Leute etwas damit anfangen können wenn z.B. der antiquierten Charme von Arbeiterliedern oder der neuste parteiinterne Klatsch eure Abende charakterisieren. Eben solche Dinge machen euch zu einer „geschlossen“ wirkenden Gruppe, zu der neue Leute kaum dazustoßen können oder wollen.

Neue Leute einbinden: Einer der großartigsten Momente im Leben einer Basisgruppe: Neue Leute melden sich und wollen mitmachen oder tauchen bei einem Treffen auf. Allzuoft nehmen wir in unserer Routine kaum war, was da passiert: Obwohl wir ständig lernen, dass der Kapitalismus die beste aller möglichen Welten ist oder wir zumindest sowieso nichts ändern können, hat da jemand den Schritt gewagt und ist zu einem Jugendverband gegangen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Karl Marx). Jetzt liegt es an uns, ihm oder ihr alle Möglichkeiten zu geben, selbstbestimmt mitzumachen. Das beginnt bei solchen Banalitäten wie einer Vorstellungsrunde zu Beginn des Treffens, damit die „Neuen“ wissen, wer eigentlich alles da ist und die Gelegenheit hat, kurz etwas über sich zu sagen. Es geht damit weiter, dass ihr mal fragt, warum sie/er überhaupt da ist, was sie/ihn interessiert bzw. gerne machen würde und darauf achtet, euer Treffen so abzuhalten, dass alle folgen können: Also vor einem Bericht von der “LMV” kurz erklärt, was die Landesmitgliederversammlung ist und macht, oder bei euren aktuellen Projekten kurz zusammenfasst, worum es geht und was der Stand der Dinge ist. Gerade, wenn ihr schon länger aktiv und nicht mehr ganz wenige seid, kann man bei einem ersten Treffen oft trotzdem nicht alles erklären und alle wichtigen Fragen stellen oder beantworten. In vielen Gruppen werden deshalb ein oder zwei Menschen „Ansprechpartner*innen“ oder „Paten“ der

„Neulinge“. Sie können dann noch einmal genauer darüber reden, welche Interessen, Ideen und Vorstellungen das Neumitglied mitbringt, und besprechen, was unklar geblieben ist oder nicht genau erklärt werden konnte.

Sexismus – hat das was mit uns zu tun?: Wir leben in einer männerdominierten Gesellschaft, in der Frauen nicht nur weniger verdienen und immer noch den Großteil an Hausarbeit und Kindererziehung leisten, sondern auch seltener politisch aktiv werden – was sich auch in linksjugend [‘solid] oft abbildet. Das liegt an Geschlechterrollen, also unterschiedlichen Verhaltensmustern, die Jungen und Mädchen vermittelt werden, aber es liegt auch an uns: Dass Ellbogenmentalität, anderen ins Wort fallen, lauter reden und sich selbst ins Zentrum stellen „männliche“ Eigenschaften sein sollen, liegt an der Gesellschaft – aber ob man sie braucht, um in unserer Gruppe zurecht zu kommen, liegt an uns (Nebenbei gesagt sind Gruppen, in denen das nicht der Fall ist, auch für Männer angenehmer). Auch penetrante Anmachen und sexistische Witze haben schon so manche Interessierte von einer Gruppe ferngehalten. Es reicht nicht, zu erklären, dass so ein Verhalten in einem linken Jugendverband keinen Platz hat: Wir müssen uns bewusst machen, dass es trotzdem allzu oft passiert, und bereit sein, dagegen einzuschreiten.

Kultur und Politik trennen: Es ist gut, wenn sich die Aktivist*innen nicht nur politisch mögen, sondern auch sonst gut miteinander auskommen. Deshalb fördert es die Gruppe, auch mal privat miteinander etwas zu unternehmen, sich für mehr zu interessieren, als für die Ansichten Anderer zum Thema XY. Gleichzeitig ist es in vielen Gruppen aber auch ein Problem, wenn die politische Zusammenarbeit und das soziale Miteinander fließend ineinander übergehen und so weder das eine noch das andere richtig klappt. Deshalb solltet ihr zum Beispiel zunächst euer Treffen machen und erst danach (möglichst nicht im selben Raum) noch gemeinsam etwas trinken gehen. Auch gemeinsame Filmabende, Partys etc. sind immer nett.

Wir und die Welt – die Basisgruppe im Jugendverband

Auf Landes- und Bundesebene bieten sich zahlreiche Gelegenheiten, als Gruppe an politischen Events teilzunehmen: OOb eine Landesmitgliederversammlung, ein Sommercamp oder ein Seminar, eine Großdemo oder ein Arbeitswochenende, all das sind nicht nur spannende Erfahrungen für jede*n Einzelne*n, sondern kann euch auch als Gruppe weiter zusammen bringen. Denjenigen, die nicht dabei sein konnten, könnt ihr vielleicht auf dem nächsten Treffen von den wichtigsten Sachen berichten.

Die wichtigsten Anträge sollten vor Mitgliederversammlungen und Bundeskongressen schon bekannt sein, schließlich bieten sie eine gute Grundlage für inhaltliche Diskussionen in der Gruppe. In einer kleineren Gruppe, in der sich alle kennen, und mit mehr Zeit kann man sich besser eine Meinung bilden als an einem Wochenende mit hunderten von Ideen. Und auch die, die nicht delegiert sind, können so ihre Meinung einbringen und an Verbesserungsvorschlägen (Änderungsanträgen) mitwirken.

Wenn Leute aus eurer Gruppe in Verbandsgremien wie beispielsweise einem Landessprecher*innenrat sind, kann es sinnvoll sein, hin und wieder von dort zu beric hten oder Entscheidungen zum Beispiel über inhaltliche Schwerpunkte, auch mal in der Gruppe zu diskutieren. Ihr solltet aber aufpassen, dass sich eure Treffen und Aktivitäten nicht nur um den Verband drehen – die Welt, die wir zu verändern haben, ist immer noch da draußen...

Auch andere Aktivitäten Einzelner aus der Gruppe, etwa in Schüler*innenvertretungen oder Gewerkschaftsjugenden können gute Anknüpfungspunkte für Debatten oder Aktionen der Gruppe sein. Also vergesst nicht, auch mal darüber zu reden!

Warum sich als Gruppe organisieren?

„Unsere wichtigste Ebene ist die der Basisgruppen. Alle überregionalen Gremien haben die Aufgabe diesen Zellen linken Widerstandes und linker alternativer Gestaltung, Material, Infrastruktur

und politische Bildung zugänglich zu machen. In unseren Gruppen können wir stärker werden, durch neue Gruppen werden wir stark: ildet Banden! heißt unser Konzept. Wir versuchen mit kulturell und politisch fortschrittlichen Konzepten eine Offensive von Links. Unser Kampf gilt dem Kapitalismus, für ein ganz anderes Ganzes – für eine Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben endlich selbstbestimmt gestalten können.

So radikal wie die Wirklichkeit – leben wir den Widerstand!" (aus dem Programm von linksjugend ['solid])

„Anträge gewichten" - Teil des Konzeptes ‚BuKo neu denken'.

Organisationsdebatte

Gemeinsam Politik zu machen, macht mehr Spaß und ist erfolgreicher, als allein. Aber warum genau organisiert sich linksjugend ['solid] in Basisgruppen? Und was ist eigentlich mit einer Organisierungsdebatte gemeint?

Es hat in der Geschichte linker Bewegungen verschiedenste Ansätze gegeben, wie man sich am besten organisiert, um die Gesellschaft zu verändern. Wir können diese Debatten hier nicht neu aufrollen, wollen aber kurz anreißen, welche Fragen sich darin gestellt haben und wie wir uns darin positioniert mussten. Eine dieser Fragen ist die von Zentralität vs. Autonomie: Während etwa die K-Gruppen der 1970er bis 1980er Jahre zentralistische Kaderorganisationen aufbauen wollten, in denen alle Mitglieder diszipliniert die Entscheidungen der Führung umsetzen sollten, werden gemeinsame und verbindliche Entscheidungen in der autonomen Szene weitgehend abgelehnt. Das eine Organisationsprinzip, das von den K-Gruppen angewandt wurde, kann leicht zu Erstarrung und autoritären Tendenzen führen, das andere macht koordiniertes politisches Handeln schwierig und lässt viel Raum für „informelle Hierarchien", in denen bestimmte „Checker" den Ton angeben.

Wir als linksjugend ['solid], haben uns dagegen für eine basisdemokratische Organisierung entschieden, in der die Gruppen vor Ort die wichtigste Ebene darstellt. Trotzdem handeln die Gruppen auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms und bekommen von den verschiedenen gemeinsamen Ebenen des Verbandes Unterstützung. So können wir gemeinsame Kampagnen koordinieren, Camps, Kongresse und Seminare veranstalten, Material produzieren oder unsere Ideen und Beiträge in bundesweite Bündnisse einbringen. Vieles davon würde keine Gruppe allein schaffen, aber nichts davon funktioniert oder hat einen Sinn, wenn es nicht von den Basisgruppen getragen wird.

Die zentrale Rolle der Gruppen entspricht auch der Idee der Selbstorganisation: In der Schule, im Job und überall in der Gesellschaft

werden wir mit einem fertigen Leben konfrontiert, das wir so nehmen sollen, wie es ist. Wenn wir eine andere Gesellschaft wollen, müssen wir auch lernen, Dinge, die uns betreffen, mit Anderen zusammen zu organisieren, denn Sozialismus funktioniert nicht, indem wir einfach ein anderes Programm auf den Zentralrechner aufspielen. Unsere Gruppen sollen Orte sein, an denen wir gemeinsam diskutieren, Entscheidungen treffen und uns selbst organisieren. Alle Anliegen und Vorgaben die von Außen kommen müssen kritisch geprüft werden, egal ob sie von der Partei, dem Bundesverband oder irgendwem sonst kommen. Basisgruppen sind nicht die Unterste sondern die zentrale Organisationseinheit. Dies hält uns nicht davon ab, koordiniert und verbindlich, mit anderen Gruppen, Ebenen oder Strukturen, gemeinsam politisch wirksam zu werden.

Felix Pithan

Pudiumsdiskussion: Rückblick, 10Jahre nach der der Fusion im Jugendbereich.

Die Struktur der linksjugend [‘solid] – Aufbau und Abkürzungen

*Die „Basis“ ist unser Fundament, die Grundlage allen Seins und Wirkens. Die Ortsgruppen (OGs) oder Basisgruppen (BGs) vor Ort sind die Ebene, von der die Aktivitäten des Jugendverbandes ausgehen und auch der Ort, an dem die Politisierung aller Beteiligten stattfindet. Sie haben meist keine*n Sprecher*in oder gar Vorsitzende*n, denn das ist weder nötig noch wünschenswert. Schließlich trifft sich eine Gruppe vor Ort oft genug, um die Dinge gemeinsam anzugehen. (Siehe auch Beitrag „Get organized! Basisgruppen aufbauen“)*

Alle Gruppen beziehungsweise deren Delegierte kommen zur Landesmitgliederversammlung (**LMV**), dem höchsten Gremium auf Landesebene, zusammen, diskutieren und beschließen dort inhaltliche Anträge, Satzungsänderungen und das Arbeitsprogramm für die nächsten Monate. Zudem wählen sie sich einen Landessprecher*innenrat (**LSpR**), der den Landesverband zwischen den LMVen repräsentiert und organisiert. Manchmal gibt es auch einen Rat, in dem sich Vertreter*innen aller OGs treffen.

Auf der LMV wird auch eine Delegation des Landesverbandes (**LV**) für den Bundeskongress (**BuKo**) gewählt. Dieser wiederum stellt das höchste Gremium des Jugendverbandes dar. Hier werden alle wichtigen politischen und strategischen Entscheidungen getroffen Außerdem wählt der BuKo jedes Jahr einen Bundessprecher*innenrat (BSpR) als Vertretung von linksjugend [‘solid].

Zusammen mit dem LSpR werden auf der LMV auch zwei Vertreter*innen für den Länderrat (**LR**) gewählt, der ein Vernetzungsgremium auf Bundesebene darstellt, das zugleich Initiativ- und Kontrollfunktion gegenüber dem BSpR besitzt und den BuKo einberuft. In manchen LVs gibt es so ein Gremium auch zur landesweiten Vernetzung zwischen den Basisguppen.

Thematische Zusammenschlüsse auf Landes- und Bundesebene (Landesarbeitskreise – **LAK**s beziehungsweise Bundesarbeitskreise – **BAK**s) bilden Plattformen für den politischen Austausch und die gemeinsame Diskussion und Positionsfindung über die Orts- und Landesgrenzen hinaus. Die Arbeitskreise werden nicht gewählt und können sich stattdessen einfach zusammenfinden, gemeinsam arbeiten und Finanzmittel beim LSpR oder BSpR beantragen. Auch Arbeitszusammenhänge (beispielsweise zur Organisierung von Camps) können sich in Arbeitsgruppen oder Kommissionen zusammenfinden.

Außerdem existieren sowohl auf Landes- als auch Bundesebene Schiedskommissionen, die über Streitfälle und Ausschlüsse innerhalb des Verbandes entscheiden. Nicht zuletzt prüfen sogenannte Kassenprüfungskommissionen am Ende jeder Amtszeit der Sprecher*innenräte den Finanzhaushalt, damit LMV oder BuKo darüber befinden können, ob alles korrekt abgelaufen ist. Auf den LMVen und dem BuKo werden die jeweiligen Jugendverbandsdelegationen für die Landes- sowie Bundesparteitage der Partei DIE LINKE (und noch andere Parteipöstchen und –delegatiönchen) gewählt.

In Berlin sitzt die Bundesgeschäftsstelle (**BGS**) des Jugendverbandes und die meisten Landesverbände haben auch Landesgeschäftsstellen (**LGS**).

Josephine Michalke

Politische Bildung – Grundlage für widerständiges Leben und Kämpfen

*Mit unserem ersten Atemzug beginnen Bildung und Erziehung auf uns einzuwirken und uns in die kapitalistische Gesellschaft zu integrieren. Familie, Freund*innen, Schule, Medien, Staat – sie alle prägen unsere Persönlichkeit und unser politisches Weltbild. So soll unser Leben mit den Anforderungen der sich ständig verändernden kapitalistischen Produktionsweise in ein funktionierendes Verhältnis gesetzt werden. Diese Integrationsprozesse sind Folge gegensätzlicher sozialer Interessen, Ideologien und kultureller Praxen. Indem wir diese gesellschaftlichen Verhältnisse im Rahmen von politischer Bildung thematisieren und kritisch analysieren, eröffnen wir uns und Anderen neue Möglichkeiten, die Gesellschaft grundlegend zu verändern.*

Warum ist politische Bildung wichtig?

Eine fundierte politische Bildung und Gesellschaftsanalyse ist nicht nur die Voraussetzung für eine erfolgreiche Praxis, sondern bereits Teil von ihr. Im Sinne Marx', eine freie Gesellschaft als Kollektiv freier Individuen anzustreben, bedeutet, die freie Entwicklung einer*s jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller zu erkennen und zu befördern. Die Befreiung aus den gesellschaftlichen Zwängen des Kapitalismus steht daher im Zentrum linker politischer Bildung. Der vorliegende Beitrag verfolgt daher drei Ziele: (1) sollen Bedeutung und Grundlagen emanzipatorischer Bildung näher gebracht werden, (2) mit Tipps und Hinweisen die ersten Schritte für eine eigene erfolgreiche Bildungsarbeit erleichtert werden und (3) gezeigt werden, wo ihr Hilfe, Unterstützung und Geld für eure Bildungsarbeit erhaltet und welche Angebote im Umfeld des Jugendverbandes bereits existieren.

Emanzipation als Ziel linker Bildungsarbeit

Emanzipatorischer Bildung geht es um Bewusstseinsbildung, Selbstermächtigung und Utopiefähigkeit. Menschen sollen befähigt werden, sich selbst in der gegenwärtigen Gesellschaft zu ver-

orten, soziale Verhältnisse zu erkennen und dann selbstständig zu verändern – und politische Akteur*innen werden. Daher muss sich emanzipatorische Bildungsarbeit an den Bedürfnissen und Erfahrungen der Teilnehmenden orientieren, ohne das Bildungsziel aus den Augen zu lassen. Alle Bestandteile der Bildung – Rahmen, Form und Inhalt – müssen Kritik und Selbstständigkeit jederzeit zulassen. Dieses Verständnis, das die Entwicklung eigenständiger politischer Akteur*innen zum Ziel hat, grenzt sich von dogmatischen und repressiven Vorstellungen und Praktiken ab. Bildung in einer Zwangsinstitution wie der Schule, unhinterfragte Frontalreferate oder das bloße Auswendiglernen von Glaubensdogmen sind nie emanzipatorisch.
Diesem Grundkonsens emanzipatorischer Bildung folgend, müssen alle gesellschaftlichen Widersprüche aufgedeckt und thematisiert werden. Neben dem ökonomischen Widerspruch von Kapital und Arbeit gilt dies insbesondere für Rassismus und Geschlecht. Wichtig ist hierbei das soziale Lernen in einer Gruppe: Alle sind auf Augenhöhe, bilden sich gegenseitig und lassen dabei niemanden zurück. Hierzu braucht es ebenso Raum für die Bedürfnisse von Einsteiger*innen wie für tiefer gehende Diskussionen.

Gewusst wie: Tipps, Regeln und No-goes

Rahmenbedingungen: Auch wenn die Umstände jeweils verschieden sind, gibt es einige hilfreiche Hinweise genereller Art, die im Folgenden erläutert werden. Egal welches Format von Bildungsveranstaltung ihr organisiert, löst euch nach Möglichkeit aus eurem gewöhnlichen Umfeld. Ein **Ortswechsel** schafft für alle Teilnehmenden das Gefühl einer Ausnahmesituation, die es erleichtert, sich auf die Veranstaltung zu konzentrieren, und den Rückfall in gewohntes Gruppenverhalten erschwert. Wenn ihr eine offene Veranstaltung vorbereitet, bietet die Raumänderung den Gästen die Chance, den Ort als ebenso ungewohnt zu empfinden wie alle Anderen auch. **Freiwilligkeit** ist das A und O linker Bildungsveranstaltungen und unterscheidet sie von Schule oder Uni. Ihr solltet eure Gruppe oder einzelne Mitglieder nicht zur Teilnahme drän-

gen. Selbst wenn sie mitkommen, bleiben sie dann passiv, sind abgelenkt oder fühlen sich zu unwohl um wirklich aufnahmebereit zu sein. Also trefft gemeinsam eine Entscheidung oder lasst es lieber. Eine weitere Grundregel lautet: Es dauert immer länger, als du denkst. Für den Erfolg einer Veranstaltung ist es deshalb enorm wichtig, **genügend Zeit** einzuplanen. Nichts ist schlimmer, als eine gute Diskussion aufgrund von Zeitmangel abbrechen zu müssen oder gar nicht erst zum Kern des Themas zu gelangen, weil zum Anfang zu viel Zeit verplempert wurde.

Formate: Es gibt verschiedene Formate, die ihre Vor- und Nachteile haben. Eine **Abendveranstaltung/ Referat/ Podiumsveranstaltung** sollte maximal zwei bis drei Stunden dauern. Sie ist eine gute Gelegenheit, sich in größerer Runde grundlegend oder tagespolitisch mit einem Thema auseinander zu setzten und kontrovers zu diskutieren. Wenn ihr einen **Filmabend** macht, vergesst nicht das politische Gespräch im Anschluss. Nach einem Film ist das oft nicht leicht zu initiieren, ihr solltet sicherheitshalber ein paar Fragen oder eigene Statements vorbereiten. Derartige öffentliche Veranstaltungen bieten sich besonders an, um über die eigene Gruppe hinaus zu wirken und sich an öffentlichen Diskursen zu beteiligen. Wollt ihr hingegen erst einmal in überschaubarer Runde in ein Thema einsteigen, bieten sich **(Halb-)Tagesseminare** an. **Wochen- oder Wochenendseminare** sind Luxus in der politischen Bildungsarbeit. Sie schaffen einen Raum, in dem sich eine Gruppe abseits vom Alltagsstress intensiv mit einem Thema auseinandersetzen kann. Neben dem gemeinsamen Wissenszuwachs steigern solche Seminare die Gruppendynamik und fördert die Debattenkultur. Bei einem **Workshop** sollte die Gruppe auch tatsächlich gemeinsam etwas erarbeiten. Ziel ist es, am Ende ein Ergebnis zu haben, mit dem gemeinsam zukünftig weitergearbeitet werden kann. Das Format lebt vor allem von den Beiträgen der Teilnehmenden. Ein **Training** unterscheidet sich von den meisten anderen Formaten durch einen hohen Praxisteil. Ziel ist es hierbei, eigenes Verhalten zu reflektieren, zu verbessern oder neue Handlungsmöglichkeiten zu erlernen. **Lesekreise** sind *die* geeignete Form, um sich wirklich

tief in eine Materie oder Theorie einzuarbeiten und haben den Vorteil gegenüber der privaten Lektüre, dass Andere beim Verständnis helfen und unterschiedliche Interpretationen diskutiert werden können. Sie verlangen von den Teilnehmenden aber viel Ausdauer und Disziplin.

Inhalte: Es sollte stets um die Vermittlung von Basiswissen, also (1) politisches Handwerkszeug und (2) politische Theorie und Geschichte, gehen, auf dessen Grundlage die Bildenden sich selbst ein Urteil machen können.

Politisches Handwerkzeug: Projektmanagement und Kampagnenplanung, Arbeits- und Zeitmanagement, Gelder organisieren und verwalten; Aufbauen & handeln: Gruppen aufbauen, Aktionstraining, Event-Orga, Transpis malen; Kommunizieren: sichere Kommunikation (anonym surfen und verschlüsselt mailen), interne Gruppenkommunikation, Moderation, Rhetorik-Seminar, Jingle-Produktion, Websites bauen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Layout-Seminar, Stenciln/ Schablonen bauen,...

Politische Theorie und Geschichte: Einführung in die Kapitalismuskritik, Flucht und Migration, Geld- und Finanzmärkte, Militanz, Staatstheorie, Was ist Sozialismus?, Geschlechterverhältnisse und antisexistische Praxis, Klimawandel und linke Ökologie, Reform und Revolution, Antimilitarismus/ Abrüstung/ Friedenspolitik, Theorie des Anarchismus, Realsozialismus, Faschismus und Antisemitismus, Drogenpolitik, Globalisierung und soziale Bewegungen, Demokratietheorie, Grundlagen der Politischen Ökonomie, Wachstumskritik und Nachhaltigkeit,...

Verhältnis von Bildner_innen zu Teilnehmenden: Die_der Bildner_in ist dafür verantwortlich, den Rahmen für emanzipatorische Bildung zu schaffen. Gefragt sind deshalb keine Monologe oder Endlosreferate. Stattdessen ist es erstrebenswert, Raum für offene und kritische Diskussionen zu schaffen. Dies muss man manchmal aushalten, auch wenn es ganz anders geplant war. Generell ist von jede*r Bildner*in und den Teilnehmenden ein lebendiges Lehr- und Lernverhältnis zu erwarten. Das setzt die gegenseitige

Wertschätzung voraus und bedeutet, sich eigene Bedürfnisse und Erwartungen mitzuteilen. Der Lernprozess bestimmt den Weg. Das heißt: Die Richtung, in die es gehen soll, wird durch den ständigen Austausch zwischen Bildner*in und Gruppe sowie innerhalb der Gruppe bestimmt.

Als linke Bildner*innen befinden wir uns in einem ewig scheinenden Spannungsverhältnis zwischen eigenen Zielen und den Bedürfnissen und Erfahrungen der Teilnehmenden. Emanzipatorische Bildung ist aber keine reine Dienstleistung. Daher kann von einer*m Bildner*in nicht erwartet werden, sich blind an den Bedürfnissen und Erfahrungen der Teilnehmenden auszurichten. Genauso wenig kann es darum gehen, den Teilnehmenden einzutrichtern, was man selbst als Bildner*in am wichtigsten findet. Um Interessen bündeln zu können und so aufeinander abzustimmen, dass ein gemeinsames Lernziel formuliert werden kann, sollten sie zu Beginn durch Abfragen transparent gemacht werden.

Methoden in der politischen Bildungsarbeit

Das **Kennenlernen** steht vor dem Lernprozess, denn alle wollen wissen, mit wem sie es zu tun haben, welche Motivation und welche Erwartungen Andere mitbringen. Um das Eis gleich am Anfang zu brechen, kann das Kennenlernen spielerisch angegangen werden. Mit **Abfragen** können Ideen und Erfahrungen gesammelt werden. Dies kann auf Zuruf geschehen, wobei die Inhalte in Stichworten beispielsweise auf einem Flipchart, also auf einer Tafel, mitgeschrieben werden. Eine andere Möglichkeit ist die Kartenabfrage: Jede*r schreibt mit Edding ihre/seine Ideen auf (pro Karte nur eine) und stellt sie dann der Gruppe vor. So werden alle Beteiligen, auch die Ruhigen und Zurückhaltenderen, gesehen und gehört.

Um einen gemeinsamen Wissenstand zu erarbeiten und sich an Klassiker*innen, also grundlegende theoretische Werke und bedeutende Autor*innen, heranzutasten, eignet sich die **Textarbeit**. Der Text(-auszug), der normalerweise nicht länger als zwei bis drei Seiten lang sein sollte, wird dabei gemeinsam gelesen und ab-

schnittsweise besprochen. Die Texte für das Seminar sollten als **Reader** für die Veranstaltung in ausreichender Anzahl vorhanden sein. Nehmt euch für die Zusammenstellung im Vorhinein genug Zeit und übertreibt es nicht mit dem Umfang.

Kleingruppenarbeit bietet den Vorteil, mehrere Aspekte und Themen parallel zu bearbeiten. Kleinere Gruppen bieten genügend Raum für Diskussionen und viele trauen sich hier eher, den Mund auf zu machen. „Gruppen haben kein Gedächtnis", denn in einer Gruppe fühlen sich alle und damit niemand verantwortlich. Daher ist es wichtig, alle Ergebnisse festzuhalten, am besten durch **Visualisierungen** im Raum (Flipchart, Plakate,...), die für alle sichtbar sind. Genaue Aufgabenstellungen zu vereinbaren, genug Zeit einzuplanen und die jeweiligen Ergebnisse zu dokumentieren, kann entscheidend für den Erfolg eines Seminars oder Workshops sein.

Bewegung fördert Kommunikation. Beim **Positionieren im Raum** kann dieses Prinzip insbesondere beim Diskutieren über verschiedene Meinungen genutzt werden. Zwei Enden oder vier Ecken des Raums stehen für gegensätzliche/ verschiedene Thesen. Die Teilnehmenden sollen sich nun im Raum zwischen den Polen positionieren. Die Moderation bringt dann die verschiedenen „Positionen" ins Gespräch. Jede*r kann die eigene Position verändern, wenn Argumente der anderen Seite überzeugen. Diese Methode ist geeignet, ein Meinungsbild zu erstellen, eine Diskussion anzuregen oder auch einen Einigungsprozess in Gang zu setzen, beispielsweise indem vorgeschlagen wird, die Thesen zu ändern.

Besonders für größere Gruppen empfiehlt sich die Methode des **Flüsterns**, um nach einem längeren Input eine Debatte anzuregen, in der sich nicht nur die „üblichen Verdächtigen" zu Wort melden. Die Teilnehmenden werden aufgefordert, sich mit ihrem unmittelbaren Umfeld direkt nach dem Input zwei bis vier Minuten auszutauschen, Unklares zu besprechen oder gemeinsam Fragen für die Diskussion zu entwickeln.

Am Ende muss es immer Zeit für **Feedback** über Inhalt, Gruppe und Moderation/ Referent*in geben. So lernen wir etwas über unser

Verhalten und wie es bei anderen ankommt, was gut lief und was verbesserungswürdig ist. Wenn die Gruppe nicht zu groß ist, sollte immer eine Runde gemacht werden, damit alle zu Wort kommen und die Veranstaltung gemeinsam reflektiert werden kann. Da es sich um subjektive Wahrnehmungen handelt, sollte Feedback immer als „Ich-Aussage“ geäußert werden.[3]

Was bei Planung & Finanzierung zu beachten ist

Alles ist möglich! Wenn ihr die Idee für eine Veranstaltung oder Interesse an einem Thema habt, wird sich immer eine Möglichkeit zur Realisierung finden. Trotzdem gilt es, einige Punkte zu beachten:

Kleine Referate oder Lesekreise sind schnell und ohne Geld auf die Beine gestellt. Wenn ihr ein Referat vorbereitet, nehmt euch den ganzen Abend Zeit für die Diskussion. Organisiert ihr einen Lesekreis, verabredet einen verbindlichen Termin in der Woche und nehmt diesen auch wahr, ansonsten schläft das Projekt schnell ein.
Wenn ihr für Workshops oder Seminare Geld für Honorare oder Fahrtkosten benötigt oder Seminarmaterial braucht, solltet ihr zuerst mit den Verantwortlichen eures Landesverbands oder der LINKEN vor Ort über Möglichkeiten der Finanzierung sprechen. Habt ihr eine*n Referentin*en von der Kommission Politische Bildung oder dem Bildungswerk angefragt, wird sich der Bundesverband um die Fahrtkosten kümmern. Falls das alles nicht klappt, bietet das Bildungswerk für Politik und Kultur e.V. die Möglichkeit, bis zu 300 Euro zur Finanzierung von Bildungsveranstaltungen spontan zu beantragen. Erfahrungsgemäß ist es nützlich, wenn sich die Teilnehmenden vorher anmelden müssen. Das steigert die Verbindlichkeit und sichert euch ab, dass die Interessierten auch wirklich kommen und ihr am Ende nicht allein da steht.

3 z.B: „Ich finde…“, „Ich denke…“ Somit kann der/die Kritisierte, die Kritik als persönliche Meinung wahrnehmen, und nicht als Globalaussage, wie z.B: „Das ist alles scheiße.“

Falls größere Summen für ganze Wochenendseminare, Veranstaltungsreihen oder Konferenzen gebraucht werden, ist eine entsprechend langfristige Planung nötig. Die meisten Bildungsvereine und Stiftungen haben eine Planungsfrist von einem halben bis zu einem ganzen Jahr. Fragen kostet aber nichts. Beachtet auch, dass Planung und Bewerbung einer Veranstaltung eine lange Vorlauffrist braucht. Ihr solltet mindestens einen Monat vor der Veranstaltung in die Werbung gehen können. Bevor das Material gedruckt werden oder online gehen kann, müssen Ort, Termin, Themen, Referent*innen etc. angefragt und bestätigt sein. Das alles dauert meist länger, als ihr erwartet und verläuft selten ohne Komplikationen, aber egal was schief geht, das nächste Mal wird's besser laufen.

Checkliste – politische Bildungsveranstaltung

Inhalt & Form:

Für die Konzipierung einer Veranstaltung sollte man...

- sich als Gruppe für ein Thema entscheiden und Leute, die andere Ideen haben, für die Planung gewinnen
- über die Gruppe hinaus Bedarf oder Interesse an der Veranstaltung sondieren
- eine Ankündigung mit ansprechendem Titel der Veranstaltung schreiben
- Dauer und Veranstaltungsart diskutieren und festlegen
- einen detaillierten Ablaufplan erstellen
- das Programm hinsichtlich Methodenvielfalt und emanzipatorischen Charakter überprüfen

optional:

- einen Reader mit Texten für das Seminar und zum Weiterlesen erstellen und kopieren
- mögliche Referent*innen ausfindig machen
- Referent*innen rechtzeitig anfragen (Vorstellungen über Fahrtkosten, Honorar u. Übernachtung berücksichtigen) und Zusage einholen

Rahmen & Organisation

Außerdem sollte man...

- Ort und Zeit möglichst früh festlegen
- prüfen, ob nicht andere Veranstaltungstermine gegen die eigene Veranstaltung sprechen
- erfragen, ob der Veranstaltungsort verfügbar ist
- prüfen, ob Gelder für die Veranstaltung benötigt werden (z.B. Mieten, Honorar, Verpflegung, Unterkunft)
- einen Finanzplan erstellen und die Finanzierung sichern
- für die Abrechnung alle Originalbelege aufheben
- die Veranstaltung rechtzeitig (und breit) bewerben (z.B. über Internet, Mailinglisten, Flyer für linke Kneipen und Jugendclubs, im Freundes- und Bekanntenkreis,...)
- klären, ob es genug verbindliche Anmeldungen gibt
- Materialien vorbereiten (Flipchart, Reader, Eddings, Klebeband, Moderationskoffer)
- Technik organisieren (Beamer, Video- oder DVD-Player, Boxen, Verlängerungskabel,...)

Wir sind nicht allein!
Nutzt das Know-How und das Angebot Anderer

Wir sind in einem bundesweiten Verband zusammengeschlossen, weil wir gemeinsam stärker sind, uns gegenseitig unterstützen und voneinander lernen können. Es gibt eine Reihe Mitglieder und Sympathisant*innen, die sich schon länger mit politischer Theorie, fachpolitischen Themen oder Methodik politischer Bildungsarbeit beschäftigen. Macht euch diese Erfahrungen zu Nutze. Fragt bei der Kommission Politische Bildung des Bundesverbandes an, wenn euch besondere Themen interessieren oder ihr Hilfe bei der Organisierung der Bildungsarbeit braucht.

Im Umfeld des Jugendverbandes veranstaltet das Bildungswerk für Politik und Kultur e.V. bundesweit Wochenendseminare, kann aber auch spontan kleinere Tagesseminare und Workshops organisieren. Landesverbände und Basisgruppen können beim Bildungs-

werk bestimmte Seminarthemen anfragen oder finanzielle Unterstützung für eigene Veranstaltungen beantragen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) bietet ein breites Spektrum an linken Bildungsveranstaltungen und Publikationen. Nehmt einfach mal Kontakt zum Regionalbüro und der Landesstiftung in eurem Bundesland auf. Ein gutes Verhältnis wirkt manchmal Wunder, wenn ihr Hilfe oder Rat für Veranstaltungen braucht. Beachtet dabei, dass Stiftungen wie die RLS euch als Landesverbänden und Basisgruppen in der Regel aus zuwendungsrechtlichen Gründen nicht direkt Geld geben dürfen. Fragt am besten bei der Kommission Politische Bildung oder beim Bildungswerk nach, wie ihr dieses Problem umgehen könnt. Die Gewerkschaftsjugenden bieten unter anderem zu arbeitsmarkt-, wirtschafts- und gewerkschaftspolitischen Themen interessante Veranstaltungen an. Auch die Linke Medienakademie (LiMA) ist eine großartige Gelegenheit für linke Medienmacher*innen nützliche Fähigkeiten in der Medienarbeit zu erlernen.

Insgesamt lässt sich der Staat politische Bildung und Beteiligung junger Menschen einiges kosten. Das solltet ihr nutzten. Die Bundeszentrale für politische Bildung und die jeweiligen Landeszentralen, Jugendbeteiligungsstellen, der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) und Jugendmedienverbände bieten besonders für technische Fertigkeiten viele nützliche Seminare an.

Wer selbst Bildungsveranstaltungen durchführen möchte, sollte sich regelmäßig mit Anderen austauschen und beständig weiterbilden. Dazu bietet der Jugendverband regelmäßige Treffen und Workshopwochenenden an. Bei vielen Jugendverbänden könnt ihr eine einwöchige Ausbildung zum_zur Jugendleiter_in machen und die JuleiCa (Jugendleiter_innencard) erhalten. Damit könnt ihr selbst mit Kindern und Jugendlichen Bildungsfahrten unternehmen. Die RLS organisiert Weiterbildungsseminare zur Bildungsmethodik und das Bildungswerk für Politik und Kultur e.V. veranstaltet einmal im Jahr die mehrtägige Praxiswerkstatt, auf der politische Bildung zum Selbermachen vermittelt wird.

Ines Koburger, Julian Plenefisch

Links

Der Jugendverband linksjugend [‘solid] bietet Seminare an und hat eine Kommission für politische Bildung. **www.linksjugend-solid.de/aktuelles/seminare**

Das Bildungswerk für Politik und Kultur e.V. veranstaltet im Jahr mehrere Wochenend- und Tagsseminare, bietet Workshops an und vergibt bis zu 300 Euro für Bildungsveranstaltungen aus seinem Initiativfonds. **www.politikundkultur.org**

Die der Partei DIE LINKE nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet Bildungsveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet und veröffentlicht regelmäßig linke Hintergrundanalysen. **www.rosalux.de**

Das Jugendbildungsnetzwerk bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet Übersicht zu den Veranstaltungen der Netzwerkträger, erarbeitet neue Bildungskonzepte, ist Reflexionsraum für Teamer*innen und bietet Weiterbildungen an. **www.jubinetz.org**

Der Förderkreis demokratische Volks- und Hochschulbildung e.V. ist der Bildungsverein von DIE LINKE.SDS. **www.foerdererkreis.de**

Informationen zur Jugendleitercard und wie ihr sie erwerben könnt, erhaltet ihr unter: **www.juleica.de**

Global denken, lokal handeln – die verschiedenen Aktionsformen

Wer etwas zu sagen hat, will auch gehört werden. Mit den verschiedensten Aktionsformen kann man Öffentlichkeit für die eigenen Ideen gewinnen. Dabei kann die Auswahl der richtigen Aktionsform entscheident für den eigenen Erfolg oder Misserfolg sein.

Demos

Haltet die Augen und Ohren offen: Findet in eurer Umgebung eine Demonstration statt, deren Anliegen ihr unterstützen wollt? Dann ruft zur Teilnahme an der Demo auf. Am besten wäre es, wenn ihr einen zentralen Treffpunkt zur gemeinsamen Anreise über Internet oder Emailverteiler veröffentlicht. Etwa so: „Alle die mit linksjugend [‘solid] gegen oder für XY demonstrieren wollen, treffen sich um 10.00 Uhr an der Bushaltestelle sowieso.“

Seid laut und bunt: Ihr könnt Transparente vorbereiten oder in der Bundesgeschäftsstelle Fahnen bestellen. Ob ihr mit einer zum Thema passenden Verkleidung oder mit Sprechchören für Stimmung sorgt: Aufmerksamkeit und Spaß sind euch sicher... Wenn ihr thematisch passende Materialien habt, verteilt sie auf der Demo. Selten trefft ihr so viele Gleichgesinnte, die eure Gruppe möglicherweise spannend finden und mitmachen möchten.

Ihr könnt natürlich auch selbst eine Demo anmelden. Dies kann jederzeit bis 48 Stunden vor geplantem Demobeginn beim zuständigen Ordnungsamt beziehungsweise der Polizei geschehen. Auch Spontandemonstrationen, die ihr erst kurzfristig aufgrund aktueller Anlässe organisiert, sind vom Versammlungsrecht geschützt – allerdings solltet ihr euch sicher sein, innerhalb weniger Stunden auch genug Menschen mobilisieren zu können, wenn ihr spontan einen solchen Aufruf startet.

Ihr solltet euch für Demoorganisation und -anmeldung immer erfahrene Menschen als Berater*innen suchen und die Demo im Bündnis mit anderen Gruppen und Organisationen durchführen.

Schließlich soll die Demo ja auch Wirkung zeigen. Schon im Vorfeld der Demo solltet ihr Verantwortlichkeiten klar aufteilen: Wer hält den Kontakt mit der Polizei (Versammlungsleiter*in sowie ein bis zwei Unterstützer*innen bei größeren Demos), wer trägt das Fronttransparent und achtet auf das Tempo der Demo, wer macht auf dem Lautsprecherwagen Durchsagen und liest Redebeiträge vor, welche Gruppe passt auf, dass vor dem Wagen Platz ist und niemand in Gefahr gerät und wie der ständige Kontakt zwischen den Verantwortlichen aufrecht erhalten? Wer baut die Anlage des Lautsprecherwagens auf und kümmert sich um die Technik? Wer trifft während der Demo wichtige Entscheidungen beispielsweise wenn‘s brenzlig wird oder die Veranstaltung beendet werden muss?

Als Lautsprecherwagen für etwas größere Demos eignen sich kleine LKW oder Pritschen bis zu 3,5 Tonnen, die mit einem normalen PKW-Führerschein gefahren werden können. Bevor ihr bei kommerziellen Anbietern Lautsprecheranlagen und weitere Technik mietet, fragt bei Gewerkschaften, ASten der Universitäten etc. nach, ob diese euch ihre Technik zur Verfügung stellen können.

Direkte Aktion und ziviler Ungehorsam

Oft kommen wir in Situationen, in denen es nicht mehr reicht, nur Forderungen aufzustellen und symbolischen Protest zu üben. Wenn Nazis durch unsere Stadt marschieren wollen, ein neuer Castor mit hochradioaktivem Atommüll auf dem Weg nach Gorleben ist, ein Kohlekraftwerk gebaut wird oder die EU-Innenminister*innen ein Treffen planen, um die Grenzzäune noch etwas höher zu bauen und noch ein wenig tödlicher zu machen, dann heißt es: aufstehen und zivilen Ungehorsam leisten. Das ist der Moment der Direkten Aktion, in dem wir bewusst die geltenden Regeln und Gesetze übertreten, um für wichtigere und legitime Forderungen einzustehen.

Ziviler Ungehorsam erfordert etwas Vorbereitung und Überlegung: Ihr solltet auf jeden Fall in einer oder mehreren Bezugsgruppen hinfahren und vorher über eure Pläne und persönlichen Grenzen

reden, denn es könnte sein, dass ihr mit dem Gesetz in Konflikt geratet. Oft gibt es auf den Camps von linksjugend [‘solid] oder zu bestimmten Kampagnen Aktionstrainings, bei denen ihr einige mögliche Situationen durchspielen und eure Reaktionen ausprobieren könnt. Wenn ihr mit mehreren Menschen aus eurer Stadt an einer Aktion teilnehmen wollt, könnt ihr auch vor Ort ein Training organisieren. Dazu solltet ihr ca. 15 bis 20 Interessierte zusammen bekommen. Kontakt zu Trainer*innen bekommt ihr über den Bundesverband und oft über konkrete Kampagnen und Mobilisierungsbündnisse.

Aktionen im Nachhinein in der Gruppe zu besprechen, hilft nicht nur, um aus Fehlern zu lernen – es kann auch wichtig sein, um stressige oder traumatische Situationen zu verarbeiten. Wir ermutigen jede*n, gut vorbereitet und mit Anderen zusammen an solchen Aktionen teilzunehmen. Denn das Gefühl kollektiver Stärke gibt neue Energie im Kampf gegen Nazis, Atomkraft und EU-Grenzregimes. Mehr infos unter: **skillsforaction.twoday.net**

Infostand/ Flyer verteilen

Mit Infoständen seid ihr sicht- und ansprechbar. Ihr habt dabei die Möglichkeit, auch Menschen, die vielleicht nie zu einer eurer Aktionen kommen würden, eure Materialien anzubieten. Damit ihr euch aber nicht nur die Beine in den Bauch steht, solltet ihr den Infostand so gestalten, dass er für Passant*innen interessant und ansprechend ist. Deshalb überlegt euch ein Thema oder einen Anlass und setzt den Infostand unter ein Motto. Damit die Leute wissen worum es geht, gestaltet ein Transparent mit der zentralen Aussage (Beispiel: Ausbildungsplätze für alle!) und hängt es hinter euch auf. Nett kann es auch sein, den Infostand thematisch zu gestalten (Beispiel: Kameras basteln und um den Infostand aufbauen, wenn ihr gegen Überwachung mobil machen wollt). Dann wissen die Leute, denen ihr eure Flyer geben wollt, auch schon in etwa, worum es euch geht. Das motiviert die Menschen eher, die Materialien auch anzunehmen oder eure politischen Forderungen mit euch zu diskutieren. Anziehend wirkt auch Musik. Allerdings solltet ihr darauf achten, dass sie massenkompatibel ist und das

Gros der Vorbeilaufenden nicht abschreckt. Es wäre doch schade, wenn Jugendliche nicht zu euch stoßen, weil ihnen Black Metal dann doch zu krass ist. Zusätzlich macht es Sinn, Flyer auch mal in Treffpunkten, Kneipen, Unis usw. auszulegen oder zu verteilen.

In manchen Städten und Gemeinden gibt es wegerechtliche Auflagen für Infostände. Informiert euch bei der Stadt- oder Gemeindeverwaltung darüber, ob ihr eure Infostände anmelden müsst und welche Materialien ihr benutzen dürft. (z.B. Lautsprecher, Spendendose, etc.). Es gibt nichts Frustrierenderes als von der Polizei wegen eines nicht korrekt ausgefüllten Formulars von einem gut vorbereiteten Infostand verscheucht zu werden. Flyer verteilen ist auf öffentlichem Grund fast immer und ohne Voranmeldung möglich. Allerdings versuchen CDU-regierte Länder in den letzten Jahren, das Versammlungsrecht zu verschärfen, um schon zwei Menschen beim Verteilen von Flugblättern zu einer nicht angemeldeten Versammlung zu erklären. Es kann also nicht schaden, herauszufinden, wie die Lage in eurem Bundesland ist. Dann müsst ihr euch auch nicht von Passant*innen oder Polizist*innen einschüchtern lassen, die behaupten, ihr bräuchtet eine Genehmigung.

Straßentheater

Beim Straßentheater präsentiert ihr eure Inhalte in bewegten und inszenierten Bildern. Beispielsweise ist es möglich, Dinge, gegen die ihr euch wendet, symbolisch einzusperren, kaputtzumachen, anzuketten, anzuprangern, aufzuessen, zu verarschen, zu überspitzen, zu entsorgen... Im Gegenzug können Dinge, für die ihr euch einsetzt, endlich mal gemacht werden: reclaim the streets, also auf einer Verkehrsinsel einfach mal für Inselfeeling sorgen (Sand aufschütten, Liegestühle, Cocktails, Eiskrem, Bob Marley usw.). Eurer Phantasie sind da keine Grenzen gesetzt. Denkt dran, dass einige von euch parallel Flyer verteilen sollten und für Passant_innen ansprechbar sind.

Eine besondere Form des Straßentheaters ist unsichtbares Theater: Hierbei sollen die Passant*innen nicht mitbekommen, dass Theater gespielt wird. Ihr überspitzt tatsächliche oder mögliche

Situationen also gerade nur so weit, dass sie noch real erscheinen. Ein kleines Beispiel mit drei Rollen: Eine Person sitzt in der Fußgängerzone und bittet um Geld, ein Passant kommt vorbei und pöbelt, sie solle doch lieber arbeiten gehen als schmarotzen, eine andere Passantin widerspricht – und schon entfacht ihr eine lautstarke Diskussion, an die sich wahrscheinlich mehr Menschen erinnern werden, als wenn ihr 1000 Flyer gegen Hartz IV verteilt hättet. Auch unsichtbares Theater muss natürlich geübt sein – aber ihr solltet flexibel genug sein, auch mögliche Reaktionen "echter" Passant*innen einzubauen. Die wissen ja nicht, dass sie das Publikum einer Inszenierung sind...

Kommunikationsguerilla

Mal auf die andere Seite wechseln? In schick layouteten Flyern ankündigen, dass die Innenstadt in Zukunft Eintritt kostet? Oder: Als Initiative Bildung und Verwertung für höhere Studiengebühren argumentieren? Das kann nicht nur für euch selbst abwechslungsreich sein, sondern bringt Leute oft mehr zum nachdenken, als unsere ernsthaft vorgebrachten Argumente und Flyer. Das einzige Problem: Die Wirklichkeit ist oft zu krass, um sie noch satirisch zu überspitzen. Aber probiert es selbst!

Eines der Aufsehen erregendsten Beispiele von Kommunikationsguerilla haben wohl die „The Yes Men"[4] geliefert, die sich als Vertreter der Welthandelsorganisation WTO ausgaben und in dieser Funktion erfolgreich an Kongressen teilnahmen und Pressekonferenzen gaben. So hoch müsst ihr am Anfang nicht unbedingt zielen – nur ein Beispiel, wie weit es gehen kann...

Plakatieren

Plakate sind einer der wirkungsvollsten Werbeträger. Sie sprechen, wenn sie gut gemacht sind, den Betrachtenden sofort an und sind über eine gewisse Dauer im Stadtbild präsent. Schwarzplakatieren kann als Ordnungswidrigkeit oder schlimmstenfalls als Sach-

4 „The Yes Men" ist eine Gruppe von Aktvist_innen, die seit den 1990er Jahren Bekanntheit durch Kommunikationsguerilla-Aktionen erlangte. Dabei treten immer wieder Aktivist_innen auf internationalen Konferenzen o.ä. als Vertreter_innen global agierender Großunternehmen auf und stellen bei ihren Reden völlig absurde Forderungen auf. Website der „Yes Men": http://theyesmen.org/

beschädigung verfolgt werden. Aus diesem Grund werden wir hier selbstverständlich keine Hinweise dazu geben, wie ihr etwa den Kleister in quetschbare Billig-Kolaflaschen abfüllt, um euch das Schleppen des Eimers zu sparen, indem ihr die Flasche wie eine Zahnpastatube verwendet. Auch, dass ihr den Kleister sofort nach dem Anrühren in die Flasche füllen solltet, bevor er zäh wird, müsst ihr wohl selber herausfinden. Das Wichtigste ist die Suche nach einem geeigneten Ort für eure Plakate. Das können Rauchekken an Schulen oder ganz allgemein Treffpunkte wie Clubs, Parks, Skatbahnen etc.sein – also Orte wo junge Menschen zu Fuß unterwegs sind und auch mal die Zeit haben, vor eurem Plakat stehen zu bleiben.

Transpis aufhängen

Transparente sind nicht nur auf Demos schick: Von Brücken oder Gebäuden hängend machen sie auf aktuelle Kampagnen oder Forderungen aufmerksam oder mobilisieren zu einem wichtigen Termin. Besonders viel Aufsehen erregen sie, wenn sie an Orten hängen, wo sie offensichtlich nicht ohne weiteres hingekommen sein können. Dafür braucht es ausgebildete Aktionskletter*innen – und die hat nicht nur Greenpeace, sondern auch die linksjugend ['solid]. Trainings werden in unregelmäßigen Abständen vom Bundesverband organisiert.

Felix Pithan

Lesetipps: Augusto Boal: *Theater der Unterdrückten. Übungen und Spiele für Schauspieler und Nicht-Schauspieler*, Frankfurt am Main 1979; *„Chef, es sind zu viele..." Die Block G8-Broschüre.*

Satirisches Fotoshooting zum G7-Gipfel in Elmau

Besonderes Handwerkszeug für politische Aktionen und Aktivitäten

Neben der eigentlichen politischen Arbeit, hängt euer Erfolg nicht zuletzt davon ab, dass ihr eure Inhalte auch öffentlich sichtbar macht. Daher an dieser Stelle einige handwerkliche Tipps.

Plakate umgestalten (Adbusting)

Jeden Tag und überall werden wir mit Werbung eingedeckt. Es wird nicht nur für allerlei Produkte, Firmen oder Ideologien geworben, sondern dabei wie von selbst gesellschaftliche Verhältnisse reproduziert. Durch kleine Farbtupfer hier und da kann man den Sinn der Werbung komplett entstellen. Das Bemalen nur einzelner Wörter oder großflächige Verunstaltungen können sogar für eine eigene politische Message nutzbar gemacht werden.

Schablonensprühen (Stencils)

Das sprayen mit Stencils (Schablonensprayen) ist eine in der Durchführung einfache, schnelle und „saubere“ Art, Motive mit einer Farbsprühdose an eine Wand oder ähnliches zu bringen. Den größten Teil der Arbeit nimmt dabei die Stencilherstellung ein. Es gibt Internetseiten, die druckfertige Motive zum Download anbieten. Diese werden ausgedruckt und optional auf ein in der passenden Größe vorhandenes Stück Pappe geklebt. Dann werden die Flächen ausgeschnitten (am Besten mit einem Cuttermesser), durch die später die Farbe auf die Wand kommen soll.

Das Motiv sollte simpel, aber ausdrucksvoll sein. Es ist darauf zu achten, dass auf dem Bild nicht all zu viele Details und Ränder sind. Falls doch, müssten diese entfernt werden. Das gewünschte Motiv wird mit einem herkömmlichen Grafik- und/ oder Bildbearbeitungsprogramm geöffnet. Danach müssen die Werte des Bildes so verändert werden, dass es in verschiedene Graustufen, optimal in Schwarz-Weiss dargestellt wird. Falls euer Motiv so viele Details enthält (wie zum Beispiel bei Gesichtern) versucht sie zu kleinen polygonartigen Flächen zu verbinden oder falls sie nicht markant/

relevant sind, einfach auszuschneiden. Habt ihr das gemacht, könnt ihr euch nun für eine der zwei verschiedenen Varianten des Stencil entscheiden: Hierbei ist wichtig, wie das Motiv aufgebaut ist. Je nach Aufbau ist der Hintergrund auszuschneiden und wird somit später auf der Wand die Farbe durch lassen. Anderenfalls wird das eigentliche Motiv ausgeschnitten. Bei beiden Varianten ist zu beachten, dass die farbundurchlässigen Flächen mit dünnen Balken verbunden sind, damit kein Puzzle entsteht und eure Schablone auseinander fällt. Die Balkenbreite sollte zur Gesamtgröße des Motivs passen, also nicht zu dünn sein. Ein Rahmen, der um das Motiv gezeichnet wird, kann sich als hilfreich erweisen. Nun könnt ihr den Ausdruck auf Pappe kleben und die Schablone ausschneiden. Nehmt zum Sprühen am besten Farben, die auf jedem Untergrund zu sehen sind.

Aktionsklettern

Das Aktionsklettern dient dem Besetzen von höher gelegenen Orten oder auch dem Anbringen oder Absichern von großen Transparenten in großer Höhe, also von Gebäuden, Kränen oder Bäumen. Ohne praktische Unterweisung und Übung in einem mehrtägigen Seminar solltet ihr die Techniken auf keinen Fall in gefährlicher Höhe oder gar auf einer Aktion ausprobieren. Kontakt zu den Aktionskletter_innen des Jugendverbandes bekommt ihr über die Bundesgeschäftstelle.

Emails verschlüsseln

Wer würde schon einen privaten Brief ohne Umschlag verschikken? Warum machen wir das dann mit Emails? Was du in deinen Emails schreibst, geht niemand was an, schon gar nicht den Staat. Mit der immer weiter um sich greifenden Überwachung unserer Kommunikation sollen wir zu „gläsernen Bürger_innen“ werden. Dagegen gilt es, sich zu schützen.

Vorbereitung

Als erstes benötigt ihr ein Emailprogramm. Wir empfehlen Thunderbird, eine freie Software, die wunderbar funktioniert. Nachdem ihr Thunderbird eingerichtet habt (die notwenigen Angaben, beispielsweise zum POP3-Server findet ihr bei euren Anbietern oder unter: http://www.patshaping.de/hilfen_ta/pop3_smtp.htm; eine Anleitung zum Einrichten findet ihr hier: http://www.thunderbird-mail.de/wiki/E-Mail-Konto_einrichten) müsst ihr noch ein Add-on installieren: „Enigmail“ ermöglicht euch das verschlüsseln von Emails.

Dann geht‘s los: im Menü „OpenPGP“ -› „Schlüssel verwalten“ -› „Erstellen“ beziehungsweise „Importieren“ eines Schlüsselpaares. Zunächst müsst ihr ein Schlüsselpaar erstellen, damit ihr überhaupt ver- und entschlüsseln könnt. Dort klickt ihr in der Menüleiste auf „Erzeugen/ Neues Schlüsselpaar“. Enigmail hilft euch dann mit ein paar Schritten durch den Vorgang. Wichtig ist die Passphrase, die ihr hier das erste mal eingeben müsst. Sie sollte lang genug sein, nach Möglichkeit auch Zahlen und Sonderzeichen beinhalten. Ihr könnt auch einstellen ob der Schlüssel irgendwann ablaufen soll; einfacher ist es aber, das Ganze auf „nie“ zu stellen.

Nach einer Bestätigung wird das Schlüsselpaar erzeugt, was einige Minuten in Anspruch nehmen kann. Dann wird man aufgefordert, ein „Widerrufszertifikat“ zu erstellen: Das solltet ihr tun und das Zertifikat an einem sicheren Ort abspeichern. Bei der Gelegenheit kann man das erste mal testen, ob man sich seine Passphrase merken kann. Nun findet ihr in der Schlüsselverwaltung euren Schlüsselring mit dem ersten eigenen Schlüsselpaar.

Enigmail-Einstellungen

Die meisten Einstellungen im Bereich „OpenPGP“ kann man wie vorgeschlagen übernehmen. Wichtig ist, dass man für sein Mailkonto (beziehungsweise alle Konten) die OpenPGP-Unterstützung aktiviert. Dies geschieht unter Kontoeigenschaften: „Menü“ -› „Extras“ -› „Konten“.

Öffentlichen Schlüssel exportieren

Um Mails an euch verschlüsseln zu können, benötigt die/der Mailpartner*innen euren öffentlichen Schlüssel. Man kann diesen öffentlichen Schlüssel auf einem Keyserver zum Download bereithalten, aber auch dem_der Anderen einfach per Email zuschicken (Email schreiben -› Menü „OpenPGP“ -› öffentlichen Schlüssel anhängen), via Diskette oder Stick persönlich übergeben, oder auf der Website zum Download anbieten. In jedem Fall aber solltet ihr den öffentlichen Schlüssel exportieren. Dies kann man über „Schlüssel verwalten“ per Rechtsklick auf den Schlüssel und „In Zwischenablage exportieren“ oder durch „In Datei exportieren“ erledigen. Ganz wichtig ist es aber, dass ihr den privaten (geheimen) Schlüssel nicht exportiert! Diese Datei „öffentliche Schlüssel“ (eine .asc-Datei) darf nun fröhlich an die Mailpartner_innen verteilt werden. Allerdings gilt: Nur persönlich überreichte Schlüssel sind wirklich vertrauensvoll.

Importieren von öffentlichen Schlüsseln

Nun möchtet ihr sicherlich nicht nur mit euch selbst, sondern mit anderen kommunizieren. Um Mails an diese zu verschlüsseln, braucht ihr auch deren öffentliche Schlüssel. Egal, wie ihr an diese Schlüssel gelangt (Keyserver, Website, Email, Datenträger), irgendwie müsst ihr sie in eure Schlüsselverwaltung hinein bekommen. Wenn in der Email des Absenders bereits dessen Schlüssel vorhanden ist, geht der Import ganz einfach über „Schlüssel des Absenders importieren“. Alternativ könnt ihr auch den Schlüssel über die Zwischenablage importieren. Dazu kopiert ihr den kom-

pletten Key inklusive der Einleitungs- und Ausleitungszeile in die Zwischenablage (markieren, kopieren und dann über „Bearbeiten“/ „Aus Zwischenablage importieren” importieren. Oder ihr habt den öffentlichen Schlüssel bereits als .asc-Datei auf eurem Rechner abgespeichert: Dann könnt ihr ihn auch über „Datei importieren“ auswählen und importieren.

Mails entschlüsseln

Die Schlüssel sind eingerichtet, der eigene verteilt und die Keys der Mailpartner_innen sind nun importiert. Wenn ihr jetzt also eine solch kryptisch anmutende Mail vor euch habt, in der man nichts lesen kann, klickt ihr einfach auf den Button „entschlüsseln“, gebt bei Aufforderung eure Passphrase ein, und schon zeigt sich die Mail im Klartext. Das war’s auch schon!

Mails verschlüsseln und unterschreiben

Das Verschlüsseln der Mails ist ebenso einfach: Über den Button „OpenPGP“ könnt ihr einstellen, ob ihr die Mail verschlüsseln oder unterschreiben möchtet. Oder beides.

Verschlüsselt Chatten

Es empfiehlt sich immer, verschlüsselt zu chatten, da anderenfalls alle eure Gespräche bei den Anbietern gespeichert und ausgelesen werden können. Aktuelle bieten Messanger wie signal, telegramm und whatsapp eine Verschlüsselung an, allerdings gibt es immer Diskussion darüber welcher Messanger sicherer ist – da sich diese ständig verändern, können wir hier nur empfehlen immer mal wieder zu recherchieren z.B auf mobilsicher.de.

Autor*innenkollektiv

Die Kunst der Propaganda - Publikationen schreiben, gestalten, veröffentlichen

Euch fehlt Infomaterial? Da macht es zunächst Sinn, in der Bundesgeschäftsstelle und in eurem Landesverband nachzufragen, ob es das, was ihr sucht, vielleicht schon gibt. Wenn das nicht der Fall ist und ihr selbst ein Flugblatt oder eine Publikation herstellen wollt, gibt es einiges zu beachten, und ja – die Regeln gelten im Wesentlichen auch für alle Online-Formate, auch wenn diese häufig viel kürzer sein müssen.

Für alles, was gedruckt werden müsste (Plakate, Aufkleber etc.), solltet ihr euch mit eurem Landesverband verständigen und bei den Gliederungen in anderen Bundesländer anfragen, ob sie sich beteiligen wollen: Je mehr gedruckt wird, desto billiger wird es. Kleine Auflagen von nur wenigen hundert oder tausend Stück sind oft Geldverschwendung.

Bevor ihr anfangt, zu schreiben oder zu gestalten, solltet ihr überlegen: Was wollt ihr eigentlich rüberbringen? Setzt Schwerpunkte und achtet darauf, dass eure Texte verständlich sind. Niemand möchte eine umfassende Welterklärung lesen oder erfahren, was ihr ihr von diesem oder jenem haltet – vielmehr kommt es darauf an, Neugier zu wecken, Wissenswertes zu vermitteln, eure Kritik zu erklären und Alternativen zu skizzieren oder in Aussicht zu stellen. Ein leichter oder humorvoller Stil funktioniert auch hier besser als harte, „laute“ linke Floskeln. „Beweg dich, damit sich was bewegt“ wirkt sympathischer und glaubwürdiger als „Sozialismus oder Untergang!“.

Text mit Qualität

Ob Artikel oder Flugblatt, ein guter politischer Text stützt sich auf Fakten. Bevor ihr interpretiert, kritisiert oder kommentiert, klärt ihr die „Faktenebene“: Wer? Was? Wann? Wo? Wie? Warum? Woher? (stammen eure Infos). Dann entscheidet ihr euch für eine Textform:

Die Nachricht kann man ganz leicht erkennen: Sie ist kurz! In der Zeitung oft nur zehn bis 20 Zeilen lang, steckt sie dennoch voller Informationen. In Nachrichten wird sozusagen ein Feuerwerk an Informationen abgebrannt. Das Wichtigste steht am Anfang, am besten im ersten Satz. „Die Schüler*innenvertretung des Bertolt-Brecht-Gymnasiums in München hat in ihrer letzten Sitzung am vergangenen Montag, beschlossen, den Gewinn der letzten Schulparty der Schwabinger Antifa zu spenden."

Der Bericht ist im Grunde nur eine längere Nachricht. Auch hier sollten gleich zu Beginn die wichtigsten Informationen stehen. Auch der Bericht sollte aktuell sein. Zumindest ein aktueller Aufhänger am Anfang ist unentbehrlich. Allerdings können in einem Bericht auch Hintergrundinformationen und die Vorgeschichte eines Sachverhaltes erklärt werden.

Das Feature ist im Grunde ein Artikel voller Fakten, der aber durch viele Zitate und szenische Beschreibungen angereichert ist.

Der Kommentar / Die Position: Es geht um euren Standpunkt! Und zwar so einfach und klar wie möglich. Jeder Kommentar braucht aber auch eine Nachricht als aktuellen Aufhänger. Ihr solltet das Thema kurz einleiten und möglichst früh eure Meinung zum Sachverhalt ausdrücklich erwähnen. Auch solltet ihr nicht vergessen, eine Schlussfolgerung aus eurer Meinung zu ziehen oder eine Forderung zu stellen. Ansonsten könnt ihr die Argumente für eure These aufschreiben, wie ihr möchtet: Ob dialektisch, argumentativ, provozierend, möglich ist alles. Wichtig ist nur, dass ihr euch klar und präzise ausdrückt. Längere Kommentare, die viel analysieren und manchmal auch beschreiben, heißen auch „Leitartikel". Kürzere Kommentare dienen oft als Flugblatttext.

Die Glosse ist die vielleicht schwierigste Stilform. Eine gute Glosse ist satirisch, bärbeißig, ironisch, lustig, zynisch oder klar. Am besten aber alles gleichzeitig. Jede Glosse ist auch ein Kommentar. Viele Glossen wirken oft nur gewollt witzig und können bei der/bei dem Leser*in sogar peinlich wirken. Mit einer guten Glosse könnt ihr viel rüberbringen, euch im schlimmsten Fall aber auch lä-

cherlich machen. Eine gute Glosse braucht also viel Fingerspitzengefühl. Ironie wird nämlich gerade in der deutschen Sprache oft missverstanden. Manchmal hilft es, eine Glosse sehr überspitzt zu schreiben, oft wirkt diese „Holzhammer-Methode“ jedoch auch angestrengt und eher unangenehm. Glossen schreiben kann nicht jede*r. Aber wer es beherrscht, hat viele Leser*innen schnell auf ihrer/seiner Seite.

Wen wollt ihr ansprechen?

Und welchen Eindruck soll die/der Leser*in von euch nach dem Lesen haben? Zu eurer Zielgruppe können nicht alle Menschen gehören und auch nicht alle jungen Menschen. Eine Zielgruppe könnte jedoch so aussehen: Azubis mit antifaschistischen Grundüberzeugungen oder Studierende mit Interesse an Kapialismuskritik oder aber auch Schüler*innen mit kritischem Blick auf die Gesellschaft. An Schulen könnt ihr nicht dasselbe verteilen wie an Unis oder umgekehrt – Ausnahmen bestätigen die Regel. In jedem Fall müssen Themenwahl, Schreibstil, Gestaltung und Form an die Zielgruppe angepasst sein. Ob ihr wirklich den richtigen Ton trefft, findet ihr erst heraus, wenn ihr es an einigen Test-Leser*innen ausprobiert habt. So erfahrt ihr, wie euer Entwurf auf Menschen, die zu eurer Zielgruppe gehören, wirkt. Vergesst also nicht, ein bis zwei Personen Korrektur lesen zu lassen und Andere, die nicht zu eurer Gruppe gehören aber durchaus an linken Themen interessiert sind, nach ihrer Meinung zu fragen.

Jedes Flugblatt sollte Rückmeldeinfos (Website, Facebook-Seite, Emailadresse etc.) enthalten, mit dem weitere Informationen, ein aktuelles Seminarprogramm oder Mitgliedsanträge angefordert werden können.

Gestalten!

1. Die Gestaltung soll zum Lesen animieren oder Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Die meisten Menschen werfen nur einen kurzen Blick auf einen Flyer und entscheiden sich in wenigen Sekunden, ob sie den Text

lesen wollen, oder nicht. Diese Sekunden sind entscheidend und können genutzt werden.

Kontraste: Bei der Auswahl von Text und Motiv ist es ratsam, die Farbwahl kontrastreich zu gestalten. Das erhöht die Erkennbarkeit der Aussage und erleichtert das Lesen des Textes. Profis wählen Motive die im Kontrast zu den Kernaussagen des Textes stehen oder in Kombination eine ganze neue Aussage erzeugen.

Bewegung: Das menschliche Auge ist auf Bewegungserkennung trainiert. Wählst du ein Motiv, das Bewegung abbildet, dann weckt das bei den Adressat*innen Aufmerksamkeit. Zuviel Bewegung jedoch verwirrt und schreckt ab.

Luft zum Atmen: Es ist nicht ratsam den Flyer mit zu großen und zu unübersichtlichen Motiven und Schriftzügen zu überladen. Das Motiv und die Aussage sollten schnell und einfach erkennbar sein. Zu viel überfordert die Adressat*innen in den wenigen Sekunden, die zur Verfügung stehen, um sie zum Lesen des Flyertextes zu motivieren.

2. Weniger ist mehr. Und das gilt für alle Elemente: Schriften, Farben, Bilder.

Zwei Schriftarten reichen völlig. Verwendet am besten die von der linksjugend [‘solid] verwendete Schrift „Swiss 921 BT“, die ihr euch von der BGS zuschicken lassen könnt, für Überschriften. Andere Schriftarten wie „Helvetica“, Myriad „Verdana“ oder Segoe UI1 beziehungsweise ähnlich klare Schriften sollten für den Text benutzt werden. Fließ-Texte werden nie (!) in fetten Schriften gesetzt, auch wenn dass auf Facebook viele in ihren sharepics tun – es erschwert das lesen und wirkt als würde man schreien. Bitte nehmt keine Schriftarten, die ihr für besonders kreativ haltet. Die Wirkung auf die/den Betrachter*in ist kaum vorherzusagen; meist wirkt euer Layout dann einfach nur unprofessionell und der Text ist schlecht lesbar. Hier gilt die Regel: fast alle kostenlosen Schriften im Internet sind Schrott – versucht auf dem einen oder anderen Weg eine professionalle Schrift-Familie zu ergattern, Meta, Hel-

vetica, Myriad sind z.B. Familien die immer gut aussehen. Die Schriftgröße des Textes sollte neun oder zehn sein. Eine kleinere Schriftgröße ist anstrengend zu lesen und zu groß wirkt oft plump.

Die Verwendung vieler kleiner Bilder überlastet das Layout; geht also gar nicht! Sucht lieber ein gutes großes Bild für jede Seite. Dieses muss, wenn ihr es drucken wollt, im Farbmodus/ Farbschema CMYK angelegt sein und 300 dpi (Pixel pro Inch) als Auflösung haben. Mit einem kostenlosen Fotoprogramm wie „Gimp“ lässt sich dies bewerkstelligen. Kostenlose Fotos un Creative-Commons-Lizenz bzw. preiswerte Bilder findet ihr auf verschiedenen Fotoplattformen wie , www.flickr.com, photocase.com u.a. . Aber eine gute Bildidee kann natürlich am besten umgesetzt werden, wenn ihr selbst die Kamera in die Hand nehmt. Die Grundregeln der Fotografie sollten dabei dann berücksichtigt werden.

Überfrachtet eure Publikation oder euren Flyer nicht: Flächen, die weiß bleiben, regen zum Lesen an. Sie sind kein ungenutzter Raum sondern eure Verbündeten. Freie Flächen sollten aber nicht im Text, sondern am Rand oder am Ende einer Spalte liegen. Die Arbeit mittels Textspalten erleichtert ebenfalls das Lesen. Aber am wichtigsten ist es, alle Elemente sauber an unsichtbaren Linien und an den Rändern auszurichten. Dies ist für das Auge am angenehmsten. Wenn ihr das Nachrichtenmagazin „SPIEGEL“ mal neben eine aufgeschlagene Schüler*innenzeitung legt, werdet ihr sehen was gemeint ist.

3. Eine gute Idee ist besser als zig Photoshop-Effekte.

Macht euch ‚nen Kopf! Wenn euer Flyer/Plakat/Aufkleber wirklich rocken soll, solltet ihr viel Zeit auf die Ideenfindung verwenden. Ideen kann mensch nicht erzwingen, oft braucht es ein paar Tage an denen ihr immer mal wieder intensiv daran denkt wie sich ein Thema oder ein Zusammenhang gut visuell ausdrücken lassen könnte. Gleiches gilt für den Slogan oder die Überschrift – ein klangvoller Satz mit dem gewissen Etwas braucht seine Zeit - ist aber das A&O einer erfolgreichen Publikation.

Software: Text-, Bildbearbeitungs- und Layoutprogramme

In den folgenden Zeilen möchten soll die gängige Software, die ihr benötigt, vorgestellt werden:

Textprogramme:

LibreOffice: Als kostenloses Pendant zu dem Marktführer Microsoft-Office kann man LibreOffice uneingeschränkt empfehlen.

Bildbearbeitungsprogramme:

Adobe Photoshop: Das Mekka der Grafiker*innen ist ein mächtiges, aber sehr komplexes Werkzeug, das für Anwender*innen immer wieder Neues bietet. Mit diesem Programm lässt sich mit Bildern alles anstellen.

Gimp: Es handelt sich dabei um das freie Pendant zu Adobe Photoshop. Es ist zwar nicht ganz so vielseitig, dafür aber kostenlos.

Adobe Illustrator: Während man sich bei Adobe Photoshop & Co. mit pixelbasierten Bildern beschäftigt, kann man dies bei Illustrator mit Grafiken tun. Grafiken sind aus mathematischen Figuren[5] zusammengesetzt und somit verlustfrei in der Größe zu ändern. Adobe Illustrator eignet sich auch bei der Erstellung von weniger aufwendigen Layouts wie Flyern oder Plakaten.

Inkscape: Das freie Pendant zu Adobe Illustrator ist weniger komplex, ist aber kostenlos im Internet verfügbar.

Layoutprogramme

Adobe InDesign: Mit diesem marktführenden Layoutprogramm werden Texte, Bilder und Grafiken bequem und professionell zusammengesetzt.

Scribus: Aus den Softwareschmieden der Open-Source- Bewegung kommt dieses durchaus Leisstungsfähige und frei erhältliche Layoutprogramm.

5 Vektoren – deshalb auch: Vektorgrafiken genannt

Eine gute Möglichkeit den Umgang mit Layout- und Fotosofware zu lernen sind Video-Lehrgänge. Solche Tutorials gibt es z.B. von „video2brain“

Druckdaten

Wenn ihr die Publikation fertig gestaltet habt, müsst ihr natürlich die Druckdaten zur Druckerei bringen. Vorher solltet ihr genau klären, wie die Daten angeliefert werden sollen (per E-Mail oder Upload), welche Dateiformate dort akzeptiert werden und was bei der Anlieferung der Daten außerdem beachtet werden muss.

Das übliche Format ist das PDF. Dabei werden die Texte und Bilder so fixiert, dass eure Publikation auf jedem Ausgabegerät so aussieht, wie ihr es gelayoutet habt. Erzeugen könnt ihr dieses Format direkt in eurem Layoutprogramm. Achtet darauf, dass alle Bilder in CMYK und mit 300 dpi angelegt sind. Lasst euch im Zweifelsfall von kompetenter Stelle helfen. Denn: Nichts ist schlimmer als ein versauter Druck.

Die richtige Druckerei

Die linksradikale Hinterhof-Druckerei ist auch in Hamburg und Berlin selten geworden, meist werdet ihr auf eine Online-Druckerei zurückgreifen müssen. Gerade für weniger erfahrene Layouter*innen bieten

diese Druckereien viele Hilfestellungen, um ein Angebot einzuholen (Kostenrechner) oder einen Auftrag abzuwickeln (Onlinebestellung/ Datenupload). Sie sind häufig viel preiswerter als lokale Druckereien, stehen aber gleichzeitig wegen der schlechten Bezahlung ihrer Mitarbeiter*innen in der Kritik. Das heißt jedoch nicht, dass die teure Druckerei vor Ort ihre Mitarbeiter*innen immer besser bezahlt. In der Regel trifft der Zustand eurer Gruppenkasse beziehungsweise euer Budget die Entscheidung und ihr nehmt schlicht das günstigste Angebot. (Onlinedruckereien: flyeralarm.de/ print24.de etc.)

Litteraturtipp:
Das neue Handbuch des Journalismus, Paul-Josef Raue, Wolf Schneider (2003)

Website, Blogs, Facebook & Co.

Website/ Blog

Für eine eigene Website könnt ihr natürlich den Speicherplatz von den zahlreichen Gratisanbietern aus dem Netz nutzen. Hier solltet ihr allerdings aufpassen und euch vorher genau über die Bedingungen informieren. Ein großer Nachteil des kostenlosen Angebots ist der Verzicht auf eine eigene Domain. Eine solche kann man aber günstig dazu kaufen.

Eine einfachere Variante sind Blogs, auf denen sowohl der Speicherplatz als auch eine einfache Website kompakt zur Verfügung stehen. Ein bekannter Anbieter ist wordpress. Guten werbefreien Webspace gibt es bei: www.bplaced.net

Wenn ihr erst frisch online seid, braucht ihr neben interessanten Informationen natürlich auch Leser*innen. Plakate, Sticker und Online-Communities können hilfreich sein, um Neugierde auf eure Seite zu wecken.

Internet-AG

Ihr entscheidet euch für einen Blog oder für ein einfach zu bedienendes CMS (Content-Management-System) hier sind, nachdem

es einmal eingerichtet wurde, keine Programmierkenntnisse nötig (beim Blog nicht einmal für die Einrichtung). Ihr habt mehrere Internet-Verantwortliche, die sich gemeinsam um die Pflege eurer Seite kümmern – Arbeit, Wissen und Verantwortung werden geteilt. Das hat eine Menge Vorteile.

Web 2.0

Eine Website für eure Gruppe lohnt sich vor allem dann, wenn viele Menschen im Internet nach euch suchen! Aber wie schafft ihr es, dass Interessierte überhaupt auf euch stoßen? Dies lässt sich besser in den Communities des Web 2.0 erreichen. Hier könnt ihr über „Freunde“ neue „Freunde“, also: Leser*innen hinzugewinnen. Gut gemachte Profile erreichen schnell Menschen in eurem Umfeld und damit wiederum deren Umfeld. Egal ob Facebook, Instagram oder Twitter: die Bedienung ist einfach und bei der Beachtung von einigen Regeln stellt sich schnell ein gewisser Erfolg ein und eure Informationen erreichen interessierte Menschen:

Keine wichtigen Daten preisgeben. Adressen, Geburtsdaten und Telefonummern (Ausnahme: eure öffentliche Telefonnummer, offizielle Geschäftsstellen u.ä.) sollten nie ins Netz gestellt werden. Falls Kontaktdaten bei der Anmeldung gefordert werden, könnt ihr damit ja kreativ umgehen.

Gruppenbildung: In den meisten Communities gibt es Gruppen für bestimmte Interessen, die euch helfen können, einen „Freundeskreis“ für eure Gruppenseite aufzubauen. Desweiteren könnt ihr Freunde bitten eure Seite zu empfehlen. Ihr dürf jedoch nicht rumnerven., große Aufmerksamkeit könnt ihr nicht erzwingen! Eure LeserInnenschaft wird nur mit der Qualität eurer Beiträge wachsen.

Keinen Spam verbreiten! Niemand möchte täglich oder gar stündlich mit irgendeiner politischen Botschaft gelangweilt werden. Verbreitet nur sorgsam ausgewählte Texte, Videos, Links und Veranstaltungshinweise. Dann landet ihr auch nicht auf den „Ignore“- oder „Spam“-Listen und euer Profil wird weiterhin ernst genommen.

Pressearbeit - Gewusst wie

Egal ob Demo, schauspielerische Aktion in der Innenstadt oder Stellungnahme zur geplanten Schließung des Jugendfreizis – was in der Zeitung steht bekommt mehr Aufmerksamkeit. Aber wie kommt man aufs Titelblatt oder in die Radionachrichten? Pressearbeit ist nicht schwer. Trotzdem sollte mensch einige Tipps beachten.

1. Nicht zu große Hoffnungen machen

Mensch darf sich von den bürgerlichen Medien nicht zu viel erwarten. AntifaschistInnen sind „gewaltbereite Autonome", antikapitalistische Positionen werden meist totgeschwiegen. Dessen sollte mensch sich bewusst sein und deshalb ein möglichst distanziertes Verhältnis zur Pressearbeit bewahren.

2. Auf´s Thema kommt´s an

Wenn ein bestimmtes Thema in die Medien soll, muss mensch es „schmackhaft" machen. Das besondere, neue, einmalige oder schlimme gilt es in den Vordergrund zu stellen – und das möglichst so, dass es den JournalistInnen auf den ersten Blick auffällt.

3. Timing ist alles

Pressearbeit will geplant sein. Zwei Tage nach der Aktion interessiert sich garantiert keineR mehr dafür. Am besten versucht mensch sich ein bisschen in den Alltag der JournalistInnen hineinzuversetzen. Wann ist Redaktionsschluss und wann muss eine Presseerklärung da sein, damit sie noch berücksichtigt werden kann? Einladungen sollten mindestens zwei Tage vorher verschickt werden, damit sie eingeplant werden können. Aktionen, Demos etc. müssen VORHER bekannt sein, damit die MedienvertreterInnen sich selbst ein Bild machen können.

4. Die Presseerklärung (PE)

Mit der Presseerklärung macht ihr die RedakteurInnen auf euer Anliegen aufmerksam. Wichtig ist, dass sofort deutlich wird, was

ihr wollt. Durch eine prägnante Überschrift und die wichtigsten Informationen in den ersten Zeilen verhindert ihr, dass eure PE gleich im Papierkorb landet.

Ansonsten gibt es noch folgende Tipps zu beachten:

- nicht zu viel Text – JournalistInnen haben wenig Zeit. Eine A4-Seite sollte die Grenze sein, weitere Informationen kann mensch dann auf Nachfrage liefern.
- Keine Schachtelsätze
- Passiv-Konstruktionen vermeiden, viele Verben benutzen
- Keine Füllwörter
- Keine offensichtlichen Übertreibungen
- Superlative und Umgangssprache nur in Zitate („Die geplante Schließung des Jugendfreizeitheims ist eine Schweinerei!“, sagt Lieschen Müller von der Jugendinitiative XY).
- Keine Fachausdrücke, Abkürzungen mindesten einmal ausschreiben
- Unten unbedingt AnsprechpartnerInnen mit Handynummern angeben (und dann auch wirklich erreichbar sein!!)

5. Presseverteiler

Der Presseverteiler ist der Schlüssel zu den Medienleuten. Meist sind nur die lokalen Medien für die Themen interessant. Es macht Sinn, einen Verteiler aufzubauen, den mensch dann jedes Mal für die Pressemitteilungen nutzen kann. Mittlerweile reicht im Regelfall ein E-Mailverteiler, manche Redaktionen bevorzugen aber immer noch das Fax. In einen lokalen Presseverteiler gehören auf jeden Fall die Lokalzeitung(en), die Anzeigenblätter und lokale Radio- und Fernsehsender. Gut sind aber auch Adressen von freien JournalistInnen oder individuelle Adressen von JournalistInnen, die sich auf bestimmte Themen oder Bereiche „spezialisiert“ haben (z.B. Bildung). Solche Adressen kann mensch sich mit der Zeit sammeln.

Wen mensch nun eine Mail durch den Verteiler schickt, gibt es noch einige Dinge zu beachten:

- Aussagekräftige Betreffzeile („PE: Schließung des Freizeitheims XY ist ein Skandal!“)
- Keine html-Mails, nicht alle können mit diesem Format umgehen!
- Möglichst den Text noch mal als Word- oder pdf-Dokument anhängen
- Nach dem Versenden die Mails checken, falls JournalistInnen geantwortet haben.

6. Das Pressegespräch

Zu besonders brisanten Themen lohnt es sich meist, die JournalistInnen zu einem Gespräch einzuladen. Das sollte mensch aber auch nicht zu oft machen. Die Einladung sollte auf jeden Fall zwei Tage vorher verschickt werden. Wichtig ist natürlich Zeit und Ort, aber auch wer was erzählen wird. Mehr als drei Leute plus ModeratorIn sollten´s aber nicht sein. Außerdem ist eine Wegbeschreibung sinnvoll.

Beim Gespräch gilt es dann folgendes zu beachten:

- Für Getränke und Kekse sorgen – das bringt gute Stimmung
- Infomaterial bereitlegen – wenn die Presse schon mal da ist, sollte mensch das nutzen.
- Am Anfang solltet ihr euch vorstellen und dann möglichst strukturiert und auf den Punkt gebracht euer Anliegen erzählen.
- Genug Zeit für Fragen der JournalistInnen einplanen
- Insgesamt sollte das Ganze nicht länger als 30 bis 45 Minuten dauern

Gut ist es außerdem, wenn mensch die wichtigsten Aussagen des Gesprächs auch schriftlich vorbereitet hat und den JournalistInnen mitgeben kann – das kann mensch dann auch durch den großen Presseverteiler schicken – für alle Medien die nicht da waren.

Für Fernseh- aber oft auch für RadiojournalistInnen sind Pressegespräche nicht so interessant, weil es wenig spannende Bilder bzw. Töne gibt. Dem kann mensch entgegenwirken. Entweder mit einen „Hingucker“ (z.B. mindestens ein nettes Transparent hinter dem Podium) oder aber indem mensch gleich überlegt, welche Bilder/Töne nett wären und das der Presse auch mitteilt.

7. Veranstaltungsankündigungen

Viele Lokalzeitungen verfügen über Terminspalten. Größere Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen, Infostände, Aktionen etc.) sollten in Form einer kleinen Meldung mit Informationen über das jeweilige Thema und den/die ReferentIn an die Presse weitergeleitet werden. Größere Veranstaltungen können auch über den Radio angekündigt werden.

Eine Ankündigung sollte enthalten:

- Ort, Zeit und Datum
- Titel und Thema der Veranstaltung
- gegebenenfalls ReferentInnen (je prominenter, desto stärker herausheben - Titel und Funktionen, sofern sie für die Veranstaltung relevant sind)
- kurze inhaltliche Einleitung (3-4 Sätze) ins Thema, die auch erklärt, warum die
- Veranstaltung gerade jetzt stattfindet (wenn es einen konkreten Anlass gibt)

8. AnsprechpartnerInnen schaffen

Wichtig ist es für die Presse, dass sie eineN festen AnsprechpartnerIn hat. Es macht also Sinn, die Verantwortlichkeiten nicht ständig zu wechseln. Gut klappt es meist mit einem dreiköpfigen Presseteam. So können Pressemitteilungen vor dem Verschicken noch abgesprochen werden, trotzdem bleibt mensch aber in der Lage, schnell zu reagieren.

8. Auswerten

Wer Pressearbeit macht, sollte auch die Ergebnisse nicht aus dem Blick verlieren. Gut ist es, die Artikel, Radiobeiträge etc. zu sammeln, sodass mensch im Nachhinein Erfolge oder auch Misserfolge einschätzen kann.

9. Der Kontakt macht`s

Wenn mensch erst mal Kontakte zu Presseleuten hergestellt hat, sollten diese gepflegt werden. Sinn macht es, bevor mensch eine wichtige PE rausschickt, mal kurz in der Redaktion durchzurufen und darauf hinzuweisen.

Checkliste für Presseerklärungen

Inhalt

- Aktualität der Meldung / Information abchecken
- Informationskette finden
- Einstieg wählen
- Präzise und knapp formulieren
- Namen und Daten einfließen lassen
- Deutlich gliedern, Zwischenüberschriften finden
- Evtl. Pressefoto (schwarz/weiß 13x18) beilegen

Form

- Breiten Rand lassen (für Redaktionsnotizen)
- Blätter nur einseitig beschreiben
- Korrekturlesen lassen
- AnsprechpartnerIn angeben
- Anschrift und Telefonnummer deutlich lesbar angeben
- Verantwortliche/n namentlich nennen.

Litteraturtipp: Deutsch für Profis - Wege zu gutem Stil,
Wolf Schneider (2001)

Seit Authentisch! Niemand wird euch abnehmen, dass ihr auf alle großen Fragen Antworten habt. Weist stattdessen darauf hin, welche Dokumentation, welches Buch oder welche Website spannende Informationen bereithält (nutzt dabei auch die in diesem Handbuch enthaltenen Tips). Vorsicht: viele scheinbar gesellschaftskritische Seiten und Filme im Netz stammen aus dem Esoterik-Weltverschwörungs-Sumpf. Verlasst euch nur auf Quellen, die ihr gut kennt oder die euch von verlässlicher Seite aus empfohlen wurden – am Ende müsst ihr aber selbst kritisch prüfen, was ihr weiter verbreiten wollt.

Seit Authentisch! Niemand wird euch abnehmen, dass ihr auf alle großen Fragen Antworten habt. Weist stattdessen darauf hin, welche Dokumentation, welches Buch oder welche Website spannende Informationen bereithält (nutzt dabei auch die in diesem Handbuch enthaltenen Tips). Vorsicht: viele scheinbar gesellschaftskritischen Seiten und Filme im Netz stammen aus dem Esoterik-Weltverschwörungs-Sumpf. Verlasst euch nur auf Quellen, die ihr gut kennt oder die euch von verlässlicher Seite aus empfohlen wurden – am Ende müsst ihr aber selbst kritisch prüfen, was ihr weiter verbreiten wollt.

Autor*innenkollektiv

Litteraturtipp:
Weblogs, Podcasting & Online-Journalismus,
Moritz „mo.“ Sauer (2006)

„Money, Money, Money“. Oder die leidige Frage nach dem Geld

Um finanziell handlungsfähig zu sein, solltet ihr wissen, wo ihr Kohle her bekommt, wie viel ihr braucht, also einplanen müsst, und wie ihr sie schließlich verwaltet und abrechnet.

Bevor ihr euch auf die Suche nach Geldquellen macht, überlegt genau, was ihr wirklich braucht. Es hilft euch nicht, wenn in der Umsetzung an allen Ecken und Enden was fehlt. Weil die Kohle für Polit-Arbeit knapp ist, solltet ihr aber auch nicht prassen. Eine Menge Dinge lassen sich auch ohne Geld organisieren. Denn Sachleistungen wie Kopieren Technik, Räume könnte ihr mit guten Kontakten (über die Partei, die Eltern, befreundete Strukturen, Jugendzentrum, Infoladen, studentische Selbstverwaltungsstrukturen usw.) kostenlos nutzen. Mit etwas Überlegung kann man vieles anders organisieren oder selber machen, statt teuer einzukaufen.

Es ist wichtig eine hauptverantwortliche Person zu benennen, die den Überblick über eure Finanzen hat. Häufig ist das keine sehr beliebte Tätigkeit, aber sie ist ausgesprochen wichtig. Lasst ihr die Verantwortung (z.B. jährlich) rotieren, bleibt diese Aufgabe nicht an einer Person hängen. Achtet auf eine ordentliche Übergabe, bei der die neue Person eingearbeitet wird.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Zum Einen hilft das „Vier-Augen-Prinzip“ Fehler zu vermeiden, zum Anderen sollten eure Finanzen/ Buchführung mindestens einmal im Jahr von einer zweiten Person geprüft werden (Kassenprüfung).

Planung

Für eine realistische und sparsame Planung, braucht es ein klares Konzept für die Aktion/ Veranstaltung, die ihr umsetzten wollt. Erst wenn ihr wisst und sicher seid, was ihr machen wollt, bekommt ihr alles Notwendige in den Blick. Bewahrt euch eine gewisse Flexibilität und Spielraum für unvorhergesehene Entwicklungen.

Das Ergebnis der Planung ist ein Finanzplan mit einer ausgeglichenen Einnahmen- und Ausgabenseite. Der Plan bildet die Grundlage für alle zu beantragenden Gelder sowie die Abrechnung und sorgt dafür, dass ihr den Überblick nicht verliert.

Zur Veranschaulichung findet ihr hier eine größere Auswahl möglicher Posten:

Ausgaben: z.B. Honorare, Druckkosten, Speisen und Getränke, Technik, Mieten, Portokosten, Telekommunikation, Reise- und Übernachtungskosten, Transportkosten, Versicherung, Gebühren (Gema, Künstlersozialkasse usw.).

Einnahmen: Eigenleistungen (beispielsweise Gruppenkasse, ehrenamtliche Tätigkeit), Stiftungen/ Förderprogramme/ Öffentliche Institutionen, Kooperationspartner*innen, Spenden, Teilnahmegebühren.

Was muss in einen Finanzantrag?

Für jeden Finanzantrag sind essentielle Fragen zu beantworten: Was für eine Aktion/ Veranstaltung plant ihr? Wie viel Geld braucht ihr vom Geldgeber und was kostet die Aktion insgesamt? Wofür genau wird das Geld ausgegeben? Wer sind Kooperationspartner*innen, können sich Andere beteiligen? Wo habt ihr außerdem noch Gelder beantragt? Wie könnt ihr erreicht werden (Ansprechpartner*in für Nachfragen)?

Nicht selten stellt die Institution, bei der Gelder beantragt werden, Formulare, die einfach nur ausgefüllt werden müssen, zu Verfügung.

Finanzquellen

Lokaler Parteiverband: Wir empfehlen euch, Kontakt zur/zum Schatzmeister*in aufzunehmen und gegebenenfalls auf einen eigenen jährlichen Etat hinzuwirken, über dessen Verwendung der Jugendverband selbst entscheiden kann. Erfahrungsgemäß können das 500 bis 3.000 Euro im Jahr werden, mache lokale Parteistrukturen beschließen auch einen prozentualen Anteil für

Jugend am Gesamtbudget.

Landespartei: Sie sollte nur in Absprache mit dem LSPR angefragt werden, da sonst nicht mehr überschaubar ist, wer wo welches Geld beantragt hat.

Abgeordnete aus eurem Wahlkreis: Auch sie sind in der Regel bereit euch zu unterstützen, bekommen allerdings dauernd Anfragen. Wenn es also von den Abgeordneten kein Geld gibt, heißt das nicht automatisch, dass sie keinen Bock auf den Jugendverband haben.

Landesverband linksjugend ['solid]: Viele Landesverbände haben Fonds für Basisgruppen eingerichtet, aus denen Basisgruppen unterstützt werden können. Hier lohnt es sich, einmal nachzufragen. Hinweis: 60 Prozent der Mitgliedsbeiträge verbleiben in den Landesverbänden, die Beiträge von Fördermitgliedern zu 100 Prozent.

Bundesverband linksjugend ['solid]: Auch der Bundesverband hat ein eigenes Budget und kann Projekte von Basisgruppen bezuschussen, wenn die vorigen Finanzquellen ausgeschöpft wurden.

Fraktionen: Bei Sachkosten für gemeinsame Aktionen mit einer Ratsfraktion wäre die Frage, ob sie nicht aus dem Etat der Ratsfraktionen bezahlt werden können. Dies ist rechtlich etwas heikel, wenn die Fraktion hier aber die rechtlichen Vorgaben beachtet, ist es durchaus möglich.

Bildungswerk: Für Bildungsveranstaltungen können Mittel beim Bildungswerks für Politik und Kultur e.V. beantragt werden (mehr dazu: www.politikundkultur.de).

Ring politischer Jugend: Auf Kreisebene gibt es oftmals Vereine („Ring Politischer Jugend"), die städtische Gelder für die Jugendorganisationen von Parteien verwalten. Je nach Größe des Ortes können das mehrere tausend Euro im Jahr sein, die dann aber auch nach bestimmten Vorgaben abzurechnen sind. Es lohnt sich immer, hier einen Fuß in die Tür zu bekommen und mitzumachen. Infos und Fragen per Mail an die Bundesgeschäftsstelle.

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (beziehungsweise die Landesstiftungen) kann in Absprache mit euch Bildungsveranstaltungen anbieten. Als Kooperationspartnerin ist die Stiftung eingeschränkt und darf nicht direkt mit dem Jugendverband zusammenarbeiten. Dies würde sonst als indirekte Parteienfinanzierung gelten.

Andere Stiftungen: Es gibt etliche Stiftungen, die Jugendarbeit, demokratiefördernde, feministische, antirassistische und viele weitere Projekte fördern. Die Suche nach der passenden Stiftung lohnt sich besonders bei Kooperationsprojekten und größeren Kampagnen, unter anderem auch deswegen, weil Stiftungen häufig einen gemeinnützigen Träger (Verein) brauchen und Partei(-nahe) Strukturen allein kaum eine Chance haben. Wichtig bei allen Stiftungen: Antrags- und Vertragsbedingungen genau lesen und beachten!

Lesetipp: Das Netzwerk Selbsthilfe e.V. gibt regelmäßig eine aktualisierte, sehr hilfreiche Broschüre über „Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen“ heraus. Siehe dazu: www.netzwerk-selbsthilfe.de

Stiftungsübersichten im Internet:

www.stiftungen.org (Bundesverband Deutscher Stiftungen)

www.maecenata.eu (Maecenata Institut für Philantrophie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität)

www.socialnet.de/branchenbuch | Verbände, Stiftungen, Einrichtungsträger | Förderstiftungen (socialnet-Fachinformationen aus Sozialwirtschaft und Nonprofit-Management)

https://www.buergergesellschaft.de/mitgestalten/tipps-fuer-engagierte-organisationen/foerdermittel/ (mit einer Übersicht großer und kleiner bundesweit tätiger Stiftungen und anderer Fördermittel.)

EU-Jugendprogramme

Für klassische Jugendarbeit findet ihr etliche Geldquellen, lokal, auf Landes- und Bundesebene und ebenso von der Europäischen

Union (EU) ausgeschrieben. Mehr Infos zum Programm findet ihr hier: http://www.erasmusplus.de sowie www.jugend-in-aktion.de

Selber machen

Soliparties: Für größere Mobilisierungen/ Kampagnen kann es sich lohnen, Partys zu organisieren, um mit den Einnahmen euer Projekt zu finanzieren. Das ist natürlich eine Menge Arbeit, kann aber auch Spaß machen und zusätzliche euch Aufmerksamkeit bringen. Ihr müsst jedoch selbst einschätzen können, ob ihr die Kapazitäten für sowas habt.

Spenden: Spenden können bei allerlei Aktivitäten gesammelt werden. Politische Strukturen sind von der Gemeinnützigkeit ausgeschlossen. Daher könnt ihr, selbst wenn ihr ein eingetragener Verein seid, keine steuerlich relevanten Spendenquittungen ausstellen. Viele Menschen spenden trotzdem gern.

Events: Es gibt einige lustige Beispiele wie durch eine Tombola mit Unterhaltungscharakter, Verlosungen, Gewinnspiele oder „Kiez-Bingo“ mit viel Spaß, Kohle für die gute Sache gesammelt werden kann.

Buchführung & Rechtliches

Um so mehr Geldquellen ihr auftut, um so größere Handlungsfreiheit gewinnt ihr. Gleichzeitig bedeutet das aber auch mehr Aufwand in der Verwaltung. Das A und O besteht im Aufheben und Sammeln *aller* Quittungen und der übersichtlich, transparenten Dokumentation: Ihr gebt kein Geld ohne Beleg heraus und nehmt ohne Vermerk nichts ein. Zur Veranschaulichung findet ihr hier ein Beispiel für eine einfache Buchhaltung eines Projekts:

	Datum	Posten	Bezeichnung	Anzahl	SOLL	IST	Beleg
1	01.05.18	Miete	Club-XY	1 Abend	300 €	300 €	
2	01.05.18	Technik	Mirkophone	3	30 €	30 €	
3	01.05.18		PA-Anlage	1	150 €	150 €	
4	12.04.18	Druck-kosten	Flyer	2 T St.	80 €	57,89 €	
5	17.04.18		Plakate	500 St.	70 €	75,58 €	
6	30.05.18	Catering	Getränke-		50 €	54,14 €	
7	30.05.18		Knabberzeug		25 €	21,36 €	
				SUMME	**XY,XY**	**ZZ,ZZ**	

Wenn die Posten über ein Konto laufen, werden alle Belege zum Kontoauszug geheftet. Die Kontoauszüge müssen chronologisch geordnet und sicher aufbewahrt werden. Solltet ihr zusätzlich Bargeld verwalten, muss ein Kassenbuch geführt werden und die entsprechenden Belege dazu geheftete werden. Zusammen lässt sich das einfach in einer Excel-Tabelle verwalten. Legt drei Tabellenblätter mit a) Gesamtübersicht, b) Kontobuchung und c) Kassenbuch an.

Zusammenfassung

Überlegt also zuerst, was ihr wirklich braucht. Wenn ihr Finanzanträge stellt, lest die Antrags- und Vertragsbedingungen genau. Seid sparsam, aber nicht geizig, und beachtet die Ressourcen, die ihr auch ohne Geld nutzen könnt. Bestimmt eine verantwortliche Person und lasst die Aufgabe der Finanzverwaltung rotieren. Hebt alle Quittungen auf und verwaltet eure Kohle ordentlich.

Ines Koburger

„Was tun wenns brennt?“ Kleines Einmaleins der Repression

Manchmal läuft bei Aktionen oder Demos etwas schief und ihr kommt unfreiwillig in Kontakt mit der Polizei. Manchmal habt ihr es vielleicht auch darauf angelegt und euch entschieden, die Konsequenzen zu tragen, so bei einer Sitzblockade oder anderen Aktionen des zivilen Ungehorsams. In beiden Fällen ist es wichtig zu wissen, was im Normalfall mit euch passiert und mit welchen Folgen ihr rechnen müsst. Im folgenden Kapitel werden die wichtigsten Dinge kurz zusammengefasst, die ihr wissen solltet, um im Aktivist_innenleben mit möglicher Repression umzugehen.

Vorbereitung auf Demos und Aktionen

Das richtige Verhalten auf Demos und Aktionen beginnt schon, wenn ihr euch vorbereitet. Überlegt euch genau, was ihr mitnehmt. Waffen (auch Pfefferspray, Taschenmesser usw.) und illegale Drogen lasst ihr natürlich zu Hause. Kommt nüchtern und bleibt es auch: Betrunken oder mit anderen Drogen im Körper gefährdet ihr in brenzligen Situationen leicht euch und Andere.

Zieht euch weite, bequeme Kleidung an, in der ihr euch gut bewegen könnt. Wenn ihr gerne Springerstiefel oder Nietengürtel tragt, lasst ihr die heute am besten zu hause. Erstere könnten euch als Waffe ausgelegt werden, zweitere sind im Gedränge oft schmerzhaft für eure Genoss*innen. Ob ihr in schwarz auf eine Demo geht oder nicht, bleibt natürlich euch überlassen, allerdings müsst ihr wissen, dass schwarzgekleidete Demonstrant*innen für Polizeikräfte eher ins Feindbild gehören, als alltäglicher angezogene Menschen. Wenn ihr also ein Problem damit habt, in den Fokus der Polizei zu geraten, und ihr einen nonkonfrontativen Kurs fahren wollt, ist die grüne Jacke wahrscheinlich angebrachter als der schwarze Kapuzenpulli.

Ihr solltet in jedem Fall euren Personalausweis, ein bisschen Kleingeld und eine Plasikflasche mit Wasser. Wenn ihr nach stundenlan-

gem Demonstrieren Durst bekommt oder euch und anderen nach Reizgaseinsatz die Augen ausspülen müsst, werdet ihr für eure Wasserflasche dankbar sein. Nehmt keine Glasflaschen mit, denn diese könnten als Waffe gewertet werden, sind zum Augenspülen schlecht geeignet und können schlimmstenfalls splittern und böse Verletzungen verursachen, wenn ihr im Getummel hinfallt.

Die Frage, ob ihr Handys mit auf Aktionen und Demos nehmen sollt, wird immer wieder heiß diskutiert. Es kann ganz praktisch sein, wenn ihr bei Festnahmen schnell mit dem Ermittlungsausschuss (EA) telefonieren müsst. Vielleicht wollt ihr aber auch nicht, dass die darin gespeicherten Nummern der Polizei in die Hände fallen. Adressbücher und Kalender sollten daher auch auf jeden Fall zu Hause bleiben.

Bezugsgruppenbildung

Geht nicht allein auf eine Demo, sucht euch ein paar Freund*innen oder Genoss*innen und bildet eine Bezugsgruppe. Falls irgendetwas passiert, seid ihr zusammen besser aufgehoben. Vielleicht geht ihr ja mit den Leuten aus eurer Ortsgruppe hin.

Als Bezugsgruppe gebt ihr euch einen Namen, irgendein ungewöhnliches Wort, an dem ihr euch wiedererkennt. Nehmt nicht „Rotfront“, einen Ortsnamen oder irgendetwas anderes, was auf Demos des öfteren gerufen werden könnte. „Ochsenfrosch“ ist definitiv ein besserer Bezugsgruppennahme als „Internationale Solidarität“. Wenn ihr euch auf der Demo verliert, ruft ihr laut dieses Wort und findet euch im besten Fall sofort wieder. Das ist praktischer und angenehmer, als lautstark einen Klausi Müller auf der ganzen Demo suchen zu müssen.

Verhalten auf Demos und Aktionen

Erste Regel: Keine Panik. Egal was passiert, versucht ruhig zu bleiben und achtet auf eure Bezugsgruppe. Nichts ist schlimmer als eine Massenpanik auf einer Demo. Wenn ihr euch zurückziehen wollt, dann geht zusammen mit eurer Bezugsgruppe.

Manchmal kann es auf Demos sinnvoll sein, Ketten zu bilden. Es

ist nicht verboten, bei einer Demo untergehakt in der ersten Reihe zu stehen, rückt euch aber natürlich ins Visier eifriger Polizeikräfte.

Manchmal kann es auch verlockend sein, sich zu vermummen, also sein Gesicht mit einem Halstuch zu verdecken. Das stellt allerdings eine Straftat dar und hin und wieder greift die Polizei auch gezielt vermummte Protestierende aus Demonstrationen heraus.

Sollte also jemand verhaftet werden, ist es wichtig, den EA schnellstmöglich anzurufen und den Namen und bestenfalls auch das Geburtsdatum des Verhafteten durchzusagen. Am anderen Ende sitzen Genoss*innen, die sich um die Verhafteten kümmern und im Notfall Rechtshilfe leisten und Anwält*innen vermitteln. Ihr müsst davon ausgehen, dass die Telefonleitungen des EA abgehört werden: Deshalb sagt nichts darüber, was passiert ist und meldet euch auch nicht mit eurem Namen. Wenn ihr selbst verhaftet werdet, ruft den Demonstrierenden um euch herum euren Namen und euer Geburtsdatum zu, damit sie den EA kontaktieren können.

Der Ermittlungsausschuss

Für den Fall, dass jemand verhaftet wird oder sonst etwas passiert, schreibt ihr euch die Nummer des Ermittlungsausschusses (EA) auf den Arm. Auf den meisten großen Demos wird diese Nummer über den Lautsprecherwagen durchgegeben. Wenn ihr es versäumt habt, euch die Nummer zu merken, fragt rechtzeitig nach.

Sollte also jemand verhaftet werden, ist es wichtig, den EA schnellstmöglich anzurufen und den Namen und bestenfalls auch das Geburtsdatum des Verhafteten durchzusagen. Am anderen Ende sitzen Genoss_innen, die sich um die Verhafteten kümmern und im Notfall Rechtshilfe leisten und Anwält_innen vermitteln. Ihr müsst davon ausgehen, dass die Telefonleitungen des EA abgehört werden: Deshalb sagt nichts darüber, was passiert ist und meldet euch auch nicht mit eurem Namen. Wenn ihr selbst verhaftet werdet, ruft den Demonstrierenden um euch herum euren Namen und euer Geburtsdatum zu, damit sie den EA kontaktieren können.

Die Festnahme

Wenn ihr festgenommen werdet, gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder eure Personalien werden aufgenommen und ihr seid danach gleich wieder auf freiem Fuß, oder ihr werdet erst einmal in Gewahrsam genommen.

Wenn ihr in Gewahrsam kommt, werdet ihr meistens in eine Gefangenensammelstelle (GeSa) gebracht, in der ihr dann die nächsten Stunden festsitzt. Die mögliche Länge des Gewahrsams variiert von Bundesland zu Bundesland und beträgt meist bis zu 48 Stunden, darf allerdings nur so lange andauern, wie der Grund der Ingewahrsamnahme besteht. Deshalb seid ihr meistens wieder draußen, nachdem die Demo oder Aktion beendet wurde.

Wenn ihr in der GeSa seid, bleibt ruhig. Natürlich seid ihr in einer Stresssituation, aber es hilft niemandem, jetzt durchzudrehen. Wenn ihr (wie häufig) mit Anderen in einer Gemeinschaftszelle sitzt, vertreibt euch die Zeit gemeinsam. Singt, spielt irgendetwas oder redet miteinander über irgendetwas unverfängliches. Das hilft und bringt euch schneller durch die unangenehmen Stunden im Gewahrsam. Was ihr nicht tun solltet, ist über die Vorgänge zu reden, die euch hergebracht haben. Wer weiß, wer noch zuhört. Besprecht so etwas lieber später mit eurer*m Anwältin/Anwalt und euren Freund*innen.

Aussage verweigern

Wenn die Polizei euch im Gewahrsam Fragen stellt, verweigert ihr einfach die Aussage. Ihr habt das Recht dazu und es können euch dadurch keine Nachteile entstehen – egal, was euch in der GeSa erzählt wird!

Das einzige, was ihr der Polizei mitteilen müsst, sind grob genommen die Daten auf eurem Ausweis, also Name, Geburtsdatum, Adresse und eine ungefähre Berufsbezeichnung (z.B. „Schüler“ oder „Student*in“). Sagt nicht mehr als das, sondern verweigert die Aussage. Auch wenn ihr nichts gemacht habt, belastet ihr mit eurer Aussage unter Umständen Andere – und das ist nicht

Sinn der „Übung“! Ihr kämt auch nicht schneller frei oder bekämt irgendwelche Vorteile, wenn ihr aussagen würdet. Also: haltet einfach den Mund. Seid freundlich, aber bestimmt und selbstbewusst. Polizeikräfte sind auch Menschen, die merken, wenn nichts zu machen ist und sie aus euch nichts rausbekommen. Sie werden euch dann in Ruhe lassen. Auch ein Gespräch übers Wetter oder eure politische Grundeinstellung ist nicht angebracht, denn manchmal ist es ziemlich schwer, so eine Unterhaltung wieder abzubrechen, wenn es ans Eingemachte geht.

Ihr solltet nichts unterschreiben, was euch vorgelegt wird. Ihr seid dazu nicht verpflichtet und es ist im Zweifelsfall immer sicherer, unter nichts seinen Namen gesetzt zu haben. Auch hier heißt die Devise, den Beamt*innen freundlich und klar mitzuteilen, dass man nichts unterzeichnen möchte.

In seltenen Fällen wird man euch Fingerabdrücke abnehmen, Fotos von euch machen oder DNA-Proben nehmen. Das ist bei Verdacht auf eine Straftat oder zur Feststellung der Person erlaubt. Trotzdem solltet ihr mündlich unbegründeten Widerspruch einlegen und ins Polizeiprotokoll aufnehmen lassen. Das könnte in einem späteren Verfahren wichtig werden. Im Gewahrsam habt ihr das Recht auf zwei Telefonanrufe. Verlangt eine Bescheinigung für alles, was euch abgenommen und bei Freilassung nicht wieder zurückgegeben wurde. Wenn ihr minderjährig seid und in Gewahrsam genommen werdet, wird die Polizei eure Eltern anrufen und auffordern, euch abzuholen.

Rechtliche Folgen und Nachbereitung

Wenn ihr nach einer Demo aus der GeSa frei kommt, stehen oft schon nette Menschen da, die euch abholen. Ihr solltet dann dem EA und eurer Bezugsgruppe Bescheid geben, dass ihr wieder draußen seid, damit sie euch nicht weiter suchen und sich Sorgen machen. Lasst euch zu eurer Bezugsgruppe, nach Hause oder ins Protestcamp bringen. Redet mit euren Genoss_innen über eure Repressionserfahrungen, schließlich kann euch das helfen, nach so einem Schock schnell wieder klarzukommen.

Nicht immer, aber doch hin und wieder kommt nach einer Ingewahrsamnahme irgendwann ein Brief zu euch nach Hause, in dem ihr zur Polizei gebeten werdet oder aufgefordert werdet, ein Bußgeld zu zahlen. Wenn das passiert, kontaktiert ihr am besten, eure lokale Rote Hilfe und reagiert zunächst nicht auf die briefliche Aufforderung. Die Rote Hilfe ist eine linke Rechtshilfegruppe mit eigenen Anwält_innen, die euch in solchen Fällen weiterhelfen werden und euch je nach Lage genau sagen können, wie ihr reagieren solltet.

Wenn für euch Repressionskosten entstehen, tragt sie nicht allein. Organisiert eine Soliparty, wendet euch an den Bundesverband der linksjugend [‘solid] und an die Rote Hilfe. Meist finden sich Wege, nicht alleine auf der Kohle für den anwaltlichen Rechtsbeistand, das Gericht und mögliche Geldstrafen sitzen zu bleiben.

Mehr Infos unter: www.rote-hilfe.de, ea-hh.org, www.ea-berlin.net

Björn Buschbeck

Kapitalismuskritik - eine Einführung -

Linke Kapitalismuskritik muss sich die Frage stellen, wie der Kapitalismus funktioniert, um dann erklären zu können, ob, wie und warum viele gesellschaftliche Phänomene darin ihre Ursache finden. Es geht um Fragen wie Armut, Reichtum, Erwerbslosigkeit, Umweltzerstörung uvm. Ebenfalls muss beantwortet werden, ob und warum all diese Zumutungen selbst dann auftreten, wenn Politiker*innen vorgeben, nur „das Beste“ zu wollen.

Kritisiert werden soll also der Kapitalismus als die Art und Weise, wie die Gesellschaft arbeitet und produziert. Weil es genau diese kapitalistischen Prinzipien sind – und nicht etwa Kultur oder Gene –, die die Gesellschaft von Grund auf bestimmen, können wir mit Recht von kapitalistischen Gesellschaften sprechen. Die umfassende Analyse, die Karl Marx mit seinem Hauptwerk Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie (1867/ 1883) gelungen ist, bildet in ihren Kategorien und Erkenntnissen auch für uns die Basis der Untersuchung.

Mensch und Gesellschaft

Menschen müssen – wie alle Lebewesen – das, was sie zum Leben brauchen, der Natur abringen. Sie können jedoch ihre Handlungen bestimmten Zwecken unterwerfen, so dass die Handlung dann Mittel zum Zweck wird. Das Anpflanzen von Getreide ist beispielsweise Mittel zum Zweck. Der Zweck, Hunger zu stillen, erfüllt sich erst später. Dieses zweckgerichtete Handeln, nennen wir **arbeiten**. Beim Arbeiten entstehen Dinge, die einen Nutzen, also einen **Gebrauchswert** haben. Die **Produktivkraft** der Arbeit, ist das Maß, das anzeigt, wie viel Gebrauchswerte gleicher Art (z.B. Betten) pro Arbeitsmenge hergestellt werden können.

Wenn Viele zusammenarbeiten (kooperativ), und sich die einzelnen Arbeitsschritte teilen (arbeitsteilig), steigt die Produktivkraft, weil Menschen sich auf wenige Handlungen spezialisieren können

und nicht mehr alle alles machen müssen. Jenseits vom Sammeln von Früchten braucht der Mensch zum Arbeiten Werkzeuge, Rohstoffe und natürlich den Boden auf dem das Produzieren stattfindet. Diese nennen wir: Produktionsmittel. Je besser die Werkzeuge, desto höher ist ebenfalls die Produktivkraft. Doch Werkzeuge müssen selbst auch hergestellt werden. Produzent*innen sind also auf viele andere Produzent*innen angewiesen, die Art und Weise, wie die Beziehungen untereinander nun organisiert sind, bestimmt die Gesellschaft. Wer verfügt über die Produktionsmittel, wie werden diese gesichert und was passiert mit denen, die nicht über Produktionsmittel verfügen.

Menschen müssen: atmen, essen und sich wärmen. Sie sind in dieser Beziehung nicht frei, sondern unterliegen einem Zwang. Sobald eine Gesellschaft sich annähernd von diesem Zwang emanzipiert hat, also genug herstellt, um die Grundbedürfnisse zu befriedigen, können Entscheidungen frei vom Naturzwang getroffen werden. Eine Gesellschaft ist hierbei nicht die Summe der Einzelnen, sondern vor allem der Zusammenhang dieser Einzelnen beziehungsweise das Prinzip, nach dem sie miteinander umgehen. In vorkapitalistischen Zeiten wurde dieser Zusammenhang in der Regel durch herrscherliche Gewalt erzeugt. Diese galt jedoch nur soweit, wie ihr Gewaltapparat reichte. Dort, wo der Apparat fern blieb, konnten die Menschen buchstäblich vor sich hin werkeln. Im Kapitalismus ist das anders: Die Herrschaft ist nicht personal, der Zwang zur Unterwerfung benötigt keine direkte Herrschaft – er kommt aus den ökonomischen Verhältnissen selbst. Der Kapitalismus stellt ein System von Sachzwängen dar und genau das ist auch der Grund, warum sich systematische, also wissenschaftliche Aussagen darüber treffen lassen, die unabhängig von den handelnden Personen sind, also auch unabhängig vom jeweiligen historischen Kontext.1 Um eben diese Aussagen soll es im Folgenden gehen.

Ware, Wert, Geld

Im Kapitalismus produzieren Privatproduzent_innen für einen Markt. Das tun sie nicht gemeinsam und in Absprache mit allen,

sondern in Konkurrenz zueinander. Produktionsmittel und Produktionsergebnis sind **Privateigentum**. Privateigentum das Monopolrecht auf eine Sache und eben der Ausschluss aller anderen Menschen davon. Produziert werden **Waren,** diese sind nicht Gebrauchswert für denjenigen, der sie herstellt, sondern Mittel zum Tausch. Ein Bügelseisenfabrikant – nennen wir ihn Herr Schmidt – will mit den Gütern nicht bügeln, sondern sie verkaufen. Er ist also scharf auf den **Tauschwert** einer Ware. Dieser Wert zeigt sich erst im Tausch. Preise werden oft mit dem Wert der Ware verwechselt. Sie sind jedoch nur Prognosen. Denn Herr Schmidt spekuliert darauf, einen bestimmten Tauschwert zu erzielen. Ob dieser überhaupt erzielt wird, weiß er gar nicht. Erst wenn jemand die Ware zu einem Wert X getauscht hat, wird sichtbar, dass die Ware den Wert X hat. Im Kapitalismus haben Waren also einen Gebrauchswert und einen Tauschwert. Letzterer ist ein Repräsentant des Allgemeinen, der anzeigt, welcher Erlös sich mit der Ware in der Gesellschaft erzielen lässt. Die Preise sind dabei nicht willkürlich, sondern Ausdruck des Aufwands, mit dem eine Ware produziert wurde. Ob der Wert, der sich im Tausch realisieren lässt, über oder unter den Produktionskosten bleibt, entscheidet über Gewinn oder Verlust - und damit auch über das Schicksal des Unternehmens und der Menschen die darin arbeiten. Der Wert ist aber nicht von vornherein bekannt. Vielmehr stellt er sich „hinter dem Rücken“ der Marktteilnehmer_innen auf gesellschaftlicher Ebene her. Dies geschieht, indem sich alle Waren, also auch alle kapitalistisch verausgabte Arbeit (die in den Waren drinnen steckt), auf dem Markt während unzähliger Tausch-Akte miteinander vergleichen.

Niemand kann diese gesellschaftliche Abstraktion im Vorhinein ausrechnen. Ein Beispiel: Herr Schmidt hat Bügeleisen produziert, die nun zu 20 Euro das Stück verkauft werden sollen. Ein Konkurrent konnte irgendwo billiger Blech einkaufen und bietet seine Bügeleisen nun für 15 Euro an. Müller muss seine Preise senken und weiß nun, dass seine Bügeleisen nur einen Tauschwert von 15 Euro hatten. Diese Abstraktion vom Gebrauchswert, der durch konkrete Arbeit (Bügeleisen bauen) entstanden ist, zum Tauschwert, der sich auf dem Markt zeigt, findet „unsichtbar“ statt, wes-

halb den Mitgliedern der Gesellschaft Dinge wie Tausch, Wert, und Markt als etwas erscheinen, das Naturgesetzen folgt. Es erscheint: „natürlich“ und „gespenstisch“. Das all dies aber von Menschen gemacht und somit veränderbar ist, kommt den meisten nicht in den Sinn.[6] Die Tausch-Akte folgen dabei dem Muster einer gegenseitigen (gewaltfreien) Erpressung: „Ich gebe dir was du brauchst, wenn du mir das gibst, was ich will.“ Da sich die ganze Gesellschaft im Wesentlichen über Waren, Markt und Tausch organisiert, folgen eben weite Teile des gesellschaftlichen Austauschs dem Prinzip gegenseitiger Erpressungen beziehungsweise Sachzwängen – auf diese Weise leben wir zwar mit freien Märkten aber in absoluter Unfreiheit, denn alle unsere Handlungen sind von Sachzwängen durchzogen. Gleichzeitig vermittelt der Kapitalismus ununterbrochen das Gefühl von Entscheidungsfreiheit. Und genau dieser Widerspruch macht es so schwierig dieses System zu überwinden, denn es wird stets glühende Verteidiger*innen des Kapitalismus geben, die der festen Überzeugung sind, sie würden die Freiheit verteidigen.

Das Maß für den Wert ist das **Geld**. Geld ist abstrakter Wert an sich.[7] Eine besondere Ware die gegen alle Anderen austauschbar ist. Ihre Nützlichkeit besteht darin, das man andere Waren für sie eintauschen kann. Geld ist die allgemeine Zugriffsmacht auf den „Reichtum der Welt“. Und weil man alles dafür bekommen kann, will es auch jede*r haben. Ohne Geld bekommt man eigentlich nichts, weshalb es jede*r haben wollen muss. Geld im modernen Kapitalismus ist grundsätzlich Angelegenheit des Staates, der es aus dem Nichts erschafft[8] und mit seinem Gewaltmonopol absichert. Geld ist nicht einfach eine Erfindung die den Tausch vereinfacht , vielmehr ist es die Vorraussetzung für für eine Tausch basierte Ökonomie - es ermöglicht überhaupt erst die Vergleich-

6 Mehr zum Thema Wertbildung und Wertkritik: Michael Heinrich, Kritik der politischen Ökonomie – eine Einführung, Stuttgart 2004

7 Karl Marx meint dazu: „Es ist als ob im Zoo neben Giraffen, Pferden und Löwen noch ein Gehege existiert in dem ‚das Tier‘ an sich wohnt.“

8 Geld ist dabei nicht etwa durch Gold o.ä. gedeckt, sondern repräsentiert die ökonomische und machtpolitische Potenz des Staates innerhalb der Konkurrenz zwischen nationalen Ökonomien.

barkeit der verschiedenen Arbeiten.

Geld ist – allgemeine Zugriffsmacht auf Reichtum – und damit auch das Zwangsmittel mit dem Menschen von eben diesem Reichtum ausgeschlossen werden. Geld ist dann eben auch Zweck der ganzen kapitalistischen Veranstaltung. Niemand produziert Waren, weil ihm diese nützlich erscheinen, sondern um Geld zu „vermehren". Geldvermehrung beziehungsweise Profit ist der Antrieb und Zweck der meisten gesellschaftlichen Vorgänge. Kein Bäcker backt Brot weil Menschen hungrig sind. Der Hunger ist nur insofern interessant, als dass sich damit Geld verdienen lässt. Produziert wird also nicht für Bedürfnisse, sondern für einen zahlungsfähigen (!) Bedarf.

Reichtum ist im Kapitalismus, im Gegensatz zu früheren Gesellschaften, nicht mehr der Überschuss an Gebrauchswerten[9] (Dingen), sondern ein Überschuss an abstraktem Wert, also Geld. Der Reichtum wird nicht einfach bei den Untertanen eingesammelt[10], sondern entspringt der „wundersamen Geldvermehrung".

Arbeiter – und was man alles mit ihnen anstellen kann

Die Mehrheit der Gesellschaft verfügt über keine Produktionsmittel (Kapital) und gehört zu den lohnabhängigen Arbeiter_innen. Diese sind **„doppelt freie Lohnarbeiter"**, nämlich frei von Knechtschaft[11] und frei von Eigentum." Durch historische Prozesse, welche die Landbevölkerung gewaltsam von ihrem Boden trennten, entstanden freie Lohnarbeiter_innen, die das Notwendige nicht mehr selbst produzieren konnten. Sie waren und sind gezwungen, für Lohn zu arbeiten, um sich Lebensmittel kaufen zu können. Denn sie selbst haben nichts zu verkaufen, außer ihrer Arbeitskraft, also der Fähigkeit, Dinge herzustellen oder Dienste zu verrichten. Die

9 Ein Überschuss an Waren, die niemand kaufen will, kann auch zur Krise führen. So entsteht die absurde Situation, dass ein Reichtum an Dingen im Allgemeinen, zu Mangel und Leid beim Einzelnen führen kann.

10 Natürlich gibt es weiterhin Steuern und Abgaben, der private Reichtum wird jedoch mittels der kapitalistischen Produktionsweise angehäuft.

11 Arbeiter_innen sind, wie Kapitalist_innen auch, in der bürgerlichen Gesellschaft rechtlich frei – dies ist auch notwendig, soll die Konkurrenz auf dem Markt gut funktionieren.

Arbeitskraft wird auf dem (Arbeits-)Markt zur Ware. An der Arbeitskraft „klebt“ jedoch immer auch eine Arbeiter_in, die als Mensch quasi zur Ware wird[12], und zwar immer dann, wenn es um seine Arbeitskraft geht.

Der (Tausch-)Wert der **Ware Arbeitskraft** bestimmt sich durch die Menge zu seiner Reproduktion notwendiger Lebensmittel, das heißt für den Erhalt des Arbeiters / der Arbeiterin und den Erhalt der Arbeiter*innenklasse als solcher (Es müssen genügend neue Arbeiter*innen aufwachsen, um die „Verbrauchten“ zu ersetzen). Das alles geht mit Recht und Gesetz zu, denn bekämen die Arbeiter*innen weniger als zu ihrem Erhalt notwendig, wären irgendwann keine (arbeitsfähigen) mehr da; bekämen sie viel mehr als notwendig, hätten sie irgendwann Reichtum angehäuft und müssten nicht mehr arbeiten. In einer auf Lohnarbeit basierenden Gesellschaft muss es daher immer genügend Arbeitsfähige geben, die gezwungen sind zu dem Lohn zu arbeiten, den man ihnen bietet.

Wie jede andere Ware hat die Arbeitskraft einen Gebrauchswert und einen Tauschwert. Der/Die Kapitalist*in bezahlt den Tauschwert um (für eine bestimmte Zeit) den Gebrauchswert zu nutzen. Der Gebrauchswert besteht in der Fähigkeit zu arbeiten. Und zwar: mehr zu erarbeiten, als für den eigenen Erhalt notwendig wäre. In einem fiktiven Beispiel, erarbeitet Frau Meyer an einem neunstündigen Arbeitstag, in sechs Stunden den Gegenwert ihres Lohnes – also den Wert ihrer Arbeitskraft – und in den restlichen drei Stunden arbeitet sie für den Gewinn der/des Kapitalist*innen – sie erarbeitet den **Mehrwert**. Der Wert, den Frau Meyer in diesen drei Stunden erarbeitet, gehört allein den Kapitalist*innen.[13] Wenn die in dieser Zeit geschaffenen Werte erfolgreich am Markt gegen Geld getauscht werden können, entsteht der Profit. Arbeiterinnen sind also alle, aus deren Arbeit **Profit** geschlagen wird und nicht nur Jene in den Fabriken. Auch vermeintlich gemeinnützige

12 Keine normale Ware, sondern eine besondere, mit Rechten und Fähigkeiten, aber trotzdem auch eine Ware.

13 Dies nennt Marx Ausbeutung, die es folglich bei allen Lohnabhängigen gibt und nicht nur bei denjenigen mit besonders niedrigem Lohn.

oder staatliche Jobs funktionieren häufig längst nach genau den gleichen Prinzipien. Die Fokussierung einiger linker Gruppen auf Fabrik-Arbeiter*innen macht absolut keinen Sinn.

Obwohl die Arbeiter*innen den Mehrwert und damit auch den Profit erzeugen, können sie über dessen Verwendung nicht mitentscheiden oder gar darüber verfügen. Im bürgerlich/ kapitalistischen Sinne ist dies gerecht, denn bezahlt wird Frau Meyer nicht für ihre Arbeit[14] – bezahlt wird sie für einen Zeitraum (**Arbeitstag**), in dem die_der Kapitalist_in ihre Arbeitskraft nutzen kann. Frau Meyer wird für ihre Dienstbarkeit bezahlt. Der Mythos, Menschen würden für ihre Arbeit bezahlt werden, hält sich jedoch hartnäckig im Alltagsbewusstsein der Menschen. Wäre dies der Fall würde das Unternehmen keinen Gewinn machen. Wenn es den Gegenwert von dem von Frau Meyer Erarbeiteten bezahlen würde, wäre das Ganze ein Nullsummenspiel. Die produzierten Waren hätten exakt den Gegenwert des zuvor verausgabten Kapitals.[15] Auch eine Firma die den Arbeiter_innen gehört könnte nicht einfach die Arbeit bezahlen, auch hier muss in Konkurrenz zu anderen stets Gewinn angehäuft werden, um Investitionen zu tätigen, Kredite abzuzahlen etc.

Da die Arbeitskraft nicht ohne die/den Arbeiter*in zu haben ist, braucht es eines speziellen Vertrages: der Arbeitsvertrag. Dieser enthält Dauer und Art der Nutzung und das vorgesehene Entgelt. Der Käufer strebt einen möglichst hohen Gebrauchswert an: „Arbeitstag verlängern!“ und zu einem möglichst niedrigen Tauschwert „Löhne kürzen“. Die Arbeiter*innen merken am eigenen Leib, was dies bedeutet und bestehen auf das Recht der Verkäufer*innen, den Gebrauchswert zu bestimmen: „Arbeitszeit begrenzen beziehungsweise. kürzen!“ und einen möglichst hohen Tauschwert zu erzielen: „Mehr Lohn!“. Anders als bei anderen Waren, kann der Tauschwert durch die Akteur*innen verändert

14 Sprüche wie: „ Guter Lohn für gute Arbeit!“ zeugen nur von erschreckender Unkenntnis der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten.

15 Arbeiter*innen, die nach „Leistung“ bezahlt werden, bilden da keine Ausnahme. Hier ist der Lohn nur so gestrickt, dass die Arbeiter*innen im eigenen Interesse schnell und viel arbeiten, der Kapitalist spart sich hier den Aufseher.

werden: Denn der Arbeitskampf bestimmt mit über den Lohn und kann z.B. durch einen ‚Streik' zum Erfolg führen. Die Kapitalseite wiederum kann mittels Drohungen („wir wandern aus"; „draußen warten Arbeitslose" u.ä.) oder z.B. Outsourcing1 ihrerseits die Arbeitsbedingungen verschlechtern und die Löhne drücken. Dieser Interessenkonflikt ist Kern des Klassenkampfes.[16] Klassenkampf ist der ständige Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen. Im Einzelfall dehnt sich dieser auf die politisch-gesellschaftliche Ebene aus. Und dann geht es plötzlich um mehr als nur die konkreten Arbeitsbedingungen.

Zwar sind die Kapitaleigner*innen, als Klasse ebenso darauf angewiesen, Arbeitskraft zu kaufen, wie die Arbeiter*innen darauf angewiesen sind, sie zu verkaufen. Das Kapital jedoch bestimmt die Bedingungen der Produktion. Kapitalist*innen können ihr Eigentum verleihen, um Durststrecken zu überstehen, die Unternehmen können auf Arbeiter*innen im Ausland zurückgreifen, um Lohn zu sparen. Und überhaupt können die Kapitalist*innen lebendige Arbeit durch Maschinerie ersetzen. Letzteres ist umso lohnender, je erfolgreicher die Arbeiter*innen zuvor im Lohnkampf waren (desto höher die Löhne, desto mehr lohnen sich neue Maschinen). Die Arbeiter*innen dagegen leben von der Hand in den Mund und haben, wollen sie der Sozialhilfe entgehen, zum Abschluss eines Arbeitsvertrages auch kurzfristig keine Alternative. Die Freiwilligkeit, mit der sie den Arbeitsvertrag eingehen, ist deshalb bloßer Schein. Sie können nicht anders, und der Vermehrungszwang des Kapitals selbst sorgt dafür, dass dies für die meisten Lohnabhängigen auch so bleibt. Würde ein Kapitalist, z.B. Herr Müller, soviel

16 *Exkurs*: Viele „Niedriglöhner" versuchen ihre Situation zu verbessern, indem sie immer nach dem jeweils besseren Job suchen. Sie bleiben jedoch in unsicheren (prekären) Anstellungen gefangen. Eine Arbeitsbiografie sieht oft so aus: Minijob, unbezahltes Praktikum, Projektstelle, befristete Stelle, Honorarvertrag, befristete Stelle usw. Die Hoffnung, der nächste Job könnte besser werden, dies führt dazu, dass sich viele Lohnabhängige nicht organisieren, um für bessere Arbeitsverhältnisse zu kämpfen. Die flexibilisierte Arbeitswelt kennt also Mechanismen, die den Klassenkampf verhindern oder unmöglich erscheinen lassen. Wenn Arbeiter*innen kostenlos oder extrem billig arbeiten (Praktika; Minijobs etc.) und Forderungen hauptsächlich an sich selbst richten, sind das ideale Bedingungen für die Unternehmen.

Lohn zahlen, dass Frau Meyer genügend Reichtum bilden kann, um nach einiger Zeit nicht mehr arbeiten zu müssen, würde Herr Müller selbst keinen Gewinn mehr machen beziehungsweise von der Konkurrenz überrollt werden, da diese niedrigere Löhne zahlen könnte. So wie Frau Meyer in den Produktionsprozess hinein geht, so kommt sie auch wieder heraus; gerade mit dem Nötigsten versehen um weiter arbeiten zu können. So behält der Kapitalismus seine Produzent_innen in dauerhafter Abhängigkeit.

Der Klassenkampf wird häufig auch als Kampf zwischen Kapital und Arbeit bezeichnet. Dies stellt die Sache jedoch auf den Kopf. Das Kapital vermehrt sich durch die Arbeit. Die Arbeit wird nicht einfach zum guten Gegenspieler des Kapitals nur weil sie von der Arbeiter_innenklasse verrichtet wird. Sie ist im Kapitalismus von zerstörerischem Mühsal, Fremdbestimmung und Sachzwängen bestimmt, egal ob mensch den eigenen Beruf mag. Sie ist nicht der heroische Keim für eine bessere Gesellschaft. Sie ist vielmehr Ausdruck der Zurichtung von Menschen durch die bürgerliche Gesellschaft. Eine Glorifizierung der Arbeit wie sie durch weiter Teile der Arbeiter_innenbewegung häufig betrieben wurde und wird, ist die beste Werbung die der Kapitalismus bekommen kann. Der Kapitalismus ist die Gesellschaft, welche das ganze Leben der Geldvermehrung unterwirft und für die meisten Menschen bedeutet dies nicht nur: Arbeiten müssen um Leben zu können, sondern für viele mutiert Arbeit zum eigentlichen Lebenszweck.[17]

Das in den Produktionsprozess geworfene Geld erhält und vermehrt sich durch die verausgabte Arbeit aller Beteiligten, welche mehr wert ist als die gezahlten Löhne. Das vermehrte Geld wird dann wieder in den Produktionsprozess gesteckt, damit es sich erneut „verwertet“. Dies nennt man: **Akkumulation des Kapitals**. Ob jemand **Kapitalist_in** ist, entscheidet sich darüber, ob sie_er Verfügungsgewalt über Kapital hat (und von dessen Ertrag auch leben kann). **Kapital**: also eine Wertsumme X, die sich im „Wirtschaftskreislauf“ befindet, um sich zu „vermehren“ oder besser

17 Vgl. Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit. Robert Kurz, Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.) 1999.

gesagt von den Lohnabhängigen vermehrt zu werden. Verwaltet wird das Ganze meist von Manager*innen beziehungsweise Geschäftsführer*innen. **Manager*innen** sind Angestellte, die enorm hohe Löhne dafür erhalten, dass sie das Geld Anderer erfolgreich verwerten. Sie sind also so etwas wie Agent*innen des Kapitals. Ihr hohes Einkommen soll ihre Loyalität zum Unternehmen beziehungsweise zu den Kapitaleigentümer*innen sichern, denn im Produktionsprozess haben sie die Verfügungsgewalt über das Kapital. Somit hängt von ihnen auch Wohl oder Untergang der Kapitaleigner*innen ab. Anders als bei hoch bezahlten Fußballern sind sie leicht zu ersetzen. Die hohe Vergütung ist also nicht etwa Ausdruck einer besonderen Fähigkeit oder Leistung, sondern eben der (häufig erfolglose) Versuch ihre Loyalität sicherzustellen.

Die Bewegung des Kapitals

Der Profit fließt nur zu einem geringen Teil in den Luxuskonsum der Kapitaleigentümer*innen, der größte Teil wird dem Kapital hinzugefügt, das Kapital wächst – es findet **Akkumulation** statt. Ein Kapital, beispielsweise Schmidts Bügeleisenfabrik (BÜFA) steht mit anderen Kapitalen in Konkurrenz. Die BÜFA muss wachsen, um sich über das Wachstum Vorteile zu sichern (z.B. neue Maschinen), die es ihr ermöglichen, die Konkurrenz vom Markt zu drängen oder aber einfach nur mitzuhalten. Da alle Konkurrent*innen so vorgehen (müssen), entsteht ein Sachzwang, der keine andere Handlungsoption zulässt, will das Kapital am Markt bestehen. Dabei spricht man von: **Wachstumszwang**. Die BÜFA kann an den Rohstoffpreisen wenig ändern: Auch das Drücken von Löhnen und die Verlängerung der Arbeitszeiten findet seine Grenzen in Tarifverträgen oder gesetzlichen Bestimmungen. Will sie ihre Produktivität steigern, bleibt oft nur die Investition in neue Technologien. Wenn sie bisher mit 100 Arbeiter*innen 1000 Bügeleisen im Monat produziert hat und mit den neuen Maschinen nun 2000 Stück schafft, kann sie entweder 50 Menschen entlassen oder versuchen, 2000 Bügeleisen zu einem niedrigeren Preis zu verkaufen (In der Realität finden wir meist eine Mischung aus beiden Möglickeiten). Wenn die BÜFA das erste Unternehmen ist, das diese Technologie

anwendet, erzielt sie einen Extraprofit. Wenn ihre Produktionskosten um 50 % gesunken sind und die Bügeleisen zB. 10 % billiger verkauft als die Konkurrenz, kann sie mehr Bügeleisen losschlagen und macht auch noch pro Stück einen höheren Profit. Dieser Extraprofit ist es, auf den alle scharf sind (!) – es dauert jedoch nicht lange und die Konkurrenz hat aufgeholt und die Preise für Bügeleisen sind allgemein gefallen. Spätestens jetzt, wenn der Marktanteil wieder auf 1000 Bügeleisen gefallen ist, müssen Menschen entlassen werden. Es sei denn ein anderer Bügeleisenfabrikant ging bereits pleite und musste seinerseits alle Arbeiter*innen entlassen. In diesem Fall ist nicht nur das Kapital, sondern auch sein Marktanteil zu Ungunsten der Konkurrenz gewachsen. Dem Kapital, das nicht schnell genug aufrüstet, bleibt nur der Ruin – auf diese Weise werden komplette Produktionslagen wertlos, obwohl sie durchaus noch funktionieren.

Dieser Wettlauf verschärft sich immer weiter – die Produktivität muss in immer kürzeren Abständen erhöht werden. Immer mehr „Handgriffe“ werden von Maschinen erledigt, bei gleichem Kapitaleinsatz werden weniger Leute gebraucht. Und auch wenn das Kapital wächst, erhöht sich die Zahl der Arbeitsplätze nicht im selben Maße. Das Kapital produziert so eine „Reservearbeiterschaft“ beziehungsweise Erwerbslosigkeit.[18] Diese dient als Ersatztruppe und Drohkulisse. Bei der Akkumulation von Kapital muss die Produktivkraft stets voran getrieben werden, dies schließt den Ruin von einzelnen Kapitalen und das Elend der überflüssigen Arbeiter_innen ein. Dieser Vorgang ist gesetzmäßig.

Der Kapitalismus bestimmt unser Leben also in vielfacher Hinsicht und die meisten Freiheiten erweisen sich als trügerische Wahlmöglichkeiten. Letztendlich gilt für die meisten Menschen: work hard, die young. Diese Form der Konkurrenz würde im Kapitalis-

18 Auch wenn es einzelnen Nationen gelingt ihre Erwerbslosenquote gering zu halten, so wächst das Heer der Überflüssigen jedoch und zwar im globalen Maßstab. Ganze Regionen sind für den Weltmarkt praktisch überflüssig, Billig produzierte Überschüsse an Lebensmitteln und Kleidung überschwemmen den globalen Süden und zerstören häufig auch noch die letzte Möglichkeit sich in industriell unentwickelten Regionen über Wasser zu halten.

mus eigentlich zum Untergang der Konkurrent*innen führen, würde der bürgerliche Staat dies nicht durch Gesetze verhindern. Auch der Akkumulationsprozess, der immer wieder Krisen hervorbringt, kann nur durch den Staat aufrecht erhalten werden, der diese Krisen abfedert. Jenseits staatlicher Kontrolle hat sich weltweit ein Geflecht aus Finanzströmen und Märkten gebildet der die Weltwirtschaft als eine brutale Naturkatastrophe erscheinen lässt, die über die Menschen hereinbricht (Globalisierungskritik). Aber der globale Kapitalismus ist und bleibt von Menschen gemacht und kann von Menschen verändert und überwunden werden. Im Folgenden sollen Finanzmarkt/ Krise und der bürgerliche Staat näher beleuchtet werden.

Finanzkapital, Finanzmarkt und Krise

In einer auf Geldvermehrung ausgerichteten kapitalistischen Gesellschaft herrscht grundsätzlich Geldmangel. Der Geldmarkt, auf dem Geld verliehen wird, ist der einzige Markt mit einer kaum zu befriedigenden Nachfrage. Die Grundform auf diesem Markt ist der Kredit. Ein Kredit, das ist eine verliehene Summe X, wobei der Preis für die Benutzung des Geldes, vom Risiko abhängt das der Kreditgeber eingeht. Dieser erhält dann einen Teil des Profits, der mit dem Geld erzielt werden konnte: den Zins.[19]

Solange sich Gewinne damit erzielen lassen, wird neues Geld zur Verfügung gestellt. Die Grenzen, die durch die verfügbaren Geldmengen gesetzt sind, müssen von den Banken immerzu durchbrochen werden, wenn sie die Nachfrage bedienen beziehungsweise ihre Gewinne steigern wollen. Dies gelingt auf verschiedenen Wegen, aber vor allem durch die Geldschöpfung „aus dem Nichts“. Das ist etwas, was ausschließlich den Banken vorbehalten ist. Schuldscheine, die die Banken für das Geld erhalten, das sie verleihen, werden von ihnen behandelt wie „echtes“ (also staatliches) Geld. Und weil alle Banken das so machen, funktioniert es auch. Die Schuldscheine werden in der Buchhaltung in der Tat als

19 Konsumentenkredite sind hier nicht gemeint. Und natürlich muss der Profit von Lohnabhängigen erarbeitet werden. Siehe oben.

Guthaben und keineswegs als Ausgabe verbucht. Sie alle glauben (!) an den Wert der Schuldscheine. Das ist völlig legal und führt dazu, dass die Einlage auf dem Sparbuch von Liselotte Meyer (z.B. 100 Euro) von der Bank mehrmals verliehen werden kann. Nach jedem Verleihvorgang kommen ein paar Prozent der Grundsumme in die Reserve. Der Rest (vom Schuldschein) kann wieder und wieder verliehen werden[20] Die meisten nehmen an, dass das Geld bereits nach einmaligem Verleihen weg ist. Die 100 Euro von Frau Meyer werden aber zig mal verliehen – aus hundert Euro können so mehrere tausend Euro werden, die ganz real (!) in der Gesellschaft zirkulieren.

Solange die Menschen (sowie Fonds, Unternehmen, Stiftungen etc.) nur einen Teil ihres Konto-Guthabens zum „Einkaufen" benötigen, funktioniert dies reibungslos. Wenn es jedoch zu einem Vertrauensbruch kommt,[21] wollen überdurchschnittlich viele Kontoinhaber ihr Geld vom Markt abziehen: Sie wollen ihre Einlagen, die zig mal verliehen worden sind, zurück haben. Gleichzeitig verlieren die Banken das Vertrauen untereinander. Und auf einmal glaubt (!) niemand mehr an den Wert der Schuldscheine (Wertpapiere). Das ist die Katastrophe, vor der sich alle fürchten. Wenn Banken sich untereinander nichts mehr leihen, werden sie zahlungsunfähig, denn ihre Reserven sind minimal. Keine Bank kann es sich leisten, das Geld im Safe „vergammeln" zu lassen, im Gegenteil. Es ist ja gerade ihr Geschäftsmodell, fremdes Geld an andere zu verleihen. Wenn zu viele Menschen an ihr Geld wollen, gehen Banken pleite. Das Geldsystem droht dann zu kollabieren. Nur der Staat kann das verhindern, indem er den Banken **Liquidität=Vertrauen** (und umgekehrt) schenkt.

Kann man das nicht unterbinden? Nein. Im Kapitalismus ist der Bedarf an Geld riesig. Fast alle Unternehmen haben Schulden. Bei Städten, Kommunen und Staaten sieht es ganz ähnlich aus. Zur Aufrechterhaltung des Tagesgeschäfts braucht es immer neue

20 Der Vorgang ist viel komplizierter als hier dargestellt, aber in diesem Text soll es vor allem um das Prinzipielle gehen.

21 Wie z.B. in der Dotcom-Krise (2000) oder der US-Subprime-Krise (2008).

Kredite. Dass dies jemals anders war und Unternehmen oder Staaten früher nicht abhängig vom Kredit waren, ist ein Mythos. Die kapitalistische Wirtschaft ist mit Krediten geschaffen worden und kann auch nur mit deren Hilfe am Laufen gehalten werden. Da der Bedarf an Geld keine Grenze kennt, darf auch das Angebot keine Grenze haben. Das staatliche Geld würde dafür nie ausreichen. Eine Finanzmarktkrise hat immer Auswirkungen auf Industrie und Gewerbe, hat doch ihr „Kapitalhunger“ respektive Zwang zur Gewinnsteigerung den Finanzmarkt überhaupt erst möglich, bzw. nötig, gemacht. Die Auffassung, es gäbe eine Trennung in „Geldwirtschaft“ und „Realwirtschaft“, hält nur Illusionen über den Kapitalismus aufrecht. Es gibt verschiedene Märkte für verschiedene Produkte, aber nur eine kapitalistische Wirtschaft.

Das staatliche Geld ist natürlich auch „ausgedacht“. Es wird aber durch die Staatsgewalt garantiert, weshalb der Glaube in den Wert der bedruckten Scheine nur in historischen Ausnahmesituationen, wie beispielsweise einem verlorenen Krieg, erschüttert wird. Die Menschen gehen dann zu anderen Währungen (Marx würde sagen: Fetischen) über, an deren Wert sich leichter glauben lässt. Sie glauben dann z.B. an an den Wert von Zigaretten und erheben diese zum Tauschmittel. Die kontinuierliche Geldschöpfung der Banken führt jedoch nicht nur in Ausnahmesituationen zur Krise, sondern in regelmäßigen Wellen. Denn das Vertrauen der Menschen in die Banken und in die Märkte kennt durchaus Grenzen.

Das Vertrauen in Werte ermöglicht auch die Spekulation auf diese. Spekulieren lässt sich auf so ziemlich alles, da im Kapitalismus fast alle Preise mal sinken und mal steigen. Man kann entweder klassisch auf Preissteigerung spekulieren – billig kaufen, später teuer verkaufen – oder mittels „Future-Options“ auf Preisminderung spekulieren, das heißt Wertpapiere für eine Zeit lang ausleihen, teuer verkaufen und später billig zurückkaufen, dem Eigentümer zurückgeben und die Differenz als Gewinn einstreichen. Sobald man Schuldscheinen einen Wert zugesteht, kann man auch auf die Wertveränderung der Schuldscheine spekulieren. Und wenn Kredite mit Krediten finanziert werden, existieren

zwei Schuldscheine die einen Wert haben und wiederum beide als Vermögen gelten, die Geldsumme zirkuliert nun zweimal auf dem Markt. Eine Kreditkette und wieder neues fiktives Kapital sind entstanden.[22] Die Spekulation verstärkt das „eigentliche Problem" jedoch nur – es ist nicht *die*, sondern eine Ursache der Krise. Um so höher das durch Spekulation eingegangene Risiko ist, desto größer wird auch die Gewinnerwartung. Große Gewinnerwartungen führen teilweise dazu, dass Wertpapiere extrem überbewertet werden. Das bedeutet, dass unverhältnismäßig viel Geld in einem Teil des Marktes zirkuliert. Es entsteht eine: Finanzblase. Aber – und das ist der Schlüssel zum Verständnis der Krise – umso höher das Risiko desto höher ist auch die Nervosität der Anleger und es braucht dann nicht viel, um dem Vertrauensverlust Vorschub zu leisten beziehungsweise eine Panik auszulösen, in der dann alle versuchen ihr Papiere zu verkaufen – der Markt bricht zusammen.

Wenn der Vertrauensverlust einen Markt betrifft, der weltweit stark verflochten ist und der über ein großes Finanzvolumen verfügt, dann ist die Kettenreaktion auch entsprechend stark, nicht zuletzt wegen der inzwischen regelmäßig reißenden Kreditketten. 2008 war dies der Markt für US-Immobilienkredite und die Spekulation auf deren Wertveränderung. Der Zusammenbruch eines Marktes führt zur Krise und betrifft dann auch viele andere Märkte. Es kommt zu einer allgemeinen Panik, in der viele ihr Geld vom Markt abziehen. Kredite werden „abgeschrieben", das heißt die Schuldscheine werden wertlos. Fiktives Kapital verschwindet einfach „ins Nichts" – eben dahin, woher es gekommen ist.

Die übriggebliebenen Banken behalten ihr Geld nun für sich und vergeben nur zögerlich Kredite, um nicht selbst zum Pleitefall zu werden. Die Unternehmen, die meist von immer neuen Krediten abhängen, geraten ins Wanken oder gehen ganz unter. Abgehängte Konkurrent_innen machen schnell pleite; alle Übrigen nutzen die Krise, um ihren Betrieb zu rationalisieren, also Menschen zu entlassen und die Löhne zu drücken. In einer Krise haben vorallem Konzerne Probleme, die auch vor der Krise

22 Kreditketten können natürlich auch noch viel länger sein.

schon als angeschlagen galten.[23] Einige linke Theoretiker nennen dies: **Überproduktionskrise** (es wird zu viel produziert), **Unterkonsumtionskrise** (es kann nicht genug konsumiert werden) oder aber **Überakkumulationskrise** (das Kapital kann nicht mehr in ausreichendem Maße wachsen). Welche der drei Krisen-Typen jedoch überwiegt, lässt sich nicht genau feststellen und ist Teil kontroverser Diskussionen.

Doch welche Rolle spielt der Staat in der Krise? Staatliches Handeln versucht in der Krise Vertrauen zu schaffen, indem „frisches" staatliches Geld locker gemacht wird, um so den Kollaps zu verhindern. Durch Investitionsprogramme soll dann auch noch die Rezession, die Phase wirtschaftlichen Abschwungs, verkürzt werden. Aufgrund der gestiegenen Geldmenge kann es auch zur Inflation kommen. Der Staat hat die Situation dann jedoch nicht unter Kontrolle, hat doch die „aus dem Nichts" stattfindende Geldschöpfung des Staates sowie die Zinspolitik der Zentralbanken, mit dem Unsummen „billigen" Geldes auf den Markt gespült werden, zur Folge, dass der Finanzmarkt gestützt und neu aufgepumpt wird. Ein Markt der prinzipiell genauso funktioniert wie vorher. Der Staat hat enorme Neuschulden aufgenommen – ein Vorgang der unweigerlich zur nächsten Krise hinüberleitet: die **Staatsschuldenkrise**[24]. Die gerade geretteten Finanzmärkte beginnen dem „Schuldner" Staat zu misstrauen. Die absolute Abhängigkeit der Produktion vom Kredit, übt hier einen Zwang aus: Soll die kapitalistische Produktion im selben Maße wie bisher aufrecht erhalten werden und sogar für Wachstum sorgen, so bleibt den Staaten keine andere Wahl als zur „Rettung der Banken" beizutragen. Nur so können die Kreditketten aufrecht erhalten und folglich die jeweilige nationale Ökonomie gestützt werden. Gleichzeitig werden die Staaten dabei selbst zum größten Kredit-Abhängigen.
„Nach der Krise" braucht es wieder Wachstum, denn der Zins will bezahlt werden. Anders ausgedrückt: Die Gewinnerwartungen (Spekulationen) sollen sich erfüllen. Kredit-Raten müssen bezahlt werden – und dies gilt auch für den Staat –, die Erwartungen

23 2009 waren dies beispielsweise Karstadt, Quelle und Opel
24 Mehr dazu im Kapitel zum Bürgerlichen Staat, Abschnitt: Einnahmequellen.

der Anleger und Gläubiger müssen irgendwie erfüllt werden, denn davon hängt alles ab. Falls dies nicht gelingt, „fliehen“ die Investor*innen und noch mehr Kapital wird vernichtet. Die Unternehmen gehen pleite. Aber auch Staaten können auf diese Weise zahlungsunfähig werden. Solange jedoch „alle“ erwarten, dass schon irgendwie Wachstum eintreten wird, solange also die Erwartungshaltung konserviert werden kann, funktioniert das Ganze – jedenfalls bis zu nächsten Krise. Leidtragende sind neben den ominösen Steuerzahler*in1, Lohnarbeiter*innen, Erwerbslose, Rentner*innen etc. Das sind alle, die auch ohne Krise den Zumutungen des Kapitals ausgesetzt sind und für die eine solche Krise existenzbedrohend ist. Gleiches gilt für die Länder des Globalen Südens, in denen das massenhafte Hungern und andere Grausamkeiten sich in Krisenzeiten nochmals steigern.

Zusammenfassung

1. Durch die Macht des Privateigentums sind sämtliche materiellen Bedürfnisse erst einmal und ganz grundsätzlich von den Mitteln zu ihrer Befriedigung ausgeschlossen. Was immer jemand genießen möchte oder gar zum nackten Überleben braucht, muss getauscht werden, indem der Preis der Ware mit Geld bezahlt wird. Der Tausch – „Ich gebe dir, wenn du gibst mir“ – findet immer in der Form einer (gewaltfreien) Erpressung statt.

2. Geld ist keineswegs nur neutrales Tausch-Hilfsmittel. Es ist die Voraussetzung für die Teilhabe am Marktgeschehen und damit Bedingung für gesellschaftliche Teilhabe. Es zählt nicht die Bedürftigkeit sondern die Zahlungsfähigkeit: „Hunger ist kein Grund zur Produktion.“ (Max Horkheimer) Nur weil etwas dringend gebraucht wird, rührt in dieser Gesellschaft noch lange niemand einen Finger.

3. Ein_e jede_r Marktteilnehmer_in hat darauf bedacht zu sein, Gewinn zu erwirtschaften: Der Zwang zum Tausch erzeugt das Bedürfnis nach dem Mittel unmittelbarer Austauschbarkeit, welches Geld ist. Der Geldbedarf tritt vor jedes andere Bedürfnis. Wie viel Geld allerdings genug Geld ist, kann nicht bestimmt werden, da Bedürfnisse sich ändern können. Geld kann man also nie genug

haben; das Bedürfnis danach ist maßlos. Der Bedarf nach Geld als Voraussetzung von Produktion und Profit ist ebenfalls grenzenlos, weil des Streben nach Profit grenzenlos ist.

4. Geld ist in der Marktwirtschaft also selbst Zweck der Produktion sowie deren Voraussetzung. Es muss so eingesetzt werden, dass es sich vermehrt. Dazu müssen Geldbesitzende Produktionsmittel (Maschinen und Rohstoffe) und Arbeitskraft auf dem Markt kaufen, Waren mit einem Mehrwert produzieren und dann verkaufen. Geld ist somit nicht nur Zugriffsmacht auf die Produkte fremder Arbeit, sondern in seiner Funktion als Kapital auch Kommandogewalt über Arbeit. Arbeiter_innen sind hierbei die einzigen, die einen Mehrwert produzieren können, aus dem sich der Profit speist.

5. Zum Glück für die Geldbesitzenden/Kapitalist_innen finden diese auf dem Markt eine große Menge Menschen vor, die gerade nichts anderes anzubieten haben als ihre Arbeitskraft, da sie – wiederum durch die Gewalt des Privateigentums – vom Zugriff auf die Produktionsmittel ausgeschlossen sind. Da alles Arbeiten nur unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität, also des Gewinn machen, stattfindet, ist die Reproduktion (die Lebenserhaltung) der Arbeiter_innen abhängig vom Erfolg des sie jeweils beschäftigenden Kapitals und selbst dies nur negativ: geht es dem Unternehmen schlecht, droht Arbeitslosigkeit; floriert dagegen das Geschäft, bedeutet das noch lange nicht rosige Zeiten für die Lohnabhängigen: „Produktiver Lohnarbeiter sein ist kein Glück, sondern Pech.“ Karl Marx

6. Selbst moderner werdende Arbeitsplätze sind nicht zum Nutzen derer, die die Arbeit leisten: Den technischen Fortschritt einzusetzen um die Arbeit zu erleichtern und zu verkürzen ist nicht Sinn der Sache und fällt auch keinem/ keiner Kapitalist*in ein. Die neuen Maschinen sind schlicht und ergreifend einfach kostengünstiger als der Lohn und da der Profit das einzige ist was zählt, werden die Lohnabhängigen zum gegebenen Zeitpunkt einfach mal auf die Straße gesetzt. Bessere „Maschinen“ führen nicht zu mehr Freizeit und Wohlstand sondern zu Erwerbslosigkeit, einer seit Jahrzehnten größer werdenden Schicht von „Abgehängten“ bei anhalten-

dem Druck und Stress für die, die noch lohnarbeiten.

7. Alles gesellschaftliche Handeln ist somit auf die Selbstverwertung des Kapitals, also auf Geldvermehrung ausgerichtet. Die Zwänge die aus dem Warentausch, der Profitorientierung, der Konkurrenz, dem künstlichen Mangel, kurz: aus einer Gesellschaft der freien und gleichen Eigentumskonkurrent*innen erwächst, bestimmen das Leben der Menschen. Die Entscheidungen (der Wille) des Menschen sind durch diese Zwänge bestimmt. Er ist: unfrei.

8. Voraussetzung für die meisten kapitalistischen Unternehmungen ist der Kredit. Er stellt die notwendigen Mengen an Kapital zur Verfügung die große Investitionen ermöglichen. Die daraus abgeleiteten Schuldscheine werden behandelt wie staatliches Geld und erhöhen die Menge an abstraktem Wert, der in der Gesellschaft zirkuliert. Auf diese Weise kann in kurzer Zeit viel Kapital in einen Markt fließen, eine Spekulation auf den Erfolg setzt ein. Die Nervosität der Anleger steigt mit dessen Erfolg. Nur der Glaube der Anleger an den Erfolg des Spekulationsobjektes kann den Wachstumsprozess aufrecht erhalten.

9. In der Krise scheitern kapitalistische Projekte an der Realität, also an den Grenzen kapitalistischer Profisteigerung, das heißt die Spekulationen über einen zukünftigen Gewinn gehen nicht auf. Ein Abwärtsstrudel sich selbst und gegenseitig verstärkender Handlungen der Konkurrent*innen setzt ein. Der Staat versucht auf Kosten der Allgemeinheit den Abschwung zu stoppen. Die LohnarbeiterInnen leiden dann an der einsetzenden Pleitewelle und den Rationalisierungen. Alle Zumutungen des Kapitalismus werden in der Krise verstärkt. Die Krisenhaftigkeit des Systems ist jedoch keine Prognose bzgl. seines Untergangs oder Überlebens, sie ist Bestandteil der Funktionsweise. Die Krisen sollten nicht der Grund für die Kapitalismuskritik sein, sondern die allgemeinen Zumutungen, die immer bestehen und in der Krise nochmal verstärkt werden.

Marco Heinig

Der bürgerliche Staat eine Übersichtsdarstellung

Staatstheorie und Staatskritik sind innerhalb der Linken stets umstritten und Gegenstand vieler Diskussionen. Dies liegt vor allem daran, dass das Staatsverständnis mit darüber entscheidet, welche politischen Strategien sinnvoll erscheinen und welche nicht. Nicht selten wird bei der Analyse des Staates nach Argumenten gesucht, die das eigene politische Vorgehen als richtig untermauern. In diesem Text wollen wir diese Falle soweit wie möglich umgehen. Auch ist dies kein Versuch, eine Staatstheorie zu erfinden oder ein Plädoyer für eine bestimmte Theorie zu halten. Stattdessen soll die vorhergehende Einführung in die Kapitalismuskritik an dieser Stelle durch wichtige (nicht-ökonomische) Kategorien ergänzt werden, die eine umfassende Gesellschaftskritik und Analyse sowie die Diskussion um sinnvolle politische Strategien ermöglichen.

Polemisch bemerkte Marx zum Thema „freie" bürgerliche Gesellschaft im „Kapital":

»*Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und* Bentham[25].

Freiheit! Denn der Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das seine. Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um

25 Jeremy Bentham (1748-1832) war ein englischer Philosoph, der eine auf dem Nützlichkeitsprinzip gründende Ethik (Utilitarismus) vertrat. Darin wird der Mensch als Wesen definiert, das seinen größtmöglichen Nutzen anstrebt (homo oeconimcus).

sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes.«[26]

Eine solche „freie" bürgerliche Gesellschaft funktioniert nicht von selbst. Es braucht eine „neutrale" **Gewalt,** die diese Verhältnisse juristisch einrichtet, mit Gewalt durchsetzt, deren Fortbestand fördert und die Zustimmung zu ihr organisiert. Viele abstrakte Gegenstände müssen überhaupt erst geschaffen oder ermöglicht werden. Jedes Verhältnis im Kapitalismus ist am Ende auch ein juristisches – Dinge wie: Eigentum, Geld, Markt, Vertrag, usw. Ohne den Staat kann es diese (Rechts-)Verhältnisse gar nicht in der Form geben, da sie in einer Konkurrenzgesellschaft mit Gewalt abgesichert werden müssen. Sie müssen von einer Instanz garantiert werden, die über den Einzelinteressen der „Konkurrent*innen" steht. Dies ist der Staat.

Es gibt keine Definition für den Staat die von allen geteilt wird – in diesem Text meint Staat jedoch eine gesellschaftliche Sphäre in der ein Zusammenspiel aus: Politik, Verwaltung, Gesetzen, Wohlfahrt und Gewalt eine komplizierte Herrschaftsstruktur bildet die vom sehr direkt wirkenden Knast bis zum sehr indirekt wirkenden Volkshochschulkurs reicht. Hierbei ist wichtig, dass mit kapitalistischen und staatlichen Zwängen allein noch keine stabile Gesellschaft zu haben wäre – es bedarf der aktiven Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung also auch der Ausgebeuteten. Diese muss immer wieder über Kompromisse und Ideologie hergestellt werden. Dieser Kampf um Hegemonie innerhalb der Zivilgesellschaft und der Politik kann hier jedoch nur am Rande dargestellt werden.[27]

Der ideele Gesamtkaptialist

Der Staat beansprucht das Monopol auf Gewalt, das Monopol

26 Kapital I, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 23, S. 189 f.

27 Einführend zu diesem Thema: Alex Demirovi**:** *Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft- Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci*, in: Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden 2007, S. 21-41

darauf, Konflikte mit Gewalt zu beenden beziehungsweise zu unterbinden. Wer dieses verletzt muss mit harten Strafen rechnen, der Staat verteidigt sein Gewaltmonopol mit allen Mitteln – denn dieses ist eine der Grundlagen seiner Macht. Das geschieht nicht, wie oft behauptet wird, damit die Menschen davon abgehalten werden, ihrem „angeborenen Drang“ nachzugehen, sich „gegenseitig umzubringen“[28], sondern um einen einheitlichen, nach den selben Gesetzen und Maßstäben funktionierenden Machtbereich zu schaffen.

Die privaten Konkurrent*innen, also letztlich alle Bürger*innen, sind bei „Strafe ihres eigenen Unterganges“ nur auf ihr eigenes Wohl verwiesen.[29] Zwar sind Bündnisse, Koalitionen, Solidarität und ähnliches für Menschen in der Konkurrenzgesellschaft möglich, jedoch allgemein Gültiges was dem Markt dient, wie zum Beispiel Geld könnten sie nicht einrichten. Das allgemeine Interesse würde früher oder später dem Eigeninteresse geopfert werden. Für das Funktionieren einer kapitalistischen Gesellschaft braucht es jedoch eine ganze Menge **Allgemeingüter** und **allgemein Gültiges** und diese richtet der Staat ein. Ob nun Konkretes wie Straßen oder Abstraktes wie Bankgesetze. So findet der „Siegeszug“ des bürgerlichen Gesetzbuches in Kombination mit der Herausbildung moderner Staaten nicht zufällig in der gleichen Epoche statt, in der auch der Kapitalismus seinen Siegeszug antrat.

Konkurrent_innen können sich auch kaputt konkurrieren oder die ökonomischen Grundlagen für sich selbst und Andere zerstören. Im Mittelalter gab es deshalb unter anderem ein repressives Zunftwesen[30], das der Konkurrenz einen Riegel vorschob. „Freier Markt und freier Wettbewerb“ braucht auch heute noch ein komplexes System, um dem vielfältigen „kaputt-konkurrieren“ zumindest Grenzen zu setzen. So soll ein soziales Netz verhindern, dass die

28 Der sog. Naturzustand, von Thomas Hobbes und allen nachfolgenden Anhängern der bürgerlichen Gesellschaft konstruiert, um zu beweisen, was sich nicht beweisen lässt: die Notwendigkeit einer Staatsgewalt.

29 Siehe das Kapitel „Kapitalismuskritik – eine Einführung“ in diesem Handbuch.

30 Preis- und Mengenabsprachen, Begrenzung des Produzenten und der Produktion u.a.

Lohnabhängigen ohne Einkommen physisch verwahrlosen. Umweltschutzrichtlinien schützen die natürlichen Gegebenheiten vor völliger Zerstörung, Arbeitsschutzbestimmungen verhindern, dass die Arbeitskraft zu schnell „verbraucht“ wird usw. (die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen). Der Staat verhindert also, dass das Konkurrenzverhältnis, in welches er alle seine Bürger_innen zwingt, nicht seine volle zerstörerische Kraft entfalten kann. „Er“ weiß also um die negativen Auswirkungen kapitalistischen Wirtschaftens, sonst würden sich nicht ganze Staatsabteilungen mit dem Schutz der Marktteilnehmer*innen beschäftigen.

Außerdem ist der Staat dafür verantwortlich, die Grundlagen der Produktion zu schaffen beziehungsweise zu erhalten: Vertragsfreiheit, Schutz des Eigentums, Geld und Währungsstabilität, Bildung und Ausbildung von Arbeitskräften, Infrastruktur: Verkehrswege, Strom, Kommunikationsnetze etc. Die meisten staatlichen Einrichtungen nützen auch den Lohnarbeiter*innen und werden nicht selten von diesen erkämpft. Soziale Einrichtungen gelten als Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung und werden auch von diesen verteidigt. Auch das auf Gewaltenteilung beruhende Rechtssystem und die bürgerlichen Freiheiten sind ein großer Fortschritt zur despotischen Willkür im Mittelalter.[31] All dies zusammen genommen weckt bei Vielen den Gedanken, der Staat sei „Träger der Vernunft“[32] oder einfach neutraler Austragungsort gesellschaftlicher Kämpfe und Konflikte. Daraus folgt für die Einen: man kann in dieser Gesellschaft etwas erreichen und verändern, wenn mensch nur stark genug ist und die besseren Argumente hat (**Reformismus**). Anderen erscheint staatliches Handeln jedoch als eines, dass gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen gerichtet ist. Denn: Regierung und Kapital arbeiten Hand in Hand. Sie führen Kriege um Rohstoffe, untergraben die sozialen Sicherungssysteme und bauen mühsam erkämpfte Freiheitsrechte ab. Regt

31 Diese werden in Bedrohungssituationen jedoch sofort auf dem Altar der nationalen Sicherheit geopfert. Beispiele: Antiterrorgesetze, Notstandsgesetze etc. Auf die bürgerlichen Freiheiten sollte man sich nicht allzu sehr verlassen.

32 Vgl. G.W.F. Hegel: *Grundlinien der Philosophie des Rechts. Naturrecht und Staatswissenschaft*, Herausgegeben und eingeleitet von Helmut Reichelt, Frankfurt am Main 1972

sich dagegen Widerstand, wird gegen die Demonstrant*innen notfalls auch geknüppelt. Der Staat erscheint vielen dann als Instrument der Herrschenden, als Werkzeug des Kapitals. Ein Werkzeug, das die Arbeiter*innen an sich reißen müssten, um den Sozialismus aufzubauen (**klassische Revolution**).

Der Staat ist jedoch weder neutraler Austragungsort von Kämpfen, noch bloßes Instrument einer herrschenden Klasse. Der Staat ist die historisch gewachsene Organisationsform bürgerlicher Herrschaft. Staat und Wirtschaft befinden sich in gegenseitiger Abhängigkeit. Sie bilden eine gemeinsame Formation. Der Staat ist kein eigenständiger Akteur und auch kein bloßes Werkzeug. Er ist eine Herrschaftsstruktur, die Zwecken unterworfen ist und Ziele verfolgt. Alle Ziele und Zwecke sind jedoch einem obersten Ziel untergeordnet: **Machterhalt** und Machtausdehnung. Dieses Ziel muss vom Staat verfolgt werden, anderenfalls droht: Auflösung, Zerfall oder Übernahme durch einen anderen Staat. Dieses Ziel ergibt sich aus der zwischenstaatlichen Konkurrenz und der Konkurrenz, in der sich die Kräfte innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft befinden. Dieser „Selbsterhalt" im Kontext internationaler Konkurrenz, ist die Grundlage zum Verständnis der meisten staatlichen Handlungen.[33]

Der Staat und seine Einkommensquellen

Um das vielfältige staatliche Handeln zu finanzieren, werden über **Steuern und Abgaben** Mittel aus dem Wirtschaftskreislauf abgeschöpft, die für die jeweilige Politik, die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Ausweitung der Macht nach Innen und Außen benötigt werden. Dafür ist jedoch auch eine ständig wachsende und erfolgreiche Wirtschaft nötig, eine florierende kapitalistische Nationalökonomie erfüllt dieses Erfordernis. Kapitalistisches Wirtschaftswachstum wird so zur Grundlage des nationalen Erfolgs, also zur Bedingung des obersten Staatsziels. Staatsräson[34], Machtausdehnung und Wirtschaftswachstum bilden die Formati-

33 „Wir brauchen einen Niedriglohnsektor, um mit China mithalten zu können.", „Wir müssen Familien fördern, damit wir nicht aussterben." etc.

34 Selbstbehauptung des Staates um jeden Preis.

on, der alles Handeln unterworfen wird und zwischen denen bei jeder politischen Entscheidung abgewogen werden muss.

Die Politik befindet sich so in einem permanenten Dilemma, denn Förderung und Schutz der Wirtschaft sowie die umfangreiche Infrastruktur, die für die Kapitalverwertung zur Verfügung gestellt werden, kosten Geld. Geld, das der freien Wirtschaft entzogen werden muss und folglich das Wirtschaftswachstum behindert. Hieraus folgen die meisten Zwänge, unter denen derzeit Politik stattfindet. Der bürgerliche Staat will mittels einer starken, wachsenden Wirtschaft seine Politik finanzieren, kann jedoch nicht zu viel abschöpfen, da die Wirtschaft sonst nicht mehr im ausreichenden Maße wächst oder gar schrumpft. Aus diesem Dilemma entzieht sich der Staat zumindest vorübergehend mittels **Staatsschulden**. Solange die Wirtschaft einer Nation stetig wächst, wird dieser Staat keine Probleme haben, immer neues Geld zu leihen. Ein Staat kann nur dann „Pleite“ gehen, wenn andere Nationalstaaten und deren Banken kein Vertrauen mehr darin haben, dass die Zinsen bezahlt werden können. Ein Beispiel dafür wäre die Staatskrise in Griechenland seit 2010. Dass die Grundsumme der enormen Staatsschulden, die alle Industriestaaten haben, jemals zurückbezahlt wird, ist jedoch nicht möglich und auch keineswegs beabsichtigt. Solange jedoch die Zinsen bedient werden, stört dies niemanden. Schließlich sind Staatsschuldscheine genauso gut und sogar begehrter als Geld. Denn sie lassen sich jederzeit gegen Geld umtauschen und werfen zudem noch einen verhältnismäßig sicheren Zins ab.

Wenn die Staatsschulden jedoch die Währungsstabilität gefährden oder im herrschenden Diskurs als zu hoch erachtet werden – letzteres ist fast immer der Fall – werden diese zur Begründung genutzt, um Sparmaßnahmen, soziale Einschnitte oder die Privatisierung öffentlicher Güter zu begründen. Da im Alltagsverständnis Schulden in den Ruin führen können, wird diese Begründung meist akzeptiert. Und die Betroffenen lassen die Kürzungen über sich ergehen. Auf diese Weise profitieren die Kapitalbesitzer*innen nicht nur von staatlichen Einrichtungen,

sondern auch von den Schulden, mit denen diese bezahlt werden – und das auf doppelte Weise. Ein Beispiel: Die Rettungspakete der Staaten zur Finanzkrise 2008 retteten nicht nur die Banken, sondern auch das dort angelegte Kapital – Vermögen also, welches, als es wieder „flüssig" war, massenhaft in Staatsanleihen angelegt wurde; Staatsanleihen ergo Schulden des Staates schließlich, mit denen er die Rettungspakete finanzierte. Nun verdienen Vermögende an den Staatsschulden, mit denen auch ihr Vermögen gerettet wurde und gleichzeitig werden mit den Schulden neue soziale Schweinereien begründet. Schulden werden so in zweifacher Hinsicht zur Einkommensquelle: Zum Einen für den Inhaber der Staatsanleihen, der den Zins erhält, zum Anderen für den Staat, denn dieser hofft mit Investitionen ein Wirtschaftswachstum zu befördern, welche seine Steuereinnahmen erhöht.

Der Staat und seine „Wohltaten"

Der Staat braucht die Wirtschaft und diese braucht ebenso den Staat: zB. zum Schutz vor Konkurrent*innen und den eigenen Arbeiter*innen, zur Förderung mit Subventionen, Forschung u.ä. sowie als Garant der Grundlagen der Produktion (Geld, ausgebildete Arbeitskräfte, Infrastruktur etc.) Als ideeller Gesamtkapitalist[35] sorgt er für die Rahmenbedingungen, unter denen Kapitalismus stattfinden kann. Im Detail sehen diese historisch und geographisch sehr unterschiedlich aus. Stete Diskussionen[36] und Kämpfe um die jeweils optimalen ökonomischen Bedingungen, geben dem Kapitalismus sehr verschiedene Gesichter.

Zugeständnisse im Sozialen, beim Umwelt- und Verbraucherschutz oder ähnlichem müssen dem Staatswesen jedoch mühsam abgerungen, häufig „auf der Straße" erkämpft werden. Der Staat ergreift nicht von sich aus die Initiative und beschließt alle

35 Vgl. Friedrich Engels: *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 20, S. 9f. („Anti-Düring")

36 Eine bekannte Diskussion ist die Folgende: Weniger Steuern = mehr Wachstum konträr zu: Mehr Löhne und Sozialstaat = mehr Konsum = mehr Wachstum. Wachstum steht synonym für viele Dinge: Kapitalismus, Wohlstand, Arbeitsplätze oder „Alles-wird-gut". Es gilt als eine Art bürgerlicher Generalschlüssel, mit dem die meisten Probleme gelöst werden sollen.

möglichen sinnvollen Gesetze und Investitionen, nur weil sie dem großen Ganzen, demnach auch dem kapitalistischen System zum besseren Funktionieren verhelfen.[37] Es gibt immer Kräfte, für die solche Maßnahmen, also Grenzen die dem „Kaputt-konkurrieren" gesetzt werden, finanzielle Verluste bedeuten. Umso größer die finanziellen Einbußen und der politische Einfluss einer Gruppe ist, desto mehr Druck von der Straße ist notwendig um eine politische Veränderung zu erreichen. Darüber entscheidet letztlich die stärkere Kraft, der Staat erscheint hier „als eine materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen"[38]. Der Staat und seine Akteure befinden sich hier im Spagat zwischen maximalem Wachstum heute und den Bedingungen für Wachstum in Zukunft. Ein Beispiel: Das Festhalten an fossilen Brennstoffen in vielen Bereichen sorgt für maximales Wachstum heute, verringert jedoch die zukünftigen Wachstumschancen, wenn die fossilen Ressourcen zu teuer geworden sind. Auch im sozialen Bereich geht es im Wesentlichen um einen Balanceakt zwischen Sparmaßnahmen heute und sozialem Frieden in Zukunft. Soziale, ökologische, emanzipatorische oder freiheitliche Errungenschaften nützen häufig der Stabilität des kapitalistischen Ganzen. Dies ist jedoch kein Argument gegen sie, denn sie können auch zur Vorbedingung für die Überwindung systemischer Zumutungen werden und sind meist schon aus sich heraus erstrebenswert.

Alles was wir am Kapitalismus kritisieren, kann weder vernünftig gedacht, richtig verstanden, grundlegend kritisiert oder bekämpft werden, wenn der Staat nicht in Analyse und Praxis miteinbezogen wird. Ein bürgerlicher Staat ist ein Herrschaftssystem mit Gewaltapparat, Wohlfahrtsleistungen und Rechtssystem. In ihm werden Freiheiten und Verbote, Rechte und Pflichten, Staatsbürger_innen und Nicht-Staatsbürger_innen definiert. Er ist ein Machtbereich, in dem Kapitalismus möglich wird. Ein Herrschaftssystem sollte we-

37 Darüber wundern sich auch alle möglichen Initiativen, die stets beteuern, ihre politischen Vorschläge würden am Ende auch der Wirtschaft nützen, wie beispielsweise erneuerbare Energien, kleinere Schulklassen oder kostenloser ÖPNV.

38 Vgl. Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg 2002

der Hoffnungsträger noch Werkzeug sein. Es ist schlicht die Sphäre an der all unsere Überlegunen und Handlungen ausgerichtet werden müssen. Das einizge was uns bleibt, ist stetig Möglichkeiten für eine Überwindung von Herrschaft und Ausbeutung zu suchen und bestehende Rechte und Freiheiten zu verteidigen.

Der Staat nach Außen

Ein Staatswesen ist stets um die Ausweitung des eigenen Einflusses und die Stärkung der eigenen Einkommensquellen (nationale Wirtschaft) bemüht. Dies geschieht folgerichtig gegen die Interessen anderer Staaten. Um diese Ziele zu erreichen, werden internationale Zweckbündnisse gebildet, wie es die EU oder die NATO sind. Innerhalb dieser Bündnisse und Unionen wird die zwischenstaatliche Konkurrenz nicht aufgehoben, sondern findet andere Ausdrucksmittel. Die Ausweitung der eigenen Macht in der Welt, bedient sich vielfältiger Mittel, dazu zählen nicht nur die Zweckbündnisse und internationalen Organisationen, auch der gesteuerte Kapitalexport (Auslandskredite), Handelsabkommen, die Förderung der „eigenen Kultur“ im Ausland[39], die Förderung kirchlicher Missionierung, „Entwicklungshilfe“ in Form von Zuwendungen an andere Regierungen, ein diplomatischer Dienst, Auslandsgeheimdienste usw.

Als teuerstes und deshalb „letztes Mittel“ dient der Angriffskrieg. Dieser ist kein Ergebnis von Krisen oder wirtschaftlicher Knappheit. Krieg kommt ebenso in Zeiten vor, in denen die Wirtschaft gedeiht. Gleichsam führen viele Länder keinen Krieg, obwohl es ihnen wirtschaftlich sehr schlecht geht. Krieg ist ein politisches Mittel, das aus den verschiedensten Gründen angewandt wird, und kann nicht mit einem einzigen Erklärungsmodell verstanden werden.

Breite Zustimmung durch „das Volk“

Alles staatliche Handeln geschieht in der Regel mit Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit, aus deren Mitte die Akteur*innen

39 Für die Bundesrepublik Deutschland macht dies u.a. das Goethe-Institut.

des Staates hervorgehen, seien es Politiker*innen, Beamte, Polizist*innen, Lehrer*innen, Psychiater*innen u.a.m. Das „Mitmachen“ kann ganz unterschiedliche Beweggründe haben: vom Wunsch etwas Gutes zu bewirken über den sichereren Arbeitsplatz bis hin zu schlichtem Machthunger. Die Zustimmung zu Staat und Nation speist sich aus allem, was der Staat macht und was von den Menschen als nützlich angesehen wird. Für nützlich halten die meisten Menschen: das Bildungssystem, Polizei, Gesundheitssystem, Militär, Wahlen etc. Das ist damit zu erklären, dass diese Dinge innerhalb eines Konkurrenzsystems, in dem sich einzelne „Gewinn-Maximierer“ und ganze Nationen gegenüberstehen, ja auch ihren nachweisbaren Nutzen haben. Einiges ist, nicht zuletzt durch die Arbeiter*innenbewegung, selbst erkämpft worden. Und trotzdem beinhaltet jede staatliche Einrichtung sowohl das Element der Herrschaft über die Menschen als auch eine direkte oder indirekte Nützlichkeit für die Kapitalvermehrung. Einige Beispiele:

– Ein kostenloses Bildungssystem nützt allen Menschen und gleichzeitig erzieht es Untertanen, lehrt Konkurrenz, und produziert Arbeitskräfte.

– Ein öffentliches Gesundheitssystem nützt allen Menschen und gleichzeitig dient es auch der psychiatrischen Ruhigstel-

Das 54m hohe Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald verkörpert anschaulich viele Aspekte des deutschen Nationalismus.

lung und der Wiederherstellung der Arbeitskraft.

– Die Polizei schützt vor der Wiederholung von Gewaltverbrechen durch den selben Täter[40] und gleichzeitig dient sie der Ruhigstellung von „Querulant*innen“, Disziplinierung, Überwachung, Durchsetzung von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen – sowie der Überwachung, Aufstandsbekämpfung und nicht zuletzt: dem Schutz des Eigentums.

Als derart zwiespältig erweist sich der bürgerliche Staat auf jeder Ebene. Die Kritiker*innen der gegenwärtigen Zustände müssen sich fragen, ob sie staatliche Einrichtungen1 erkämpfen/ bewahren oder kritisieren/ bekämpfen sollen. Sie werden sich auch weiterhin in diesem Feld von Fragen bewegen müssen; es wird keinen vernünftigen pauschalen Ansatz geben können, wie Antikapitalist*innen und Kritiker*innen bürgerlicher Herrschaft in jeder historischen Situation mit jeder staatlichen Einrichtung umgehen sollten. Dies wird immer von den Möglichkeiten der Veränderung hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaft abhängen. Wichtig ist jedoch, sich stets über die Funktionen und Funktionsweise des Staates klar zu werden.

Die Zustimmung zu staatlichen Handlungen erwächst jedoch nicht allein aus einer „Einsicht in die Notwendigkeit“ – für vieles braucht es eine gehörige Portion Ideologie, diese liefert der Nationalismus/Patriotismus.

Die Nation

Ein Staat, sein Herrschaftsgebiet und die darin lebenden Menschen bilden die Nation, die zuallererst eine Idee ist, also eine ideologische Konstruktion darstellt – eine Art gedanklicher Überbau, unter dem Dinge wie: Staat, Staatsgebiet und Bevölkerung eine gemeinsame Formation bilden sollen. Die Nation ist stets das Resultat heißer und kalter Kriege. Auch in Friedenszeiten stehen Nationen in Konkurrenz zueinander, um alles, was den erklärten Zielen der Nation nützlich ist: Land, Rohstoffe, Einfluss, Kapital,

40 Vorausgesetzt, der Täter sitzt im Gefängnis.

technologisches Wissen etc. Der Staat ist bestrebt, die kulturell und sozial stark unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen hinter sich zu vereinen. Der Idee der Nation (lat. natio, „Geburt, Herkunft, Volk“) ist dabei eine große Hilfe, sie soll zusammenschweißen was sonst nur wenig gemeinsam hat. Wohlhabende und arme Bevölkerungsgruppen werden unter einer Ideologie vereint, obwohl ihre Interessen gegeneinander gerichtet sind (Mehr Lohn ‹› Mehr Profit) Die Bevölkerung soll sich als ein „Volk“ verstehen und „ihr Land“, also „ihren Staat“, verteidigen.

Die Propaganda macht deutlich: „eine Nation – ein Schicksal“ die Menschen sollen sich als Schicksalsgemeinschaft begreifen – in Konkurrenz zu anderen „Nationen“. Ein durch kalte und heiße Kriege geschaffenes Herrschaftsgebiet, mit lauter untereinander konkurrierenden Menschen, versprüht nicht den Charme einer glorreichen Schicksalsgemeinschaft. Aus diesem Grund braucht eine Nation Gründungsmythen, die beweisen sollen, dass man schon seit Jahrhunderten gemeinsam gegen den äußeren und inneren Feind zusammensteht. Beispiele dafür sind: „König Artus und die Ritter der Tafelrunde“ (England), „Boston Tea Party“ (USA), „Die Schlacht am Teutoburger Wald“ (Deutschland) u.v.a. Mit Hilfe überzeichneter historischer Ereignisse und Herkunftslegenden soll die dreiste Behauptung: „Wir sind ein Volk“ untermauert werden. Aus einer Schicksalsgemeinschaft kann man nicht austreten („Es geht um den Standort Deutschland.“ „Wir sitzen alle im einem Boot.“ „Das Boot ist voll.“), sonst wäre es ja kein „Schicksal“. Eine Schicksalsgemeinschaft muss man annehmen und verteidigen, sonst wird man unweigerlich mit ihr zusammen untergehen. Dies ist der nationale Grundgedanke. Überhaupt wird die Nation für die meisten Menschen erst dann greifbar, wenn es einen äußeren und inneren Feind gibt, der diese angeblich bedroht.

Hinzukommen allerlei Symbole, die mit viel Aufwand, immer wieder in Ritualen mit Emotionen aufgeladen werden: Fahne, Hymne, Denkmäler, Wappen, Jahrestage bestimmter Ereignisse. Das Ganze musste in den Anfängen jeder Nation erst mit viel Aufwand in die Kultur integriert werden. Nicht selten musste vielen Bevölke-

rungsgruppen in neu gegründeten Nationen erst „beigebracht“ werden, dass sie jetzt zu dieser oder jener Nation gehören, und häufig war dies ein blutiger Unterricht. Wer sich jedoch zu seiner Nation bekennt, kann sich auch leichter in ihr „bewegen“. Kaum jemandem wird mehr misstraut als demjenigen, der seine Nation ablehnt, schließlich hätte man dieser „alles zu verdanken“: Wohlfahrt, Freiheitsrechte etc. Dass diese Dinge häufig von Menschen erkämpft wurden und nicht einfach von der Nation „bereitgestellt“ werden, wird nicht mehr wahrgenommen.

Nicht zufällig ist die Entstehung der Nation mit dem Aufkommen der repräsentativen Demokratie verknüpft. Die Teilhabe des Bürgertums an der politischen Macht und die Identifikation mit der Nation gehen dabei Hand in Hand. Hierbei stehen die Wahlen nicht alleine – ein komplexes System der politischen und kulturellen Teilhabe wohnt den meisten bürgerlichen Staaten inne. Es geht dabei nicht nur um bloße politische Partizipation, sondern ebenso um aktive Unterstützung der Nation: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst.“ (John F. Kennedy). Das alles wird nicht dem Zufall überlassen. Der Erziehung zur/zum patriotischen Staatsbürger*in widmen sich ganze Apparate. Dabei ist es der deutschen Geschichte geschuldet, dass dies in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich dezenter durchgeführt wird als in anderen Ländern. Nichtsdestotrotz lassen sich auch hierzulande alle typischen Elemente antreffen: direkte Erziehung zur/zum Staatsbürger*in durch öffentliche Medien und Bildungssystem; indirekt durch Kirche, (patriotische) Vereine, Leistungssport (internationale Wettkämpfe), Kultureinrichtungen etc. Nochmal gesondert zu nennen ist hier die Fussball EM/WM. Kein anderes Ereignis der letzten jahrzehnte konnte die Deutschlandfahne mit derart viel positiven Emotionen aufladen und wieder Salonfähig machen.

Die Freiheitsrechte, die den Menschen in vielen bürgerlichen Staaten zur gewährt werden sollen möglichst im Sinne der Nation verwendet werden. Nun bringt die zwischenstaatliche Konkurrenz eine Situation hervor, in der dies den meisten Men-

schen auch einleuchtet. Wenn man wählen geht, wählt die/der Durchschnittsbürger*in „eine Politik für den Standort Deutschland“ oder auch das Malträtieren der eigenen Kinder in immer leistungsintensiveren Bildungsanstalten wird jubelnd herbeigesehnt, angesichts der gefürchteten Konkurrenz aus Asien.

Die Staatsbürger*innen

Die Staatsbürger*innen dienen als: Arbeiter*innen und Konsument*innen, als Soldat*innen und Untertanen. Ersteres erledigt sich durch die Zwänge des Kapitalismus (man ist gezwungen zu arbeiten, einzukaufen etc.). Für letzteres wird über die Erziehung zu Staatsbürger*innen mittels Schule, Medien und Patriotismus Sorge getragen. Auch Kapitalist*innen übernehmen hier „Verantwortung“, wie die von deutschen Großunternehmen finanzierte Kampagne „Du bist Deutschland“ eindrucksvoll zeigte. Für den nötigen Nachwuchs wird ebenfalls gesorgt: Familienpolitik und die Privilegierung der heterosexuellen Ehe sollen für ausreichend zukünftige Staatsbürger*innen sorgen. Die bürgerliche Kleinfamilie wird tatsächlich als die „kleinste Zelle“ des Staates betrachtet, dessen Schutz auch der Schutz des eigenen Fortbestehens bedeutet.[41]

Staatsbürger*innen werden als Lohnarbeiter*in, Konsument*in, Soldat*in - schlicht als Untertanen benötigt und zu solchen von Kindesbeinen an erzogen. Demokratie, Hightech-Kapitalismus und moderne Kommunikationsgesellschaft verlangen nach gut ausgebildeten, selbstständigen und flexiblen Staatsbürger*innen. Darin wird vieles investiert. Das Untertanendasein zeigt sich in modernen bürgerlichen Gesellschaften nicht mehr offen, sondern indirekt über eine Art „Sonntags-Patriotismus“[42], viele verschie-

41 Sie erfüllt: Reproduktions-, Erziehungs-, wirtschaftliche, und soziale Funktionen.

42 Der Sonntags-Patriotismus zeigt sich beim Fußball schauen, beim Sammeln von Unterschriften gegen einen Moscheen-Neubau, dabei, den Präsidenten toll, die Regierung aber scheiße zu finden, die Nationalhymne selten selbst zu singen, aber gerührt zu sein, wenn sie gespielt wird. Dies alles sind Symptome eines modernen Patriotismus/ Nationalismus. Die Konstante besteht darin, dass – wie bei früheren Nationalismen –, der positive Bezug vom persönlichem Schicksal

dene Formen von Selbstdisziplinierung, Staatshörigkeit und einer ausgeprägten Rechtsgläubigkeit, welche in Sätzen wie „So steht es eben im Gesetz“ zum Ausdruck kommt.

Nationale Urteile der Bürger*innen können sich auch gegen den demokratischen Staat richten. Das läuft dann auf folgende Feststellung hinaus: „Die Nation wird zugrunde gerichtet von: Demokraten, Ausländern, anderen Nationen, Schmarotzern etc.“; „Das derzeitige politische System zerstört Volk und Nation“. Diese Form von Nationalismus, die zumeist in faschistischen Bestrebungen mündet, wird meist nicht toleriert. Nicht selten wird sie bekämpft, da sie den gegenwärtigen Staatszielen widerspricht: internationale Bündnisse, ausländische Fachkräfte, repräsentative Demokratie etc. Unter bestimmten Umständen können faschistische Bestrebungen jedoch in das Staatsziel integriert werden. Dies passiert immer dann, wenn relevante Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft eine faschistische Führung des Staates für notwendig halten, beispielsweise sobald es gilt, eine vermeintliche innere Bedrohung abzuwehren.[43]

Wer Bürger*in ist und wer nicht, entscheidet sich schlicht an der Grenze des Machtbereiches des Staates. Alle, die sich außerhalb dessen befinden sind „Ausländer“. Den Angehörigen einer konkurrierenden Nation misstraut der Staat grundsätzlich, weshalb Migrant*innen auch (vorerst) keine Staatsbürger*innen sind. Wollen diese Staatsbürger*innen werden, müssen sie auf vielfältige Weise unter Beweis stellen, dass sie nun dem neuen Nationalstaat „treu und nützlich“ sind. Dies geschieht durch Einbürgerungstests, Ausbildungsnachweise, Belege von Sprachkenntnissen und im Rahmen von Asylverfahren. Sie müssen sich als 200prozentige Staatsbürger*innen beweisen. Selbst in der dritten und vierten Generation steht man ihnen noch misstrauisch gegenüber. Schließlich könnten sie dem Herkunftsland ihrer Eltern oder Großeltern auch weiterhin treu sein und sich nur hier „bei uns“ aufhalten, um

abgekoppelt ist, sich also nicht danach richtet, was der Staat tatsächlich für den Staatsbürger konkret getan hat beziehungsweise ihm täglich antut.

43 Vgl. Robert Paxton, Anatomie des Faschismus, München 2004.

das hiesige Staatswesen zu „untergraben“ (Islamismus, Spionage etc.). Hinzukommt, dass zwischen „nützlichen“ und „schädlichen“ „Ausländern“ unterschieden wird (Beispiel: indische Programmierer versus afrikanische Flüchtlinge). In Extremsituationen wurden ehemalige Angehörige einer feindlichen Nation sogar unter Generalverdacht gestellt und interniert, um den Staat vor ihnen zu schützen.[44] Die Staatsbürger*innen, denen kein Migrationshintergrund zugeordnet wird, werden erst dann als staatsfeindlich oder -schädlich angesehen, wenn sie den Staat oder eine seiner Grundlagen bekämpfen. Zu ihrer Überwachung werden Inlandsgeheimdienste wie der Verfassungsschutz verwendet.

Paradoxerweise sind die verarmten Staatsbürger*innen[45], die am wenigsten von „der Nation“ zu erwarten haben, häufig die enthusiastischsten Nationalist*innen. Schließlich kann über den Nationalismus die Schuld für die eigene Situation bei einer anderen Nation oder Menschen anderer Herkunft gesucht werden. Hier zeigt sich eine wichtige Funktion des Patriotismus/ Nationalismus. In der Situation, in der der Einzelne nicht erfolgreich ist, kann er sich trotzdem seiner erfolgreichen Nation verbunden fühlen und sein Selbstwertgefühl auf diese Weise erhöhen. Dies erklärt, warum sich mit „Siegen“ im Ausland, soziale Konflikte im Inland besänftigen lassen. Die wirksamste Gegenbewegung für derartige Ideologien ist eine aktive Solidarität, die sich weder von nationalen Grenzen noch von unterschiedlichen Lebensentwürfen aufhalten lässt. Die Selbstachtung, die im aktiven und solidarischen Kampf erwächst, kann die Verlockungen des Nationalismus überwinden.

Ausblick

In naher Zukunft werden die sicheren Arbeitsplätze der Nachkriegszeit fast vollständig verschwunden sein. Immer mehr Arbeiten können von Maschinen, Robotern und letztlich künstlichen Intelligenzen erledigt werden. Die Menschheit wird in einem

44 Beispiele: Internierung deutscher Kommunist_innen in den 1940er Jahren in Russland; Internierung von Amerikaner_innen japanischer Herkunft in den 1940er Jahren in den USA.

45 Oder von Verarmung bedrohte Menschen aus der „Mittelschicht“.

Maße produktiv sein, dass ein gutes Leben für alle ohne größere Anstrengung möglich wäre. Doch der Kapitalismus und sein bürgerlicher Staat bilden eine Gesellschaft, in der Fortschritt nicht zu mehr Freizeit und Freiheit führen sondern zu Erwerbslosigkeit und Mangel. Im globalen Maßstab auch zu Flucht, Elend und Krieg. Der neoliberalismus der vergangenen Jahrzehnte (z.B. Agenda 2010) war auch der Versuch möglichst viele Menschen in (schlechten) Arbeitsverhältnissen zu halten um keine grundsätzlichen, systemischen Anpassungen vornehmen zu müssen. Die digitale Revolution überrollt derzeit die alten Systeme des Industriekapitalismus in einem Ausmaß, wie es nur wenige begreifen. Die digitalen Systeme könnten bereits jetzt die Infrastruktur einer besseren Gesellschaft bilden. Stattdessen entwickeln sie sich im Kapitalismus zum Instrument subtiler und vollständiger Kontrolle. Wie genau eine Gesellschaft aussehen könnte, in der alle einfachen und unangehmen Arbeiten von Maschienen erledigt werden, ist die Frage, die die Linke dringend beantworten muss. Die einfachen Losungen der 70er Jahre „Löhne rauf, Arbeitszeit runter“ reichen längst nicht mehr aus um Menschen zu inspirieren, geschweige denn um Mehrheiten zu gewinnen.

Auf die mit den technischen Umwelzungen verbundenen Prozesse werden die Menschen mit Verunsicherung reagieren und sich in einem Maße auf Religion und die Nation zurückziehen, wie wir es bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlebt haben. Die globalen sich gegenseitig verstärkenden Wellen von Unsicherheit - Gewalt - Migration und Rasssimus, führen bereits jetzt zu immer autoritärenen Staaten. Solange die immer produktivere Marktwirtschaft und ihre Widersprüche nicht in solidarischen Systemen aufgelöst wird, solange besteht auch die Gefahr faschistischer Politiken und Praxen. Für Linke stellt sich mehr denn je die Aufgabe in Theorie wie Praxis solidarische Gesellschaftsmodelle zu entwickeln und zu erkämpfen, um dem entgegen zu wirken.

Die festgeschriebenen Grundrechte gilt es bis dahin stets auszubauen und zu verteidigen. Die politischen Einflussmöglichkeiten gestatten es auch linken Kräften, Veränderungen und Verbesse-

rungen zu erkämpfen. In einer repräsentativen Demokratie wird schnell deutlich, dass dies nicht allein über Wahlen geschehen kann und muss. Es ist zwar ein Irrglaube, dass gewählte Repräsentant*innen die Öffentlichkeit ständig darüber „belügen, was sie nach der Wahl tun **wollen**, aber sie verheimlichen in der Regel tatsächlich, was sie nach der Wahl tun **können**. Fast alle Parteiprogramme lesen sich als Varianten des allgemeinen Staatsziels, allerdings sind es idealisierte und moralisch ummantelte Varianten. Zu Gunsten der politischen und wirtschaftlichen Sachzwänge müssen sie immer zu weiten Teilen aufgegeben werden. Das gilt für „Steuern senken!“ (FDP), genauso wie für „Umwelt schützen“ (Bündnis‘90/ Die Grünen) und all die anderen Wahlkampfforderungen. Aufgabe von Antikapitalist*innen muss es sein, zu erklären warum in diesem System so wenig „gutes Leben“ möglich ist und warum es sich trotzdem lohnt für Verbesserungen zu streiten.

Erich Ludendorff[46] bemerkte einst, dass »das Menschenmaterial des Verwertungsprozesses in keiner anderen Staatsform so widerspruchslos und kostengünstig an der Leine geführt werden kann wie in der Demokratie.« Diese menschenverachtende Äußerung zeigt, warum sich eine kritische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Demokratie lohnt.[47] Es lohnt sich auch, einmal genauer hinzuschauen, wenn systemische Zwänge das Gefühl erzeugen, dass „man doch sowieso nichts ändern könne“, und nationale Verlockungen gleichzeitig bei Anderen die Illusion nähren, dass man alles ändern könnte, wären nur die Mehrheiten im Parlament anders verteilt. Weder das Eine, noch das Andere entspricht der Wirklichkeit.

Die relevanten (Richtungs-)Entscheidungen im Kapitalismus, werden durch jene getroffen, die über Kapital verfügen. Das betrifft zwar nicht das Rauchverbot in Gaststätten, dafür aber die Strategien, mittels derer Ausbeutung von Mensch und Natur effektiver,

46 Erich Ludendorff (1865-1937), deutscher General und Politiker. Er war Antidemokrat und völkischer Nationalist und beteiligte sich 1923 am gegen die Weimarer Republik gerichteten sogenannten Hitler-Ludendorff-Putsch.

47 Vgl. Alex Demirovi : *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*, Münster 1997.

„träge“ Märkte gefügiger und der Mensch im Allgemeinen „verfügbarer“ gemacht werden soll. Die relevanten Bewegungen zur Verbesserung der Gesellschaft jedoch beginnen in den Köpfen und bewegen sich auf den Straßen. Sie können als kleine Kämpfe beginnen und in großen Aufständen münden.

Unser Erfolg wird immer auch davon abhängen, welche Strategien wir im Umgang mit dem bürgerlichen Staat wählen. Dabei kommt es auf Jede*n an, denn: »Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.«[48]

Marco Heinig

48 Karl Marx/ Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 3, S. 35

Literatur

Bewegung und Organisierung

Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren (2008).
4. Aufl. Berlin ;, Hamburg ;, Göttingen: Assoziation A.

Stefan Bollinger, (2008):
1968 - die unverstandene Weichenstellung. Berlin: Dietz.

Michael Brie, (2005):
Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen. Berlin: Karl Dietz.

Josef Hierlmeier, (2006):
Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte ; von den Anfängen bis zur Gegenwart. 2., erw. Stuttgart: Schmetterling-Verl, Theorie.org.

„Chef, es sind zu viele“- Die Block-G8 Broschüre.
Mit dieser Broschüre versucht „Block G8“ den Erfolg und die Erfahrungen schriftlich zu dokumentieren und damit für die Bewegung festzuhalten. (zu bestellen in der Bundesgeschäftstelle von LJ ['solid] oder bei Antifa.de)

Klaus Schönberger, (Hg.) (2009):
Kommt herunter, reiht euch ein ... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin, Hamburg: Assoziation A.

Gesellschaftsanalyse und Utopie

Der kommende Aufstand (2010):
Dt. Erstausg., Hamburg: Edition Nautilus.

Bini Adamczak, (2004):
Kommunismus. Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird.
Münster: Unrast-Verlag.

Lars Bretthauer, (2006):
Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie.
Hamburg: VSA-Verlag.

Tobias ten Brink, (2008):
Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Mario Candeias, (Hg.) (2009):
Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat. Berlin: Dietz.

Michael Heinrich, (2005):
Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart: Schmetterling Verlag, Theorie.org.

Robert Kurz, (2009):
Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Erw. Neuausg. Frankfurt: M. Eichborn.

Karl Marx
Das Kapital 1.1 - Resultate des unmittelbaren Reproduktionsprozesses. Sechstes Kapitel des ersten Bandes des „Kapitals“ (Entwurf). Berlin: Dietz. 2009-

Michael Schwandt (2010):
Kritische Theorie. Eine Einführung. Stuttgart: theorie.org.

Andrea Trumann (2002):
Feministische Theorie. Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus. 1. Aufl. Stuttgart: Theorie.org.

Geschichte

Das Ende des Kommunismus? Zur linken Kritik am Stalinismus und Realsozialismus (2011), Münster, Westf: Unrast.

Bini Adamczak (2007):
Gestern Morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft. 1. Aufl. Münster: Unrast Verlag.

Ralf Hoffrogge (2011)
Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland, Von den Anfängen bis 1914. Stuttgart: theorie.org.

Rolf Becker, Claus Bremer (1982)
Immer noch Kommunist?: Erinnerungen von Paul Elflein, Hamburg, VerlagVSA.

Rober Paxton, (2004):
Anatomie des Faschismus, München.

Bürgerliche Gesellschaft und Repression

Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung (2009). Unter Mitarbeit von Michael Arzt. 1. Aufl. Münster: Unrast-Verl.

Hans-Christian Dany (2013)
Morgen werde ich Idiot; Kybernetik und Kontrollgesellschaft, Berlin: Edition Nautilus

Bridget Anderson; G. Deckert, (2006):
Doing the dirty work? Migrantinnen und die Globalisierung der Hausarbeit. Berlin: Assoziation A.

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein | Legal Team (Hg.) (2007), Feindbild Demonstrant Polizeigewalt, Militäreinsatz, Medienmanipulation. Der G8-Gipfel aus Sicht des Anwaltlichen Notdienstes, Berlin: Assoziation A.

Margarete Jäger (2002):
Medien im Krieg. Der Anteil der Printmedien an der Erzeugung von Ohnmachts- und Zerrissenheitsgefühlen. Duisburg: DISS.

Peter Nowak (2009):
Zahltag. Zwang und Widerstand : Erwerbslose in Hartz IV. 1. Aufl. Münster: Unrast.

Ceren Türkmen (2008):
Migration und Regulierung. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Christoph Twickel (2010):
Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle. Erstausg., Orig.-Veröff. Hamburg: Ed. Nautilus.

Webseiten:

Rosa Luxemburg Stiftung
Frei Zugängliche Texte zu vielen aktuellen Themen sowie Analysen und Bücher zum Download.
www.rosalux.de

Linksnet
Ein sehr umfangreiches Archiv an Texten und ein großes Autorenverzeichnis. Veröffentlichungen aus 45 verschiedenen Quellen.
www.linksnet.de

antifa-berlin
Antifa-Portal mit vielen Infos, Terminen und Recherchen
www.antifa-berlin.info

Theorie.org
vermittelt verständlich aufbereitetes Überblickswissen, ohne oberflächlich zu sein. „Die Reihe will Orientierungshilfe geben, und Perspektiven aufzeigen.“
www.theorie.org